

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Land und Ländlichkeit

Claudia Neu
NEUE LÄNDLICHKEIT.
EINE KRITISCHE BETRACHTUNG

Gerhard Henkel
GESCHICHTE UND
GEGENWART DES DORFES

Heinrich Becker · Gesine Tuitjer
LÄNDLICHE LEBENS-
VERHÄLTNISSE IM WANDEL

Ulrike Grabski-Kieron
POLITIK IM UND FÜR DEN
LÄNDLICHEN RAUM

Jutta Aumüller · Frank Gesemann
FLÜCHTLINGE AUFS LAND?
MIGRATION
UND INTEGRATION
IM LÄNDLICHEN RAUM

*W. Vogelgesang · J. Kopp ·
R. Jacob · A. Hahn*
URBANE DÖRFER

Sigrun Langner
RURBANE LANDSCHAFTEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Land und Ländlichkeit

APuZ 46–47/2016

CLAUDIA NEU

NEUE LÄNDLICHKEIT.

EINE KRITISCHE BETRACHTUNG

Mehr Ländlichkeit war nie. Doch sind Bezüge auf das imaginierte Landleben immer so harmlos, wie „Landlust“ und „Musikantenstadl“ anmuten? In politischen Diskursen werden sie auch benutzt, um etwa den Rückzug der Daseinsvorsorge aus der Fläche schönzureden.

Seite 04–09

GERHARD HENKEL

GESCHICHTE UND GEGENWART DES DORFES

Dorf und Land haben ökonomische, ökologische, kulturelle und soziale Potenziale und bringen diese auch in hohem Maße in die Gesamtgesellschaft ein. Nicht nur die Stadt, auch das Dorf ist ein Erfolgsmodell der europäischen und deutschen Geschichte.

Seite 10–16

HEINRICH BECKER · GESINE TUITJER

LÄNDLICHE LEBENSVERHÄLTNISSE

IM WANDEL 1952, 1972, 1993 UND 2012

Der Beitrag präsentiert Ergebnisse des Forschungsprojekts „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel“, in dem Veränderungen der ländlichen Lebensverhältnisse in immer denselben zehn westdeutschen und seit 1993 auch vier ostdeutschen Dörfern untersucht werden.

Seite 17–22

ULRIKE GRABSKI-KIERON

POLITIK IM UND FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Politik im und für den ländlichen Raum stellt sich als ein Politikfeld dar, das sich über verschiedene Ressorts hinweg im Mehrebenensystem von EU, Bund und Bundesländern entfaltet. Ein breites Spektrum von Instrumenten kommt dabei zum Einsatz.

Seite 23–28

JUTTA AUMÜLLER · FRANK GESEMANN

FLÜCHTLINGE AUFS LAND? MIGRATION UND INTEGRATION IM LÄNDLICHEN RAUM

Es gibt zahlreiche Barrieren, aber auch Chancen für die Integration im ländlichen Raum. Um eine langfristige Ansiedlung von Geflüchteten realisieren zu können, sind vielfältige Handlungsansätze auf kommunaler, Landes- und Bundesebene notwendig.

Seite 29–34

W. VOGELGESANG · J. KOPP ·

R. JACOB · A. HAHN

STÄDTISCHE LEBENSFORMEN IM DÖRFlichen KONTEXT: URBANE DÖRFER

Nachhaltige Transformationen (Mobilität, Multilokalität, individualisierte Lebensstile und Wohnformen) verwandeln das traditionale Dorfkollektiv in posttraditionale Vergemeinschaftungen. Die untersuchte Landgemeinde ist beispielhaft für die „Verstädterung“ von Dörfern.

Seite 35–40

SIGRUN LANGNER

URBANE LANDSCHAFTEN. LANDSCHAFTSENTWÜRFE ALS PROJEKTIONEN PRODUKTIVER STADT-LAND-VERSCHRÄNKUNGEN

Wie urban ist das Land? Wie ländlich ist die Stadt? In dem Beitrag wird Raum jenseits der Kategorien von Stadt und Land beschrieben und nach produktiven Verschränkungen von urbanen und ruralen Praktiken, Imaginationen, Projektionen und Raumstrukturen gefragt.

Seite 41–46

EDITORIAL

Die Entwicklung von ländlichen Regionen gestaltet sich sehr unterschiedlich, je nach Lage, Arbeitsmarkt und politischem und gesellschaftlichem Handeln. Hat in einigen Dörfern auch der letzte Lebensmittelladen geschlossen, der Landarzt sein Glück woanders gesucht und kommt – wenn überhaupt – nur noch ein Bus pro Tag, boomen andere Gegenden geradezu und wachsen an Einwohnern und Angeboten. Von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ kann oft nicht mehr die Rede sein.

Die Angaben, wie viele Menschen in Deutschland auf dem Land leben, schwanken, da „Land“ oder „ländlicher Raum“ unterschiedlich definiert werden können. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung fasst den städtischen Raum als Gesamtheit aller kreisfreien Großstädte und städtischen Kreise; den ländlichen Raum bilden demnach alle ländlichen Kreise. 2014 lag der Anteil der ländlichen Bevölkerung bei knapp 32 Prozent (etwa 25,6 Millionen Menschen), der Flächenanteil bei fast 68 Prozent. Sinkende Einwohnerzahlen verzeichnet der ländliche Raum insgesamt seit Jahren, wobei der Rückgang im Osten prozentual höher ist als im Westen.

Auch wenn der Trend zur (Re-)Urbanisierung anhält, ist angesichts der teilweise nicht bezahlbaren Miet- und Eigentumspreise in bestimmten Städten ein Umzug aufs Land (wieder) eine Option. Doch nicht nur aus finanziellen Erwägungen heraus erscheint ein ländliches Leben vielen Menschen als attraktiv. Die „Landlust“ hat um sich gegriffen, Großstädter ziehen auf der Suche nach dem „guten Leben“ raus, um ihre Vorstellungen von „Ländlichkeit“ zu verwirklichen, oder holen das RURALE in Form von *urban gardening* oder *urban farming* in die Stadt. So verschwimmen die Grenzen zwischen „städtisch“ und „ländlich“.

Anne Seibring

ESSAY

NEUE LÄNDLICHKEIT. EINE KRITISCHE BETRACHTUNG

Claudia Neu

Junge Familien pachten begeistert Schrebergärten oder Äcker beim Bauern, urbane Gemeinschaftsgärten schießen wie Pilze aus dem Boden, Landmagazine erreichen Millionenauflagen und Wildkräutersammelkurse sind ausgebucht. Mehr Landgefühl war nie. Die Trendsetter der „Neuen Ländlichkeit“ sind jedoch nicht etwa Dorfbewohner, sondern zumeist Städter, die sich im Anbauen, Ernten und Einkochen versuchen. Es ist müßig, zu erwähnen, dass es sich zumeist um idealisierte Vorstellungen vom Landleben handelt, die mit „realen“ Verhältnissen auf dem Land oder gar in der Landwirtschaft wenig zu tun haben.⁰¹ Dies kann auch nicht wirklich verwundern, denn die Imaginierung des Ländlichen diente stets als Kontrapunkt zum (modernen) Stadtleben. Die aktuelle Land-Renaissance steht damit in einer langen Tradition, denn „echtes“ Landleben hatten selbst die Literaten und Maler der Frühen Neuzeit nicht im Sinn, als sie Arkadien suchten und damit selbst idealisierte Sehnsuchtsorte in Form von Schäfer-Idyllen schufen. Auch die Aufklärer des 19. Jahrhunderts verfassten die „Lieder für den Landmann“ nicht für das Landvolk, sondern für das gebildete Bürgertum, das sich an der vermeintlichen Natürlichkeit der Bauern und Sätmänner erfreute.⁰²

Der Antagonismus zwischen „unverfälschtem Landleben“ und „städtischer Entfremdung“ ist tief in den „Quellcode der Moderne eingeschrieben“, so der Kulturwissenschaftler Stefan Höhne.⁰³ Daher greift es zu kurz, die Idyllisierung des Landlebens à la „Musikantenstadt“ oder „Landlust“ nur als schlechten Geschmack von Senioren und Hausfrauen abzutun. Vielmehr lässt sich fragen, welche Bilder von Stadt und Land erzeugt werden. Von wem, für wen? Oder anders: Auf welche gesellschaftlichen Veränderungsprozesse antwortet die Neue Ländlichkeit?

Aktuelle Gesellschaftsanalysen legen nahe, dass die (urbane) Mittelschicht zutiefst verunsichert, verbittert, von Statuspanik geplagt ist und sich bei der Jagd nach der Work-Life-Balance in der Rushhour des Lebens zerreibt.⁰⁴ Die „erschöpfte Gesellschaft“ ist auf der Suche nach Entschleunigung, authentischen Erfahrungen, echter Natur, Nahraumerfahrungen und Gemeinschaft.⁰⁵ Die Rhetorik des Verlustes treibt uns in die Arme einer vermeintlich besseren, der guten alten Zeit. So antwortet die Neue Ländlichkeit auf verschiedene gesellschaftliche Anforderungen, Überforderungen, Befindlichkeiten, Sehnsüchte und Ängste der Spätmoderne.

LÄNDLICHE IDYLLE

Die äußerst beliebten Landmagazine, die in millionenfacher Auflage erscheinen, sprechen zwar, ebenso wie die nicht weniger gern gesehenen Volksmusiksendungen, sozialstrukturell unterschiedliche und medienanalytisch fein austarierte Nutzergruppen an, „arbeiten“ jedoch beide mit der idyllischen Repräsentation des Ländlichen und der Landwirtschaft: Erntedank- und Oktoberfest, Weinlese, Oldtimer-Traktoren, herbstliche Wildmenüs – die Themen der neuesten „Heuballen-Hefte“.

Die „ländliche Idylle“ ist, ebenso wie das Dorf als Ort des „guten Lebens“, von jeher fester Bestandteil der künstlerisch-literarischen Bearbeitung von Land.⁰⁶ Seit der Antike finden sich mit dem *locus amoenus* (dem lieblichen Ort) idealisierte Naturschilderungen, mit den Landschaften Arkadiens oder der Hirtenliteratur (Bukolik) ähnliche Leitmotive, die in der Renaissance mit der Wiederentdeckung der antiken Klassiker zu neuer Blüte kamen. Im 18. Jahrhundert entdeckten Künstler und Intellektuelle dann die von Menschenhand geschaffenen Kulturlandschaften als Naturlandschaften

und priesen die Schönheit der bäuerlichen Arbeit und ländlicher Gegenden. Bereits hier sind erste Züge einer Romantisierung der Naturlandschaften, als Gegenbild zur Unterwerfung der Natur unter zunehmend ökonomische Ziele, zu erkennen. Die bearbeitete Natur sollte keineswegs wieder in ihren Urzustand versetzt werden, im Gegenteil, die bäuerliche Idylle sollte konserviert werden.⁰⁷

Sehnte sich das aufstrebende (klein)städtische Bürgertum in Kunst, Musik und Literatur nach unberührter Natur und urwüchsigem Landvolk, so tritt mit dem Aufkommen der Industriegesellschaft und der zunehmenden Verstädterung im 19. Jahrhundert stärker das Motiv der Antiurbanität in den Vordergrund. Land und Dorf wurden nun explizit zum Gegenentwurf zur entfremdenden, schmutzigen, krankmachenden, anonymen Großstadt. Auch in den kommenden Jahren, die verschiedene Wellen von Landromantik (Lebensreform, Wandervogelbewegung) bis hin zur Landperversion (NS-Blut- und Bodenideologie) erlebten, tauchen stets die gleichen Ingredienzien zur Imagination des Ländlichen auf – das „gute Leben“, Gemeinschaft, Naturnähe und Homogenität.⁰⁸ Das Dorf

wird als Ort des „guten Lebens“, der Tradition und des Bewahrens gefasst; Mensch, Tier und Natur leben im Einklang miteinander, was sich im immer wiederkehrenden Tages- und Jahresablauf, in den Arbeits- und Bauweisen sowie dem Brauchtum wiederfindet. Die ländliche Gesellschaft gilt als eine wenig differenzierte Gemeinschaft, die sich bei allem Unbill des Lebens selbstlos beisteht, und das Dorf als eine geschlossene Gesellschaft, die autark lebt und sich selbst genügt. Das Fremde stört und bedroht die Gemeinschaft.

Dass die „realen“ Verhältnisse auf dem Land oft eher einem „Not- und Terrorzusammenhang“⁰⁹ ähnelten und die ländliche Gesellschaft eine stark hierarchisch gegliederte Gesellschaft war – zu denken sei hier nur an die unzähligen Formen von Köttern, Kossäten, Kättern, Hufnern und anderen Formen von Voll-, Halb-, Viertelbauern –, die soziale Abweichungen hart sanktionierte, war und ist freilich bis heute selten Gegenstand populärkultureller Darbietung. Peripherisierung und Entleerung ländlicher Räume, Ressourcenübernutzung, Armut und Arbeitslosigkeit stören das Bild ländlicher Idylle, in der allzeit Hausgärten blühen und Mutti Marmelade kocht.

01 „Ländlichkeit“ wird daher nicht als Raumkategorie oder -eigenschaft aufgefasst, sondern als etwas soziokulturell Hergestelltes (etwa in Anlehnung an das *doing gender* ein *doing rural*). Dies können Diskurse, Repräsentationen, Literatur oder vermeintlich ländliche Praktiken wie der Anbau von Obst und Gemüse sein. Es geht mithin darum, zu hinterfragen, welche kulturelle Bedeutung Ländlichkeit heute hat.

02 Vgl. Michael Fischer, Lieder für den Landmann, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 1/2016, S. 39–56.

03 Stefan Höhne, Die Idiotie des Stadtlebens, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 2/2015, S. 39–46.

04 Vgl. Heinz Bude, Gesellschaft der Angst, Hamburg 2014; Hartmut Rosa, Beschleunigung und Entfremdung, Berlin 2013.

05 Vgl. Stefan Grünewald, Die erschöpfte Gesellschaft, Frankfurt/M.–New York 2013.

06 Selbstverständlich soll keineswegs verschwiegen werden, dass Rückständigkeit, soziale Enge, Härte und Armut, eben die unschönen Seiten des Landlebens, stets sehr präsent in Kunst und Literatur waren. Zu denken sei nur an „Schlafes Bruder“ von Robert Schneider oder „Schwabenkinder“ von Jo Baier.

07 Vgl. Eva Barlösius/Claudia Neu, Die Wildnis wagen, in: Berliner Debatte Initial 6/2001, S. 65–76; Christoph Baumann, Die Lust am Ländlichen, in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.), Landflucht? Gesellschaft in Bewegung, Bonn 2016, S. 249–259.

08 Vgl. Werner Bätzing, Das Dorf als Ort des guten Lebens zwischen Inszenierung und Verschwinden, in: Hans-Peter Ecker (Hrsg.), Orte des guten Lebens – Entwürfe humaner Lebensräume, Würzburg 2007, S. 103–114; Werner Nell/Marc Weiland, Imaginationsraum Dorf, in: dies. (Hrsg.), Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt, Bielefeld 2014, S. 13–50.

DAS GLÜCK LIEGT AUF DEM LAND?

Nicht Antiurbanität, sondern der Wunsch nach Naturnähe und sozialem Miteinander, Entschleunigung und Achtsamkeit wecken die „Sehnsucht der Städter nach dem ‚Land‘“.¹⁰ Und das in den vergangenen 60 Jahren mit stetig steigender Tendenz: 1956 antworteten auf die Frage „Wo haben die Menschen Ihrer Ansicht nach ganz allgemein mehr vom Leben: auf dem Land oder in der Stadt?“ 54 Prozent der Befragten, dies sei in der Stadt der Fall, wohingegen lediglich 19 Prozent dem Land eine höhere Attraktivität bescheinigten. Bereits 1977 hatte sich die Einschätzung zugunsten des Landes geändert: 43 Prozent entschieden sich für das Landleben, nur noch 39 Prozent für die Stadt. Heute erscheint das Stadtleben den Befragten nur noch halb so attraktiv wie das Landleben: 2014 stimmten 41 Prozent für das Land,

09 Utz Jeggle/Albert Illien, Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang, in: Hans Günter Wehling (Hrsg.), Dorfpolitik, Opladen 1978, S. 38–53.

10 Thomas Petersen, Die Sehnsucht der Städter nach dem „Land“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.2014.

21 Prozent für die Stadt. Mithin hält nur noch jeder Fünfte das Stadtleben für besser. Das Glück vermutet die Mehrheit der Befragten ohnehin eher auf dem Land (Großstädter zu 23 Prozent, Klein-/Mittelstädter zu 38 Prozent und Landbewohner zu 54 Prozent). Gleichwohl bleibt der Zuzug in die Städte ungebremst. Lediglich knapp 32 Prozent der Bevölkerung lebt noch im ländlichen Umland oder im ländlichen Raum.¹¹ In Verbindung mit der Vorstellung einer intakten Gemeinschaft und guter Nachbarschaften steht wohl auch die Annahme, dass Einsamkeit eher Städter heimsucht als Landbewohner (Land: 27 Prozent, Stadt: 39 Prozent). So bleibt die Stadt der Raum zum Überleben im Alltag, während das Land der Raum der Imagination eines besseren Lebens ist.

BASTELBOGEN FÜR DAS LANDELEBEN

„Landlust“ lesen ist eine Sache, eine Kräuterspirale anlegen, einen Garten mieten oder gar als Selbstversorger aufs Land ziehen eine andere. Wer sind die Gestalter der Neuen Ländlichkeit? Raumpioniere, urbane Gärtner, Selbstversorger, Landlustleser – die unterschiedlichsten Phänomene und Akteure tummeln sich auf diesem Feld. Medial besonders präsent ist die Selbstversorgerbewegung, die, mit Hunderten von Ratgebern bestens versorgt, in ihr neues Leben als Gärtner, Kräutersammler, Einkocher startet. Auf der Basis einer qualitativen Inhaltsanalyse verschiedenster Ratgeber, Erlebnis- und Selbsterfahrungsberichte von Selbstversorgern konnten unterschiedliche Typen und Motivstrukturen extrahiert werden.¹²

Die **Landlustigen** holen sich die Anregungen zur Selbstversorgung light, im Hausgarten oder auf dem Balkon, in den genannten Landmagazinen. Auch das Sammeln von Wildkräutern und Einlegen der selbsterzeugten Produkte dient eher der Entschleunigung des Alltags denn der Ernäh-

rungssicherung. Ihnen geht es vor allem anderen um das „gute Leben“. Genuss, Geschmack und gutes Gewissen beim Konsum stehen im Vordergrund.

Eine weitere Gruppe fühlt sich zu den Ideen praktischer Landarbeit hingezogen: die **grüne Familie**. Die jungen Erwachsenen, oft junge Eltern, möchten für sich und ihre Kinder frisches selbstangebautes Gemüse produzieren und verarbeiten. Um dem Nachwuchs einen Bezug zur Natur und den Nahrungsquellen zu vermitteln, wird eine Parzelle im Selbsternteprojekt oder ein Schrebergarten gepachtet oder auch bei einem urbanen Gemeinschaftsgarten mitgemacht. Die grüne Familie fühlt sich einem nachhaltigen Lebensstil verpflichtet, kauft gern im Bioladen und kocht vollwertig. (Teil-)Selbstversorgung und Lebensmittelverarbeitung werden als Freizeitspaß für die ganze Familie, aber durchaus auch als pädagogisches Konzept in der Kindererziehung verstanden.

Medial wenig präsent, dennoch sicher die größte Gruppe der (Teil-)Selbstversorger, sind die **Heimatler**, die Traditionalisten unter den Gärtnern und Köchen. Sie sind meist älter und leben häufig im ländlichen Raum. Aufgewachsen mit großem Nutzgarten, Schrebergarten oder auf einem Hof, ist private Hauswirtschaft für sie kein Fremdwort, zudem beherrschen sie die alten Kulturtechniken noch. Geht es bei den neuen Selbstversorgern vor allem um den Anbau von Obst und Gemüse und nur selten um die Haltung von Nutztieren, so finden sich gerade im ländlichen Raum Ostdeutschlands durchaus noch viele Halter von Kleintieren wie Hühnern, Gänsen oder Kaninchen.¹³ Das Motiv, auf Selbstgemachtes zu setzen, ist bei den Heimatlern nicht Konsumkritik oder der Wunsch, nachhaltig zu leben, vielmehr sind es Heimatverbundenheit und Bescheidenheit.

Den **Money-Poor-Time-Rich-Typ** verbindet mit den Heimatlern, dass der Eigenanbau und die Verarbeitung von Lebensmitteln nicht nur Freude bereitet, sondern auch eine Entlastung in der

¹¹ Vgl. BBSR, Referenz Kreise/Kreisregionen zu Kreistypen, Gebietsstand 31.12.2014, www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumberechnung/Raumabgrenzungen/Kreistypen4/Downloadangebote.html?nn=443222.

¹² Vgl. Ljubica Nikolic, Selbstversorgung – Ein Trend zwischen Lifestyle und nachhaltiger Ernährungskultur, Vortrag, Sektion Land- und Agrarsoziologie der DGS, Bonn, 8.10.2011; Claudia Neu/dies., Die (neuen) Selbstversorger – zwischen Not und Weltanschauung, in: Peter A. Berger et al. (Hrsg.), Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie, Wiesbaden 2014, S. 253–271.

¹³ Vgl. Claudia Neu/Ljubica Nikolic, Versorgung im ländlichen Raum der Zukunft: Chancen und Herausforderungen, in: Uwe Fachinger/Harald Künemund (Hrsg.), Gerontologie und ländlicher Raum, Wiesbaden 2014, S. 185–208; Ljubica Nikolic, Selbstversorgung zwischen Daseinsvorsorge und Ernährungssicherung – Vergleichende Analyse von zwei Fallstudien aus peripheren ländlichen Räumen, Masterarbeit, Hochschule Niederrhein, Mönchengladbach 2013.

Haushaltskasse bringen kann. Die Hinwendung zu mehr Eigenarbeit und privater Hauswirtschaft kann bei diesem Typus eine unfreiwillige Entscheidung sein, etwa durch den Verlust des Arbeitsplatzes, oder aber eine freigewählte Reduzierung der Erwerbsarbeit, um mehr persönliche Freiräume zu erlangen. Auch hier finden wir das Motiv des „guten Lebens“, das Erwerbs- und Eigenarbeit harmonisch miteinander verbindet und Raum für kreative Selbstentfaltung lässt.

Einen deutlichen Schritt in Richtung Voll-Selbstversorger-Leben vollziehen dann die **Aussteiger**, die sich einer alternativen Lebensweise verschreiben. Während der Money-Poor-Time-Rich-Typ die Bindung zur Erwerbsarbeit nicht ganz verloren hat, sondern lediglich die Arbeitszeit reduziert, verlässt der Aussteiger seine „alte Welt“. Dieser Typus investiert einen Großteil seiner Zeit in die Selbstversorgung. Er wohnt vorwiegend im ländlichen Raum oder den Stadtrandlagen und bewirtschaftet entweder Mietäcker oder das zum Wohnhaus gehörende Grundstück. Konsumkritik wird entweder auf kultureller Ebene als Herrschaftskritik geübt oder als Kritik am Naturverbrauch und der Naturzerstörung.

Noch einen Schritt weiter gehen die **Aktivisten**, die so unabhängig und ressourcenschonend wie möglich leben wollen. Sie konzentrieren sich ähnlich wie die Aussteiger darauf, möglichst nur zu verbrauchen, was sie auch produzieren. Allerdings steht hier Autarkie nicht synonym für soziale Isolation, sondern impliziert vielmehr Vernetzung und Kooperation mit Gleichgesinnten. Unter den Aktivisten sind etwa die Organisatoren der Transitiontown-Bewegung¹⁴ oder urbaner Gemeinschaftsgärten wie dem Allmende-Kontor in Berlin zu finden.

Zusammenfassend lässt die vorgestellte Inhaltsanalyse einen ersten Eindruck über die Bandbreite der unterschiedlichen (Teil-)Selbstversorgung zu, ohne Angaben über die quantitative Verteilung der Typen geben zu können. An dem einen Ende der Skala stehen die Landlustigen, die Selbstversorger light, die die private Hauswirtschaft für sich als Freizeitbeschäftigung entdeckt haben. Am anderen Ende stehen die Aussteiger und Aktivisten, die Selbstversorgung als Gegenstrategie zur kapitalistischen „konsumverseuch-

ten“ Welt sehen und versuchen, weitgehend autark zu leben. Der Gedanke, der sich bei vielen US-amerikanischen Selbsthilfeprojekten wie den *communal gardens* finden lässt, (anderen) Zugang zu Lebensmitteln sowie Gütern- und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu verschaffen oder den öffentlichen Raum zurückzuerobern, ist wenig ausgeprägt.¹⁵ (Teil-)Selbstversorgung als Beitrag zur Ernährungssicherung des eigenen Haushalts ist kein primäres Motiv, bei den Heimatlern findet es jedoch traditionelle Anknüpfungspunkte und wird von den Aussteigern als bewusste Entscheidung gewählt. Entschleunigung, Nachhaltigkeit, Ökologie sowie Konsumkritik und Konsumverzicht spielen eine wichtigere Rolle. Lebensmittelproduktion und -konsumption werden vorrangig als Mittel der Stilisierung und sozialen Abgrenzung verwendet – mehr individueller Wohlfühlfaktor denn politischer Aktionismus.

JENSEITS DER IDYLLE

Nun wirkt das doch alles recht idyllisch! Landmagazine erfreuen ein Millionenpublikum, urbane Gärtner begrünen die städtischen Brachen und Kinder werden auf Mietäckern an gesunde Ernährung herangeführt. Soweit – so harmlos? Ein Blick auf die aktuellen politischen Diskurse um den Wandel des Wohlfahrtsstaates und den Rückzug der Daseinsvorsorge aus der Fläche macht deutlich, dass auch hier die Schlagworte der ländlichen Imagination auftauchen: das „gute Leben“, Gemeinschaft und Homogenität – allerdings als Trojaner, um mit diesen positiv besetzten Bildern gesellschaftliche Veränderungen und harte politische Einschnitte zu verschleiern.

Das Dorf als Ort des „guten Lebens“ hat eine lange Tradition. Das „gute Leben“ meint aber heute zunehmend das gute individuelle Leben, nicht etwa ein besseres Leben für alle. Für naturliebende Neubürger in der Uckermark, so konnte die Geografin Julia Rössel zeigen, ist die ländliche Idylle vor allem ein Privatvergnügen, das auch

¹⁵ Im Projekt INNSULA des Zentrums für Agrarlandforschung wurde u. a. eine Typologie urbaner Landwirtschaft erstellt, die auch nach den Hauptzielen der Gärtner fragt. Drei Ausrichtungen ließen sich erkennen: 1. die Subsistenzorientierten (Ziel: Zugang zu (Bio-)Lebensmitteln), 2. die soziokulturell Ausgerichteten (Ziel: Gemeinschaftsleben, Bildung, Kultur), 2. die kommerziell Ausgerichteten (Ziel: Einkommen, Arbeitsplätze schaffen). Vgl. Regine Berges et al., *Urbane Landwirtschaft – Innovationsfelder für die nachhaltige Stadt?*, Münchenberg 2014, S. 14.

¹⁴ Vgl. Philipp Krohn, *Schrumpfen von unten*, 26. 12. 2013, www.faz.net/aktuell/wirtschaft/transition-towns-schrumpfen-von-unten-12727247.html.

schon mal mit den Anforderungen der Landwirtschaft vor Ort in Konflikt gerät.¹⁶ Ganz ähnlich verhält es sich auf der politischen Ebene: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgegeben – entgegen anderslautender politischer Beschwörungen. Die Solidarität zwischen prosperierenden Metropolen und darniederliegenden Regionen sinkt. Entlegene ländliche Räume werden ihrem Schicksal überlassen. Und die Kanzlerin lässt das „gute Leben“ suchen.¹⁷

Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass der allmähliche Abbau von Infrastrukturen, die schleichende Akzeptanz von Versorgungsengpässen oder die Abwertung des öffentlichen Raums zu regionalen und kulturellen Eigenheiten umgedeutet werden. Verödete Räume werden in Kreativzonen umbenannt, Raumpioniere sollen sterbenden Dörfern neues Leben einhauchen, Dorfplätzen und Bürgerbusse müssen lokale Defizite ausgleichen. Die soziale Frage nach Gleichheit und Zusammenhalt wird auf der Suche nach dem „guten Leben“ emotional individualisiert. Diese Fragmentierung der sozialen Frage in Teilaspekte des „guten Lebens“, in private oder regionale Wohlfühlfaktoren, ist insofern besorgniserregend, da der Wert der gleichen Lebensverhältnisse ein zentrales, normatives und strukturelles Prinzip des sozialen Rechtsstaates der demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft und des sozialen Zusammenhalts repräsentiert.¹⁸ Es reicht nicht, dass urbane Mittelschichten sich mithilfe von Bastelbögen, Strickanleitung und Tomatensamen das Dorf in die Stadt holen, während andernorts Dörfer veröden.

Die Sehnsucht nach **Gemeinschaft**, nach Nahraumerfahrungen, nach lokalen Produkten und zwischenmenschlichen Kontakten scheint groß in Zeiten der Digitalisierung. Die dörfliche Gemeinschaft, oft als Idealform menschlichen Zusammenlebens imaginiert, in der enge soziale Kontakte Geborgenheit und Sicherheit spenden, scheint nun auch für Politiker attraktiv, die nicht mehr wissen, wie sie die Konsequenzen des demografischen Wandel in den Griff bekommen sollen. Sorgende Gemeinschaft (*caring commu-*

nity) heißt das Zauberwort. Mit dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge, besonders aber aus der Fläche, geht eine verstärkte Suche nach Kooperationspartnern und Allianzen mit Unternehmen und Bürgern einher. Gerade in ländlichen Räumen wird gerne an die „ureigenen Kräfte“ wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement appelliert, um die Bürger auf ihre neuen „Aufgaben“, wie etwa die Unterstützung von pflegebedürftigen Nachbarn, vorzubereiten. Die heimeligen Begriffe „Nachbarschaftshilfe“, „Solidarität“ und „Gemeinschaft“ verschleiern aber letztlich nur, dass die Kosten für die wegbrechenden sozialen und kulturellen Daseinsvorsorgeleistungen mehr und mehr privatisiert werden, während die Anforderungen an die individuellen Bewältigungskompetenzen steigen. War es ein wohlfahrtsstaatlicher Gewinn, dass im Notfall Hilfe- und Unterstützungsleistungen zuverlässig zu erwarten waren, so schwindet diese Sicherheit mehr und mehr. Mit dem Hinweis auf das genuine Dörfliche wird Solidarität re-familialisiert und mithin wieder Angelegenheit lieber Verwandter und wohlmeinender Nachbarn.

Angeichts der aktuellen Debatten um die Aufnahme von Flüchtlingen, die mit Aufmärschen „besorgter Bürger“, brennenden Flüchtlingsunterkünften sowie einem deutlichen Rechtsruck in der Parteienlandschaft einhergehen, entsteht der Eindruck, dass Teile der Öffentlichkeit, aber auch der Politik glauben, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle **Homogenität** sei nach wie vor möglich. Dass dies ein fataler Irrglaube ist, zeigt sich gerade an den Entwicklungen in entlegenen ländlichen Räumen. Das Dorf, fantasierter Ort sozialer Gleichheit, entwickelt sich unter Schrumpfungsbedingungen eben nicht zurück zu einem imaginierten sozialen Ganzen, das im Transformationsprozess zur postmodernen Gesellschaft irgendwie verloren gegangen war, doch potenziell wieder herstellbar ist. Die funktionalen Differenzierungen der ökonomischen, sozialen und politischen Wirklichkeit, die unter Wachstumsbedingungen entstanden sind, kehren sich unter den Bedingungen der demografischen De-Infrastrukturalisierung keineswegs einfach um. Im Gegenteil: Diese „Entdichtung“ wird von einer stärkeren sozialen Ausdifferenzierung und Polarisierung der Arbeits- und Lebensweisen begleitet werden. Infrastrukturelle und sozialstrukturelle Perforationen und Lichtungen,

¹⁶ Vgl. Julia Rössel, *Unterwegs zum guten Leben*, Bielefeld 2014, S. 193.

¹⁷ Vgl. Bundeskanzleramt, *Gut leben – Lebensqualität in Deutschland*, www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Ueber/dialog-im-ueberblick/_node.html.

¹⁸ Vgl. Jens Kersten/Claudia Neu/Berthold Vogel, *Der Wert gleicher Lebensverhältnisse*, Bonn 2015, S. 3.

Polarisierungen und Ungleichheiten breiten sich bereits inmitten prosperierender Regionen aus. Der demografische Wandel führt zu keiner „Retro-Homogenität“ räumlicher und sozialer Wirklichkeiten, in der eine Region, ein Ort, ein Quartier zu ihren „Ursprüngen“ zurückkehrt.¹⁹

GESELLSCHAFTLICHES GRUNDRAUSCHEN

So bleibt die Neue Ländlichkeit, was sie seit dem Idyll Arkadiens immer schon war, nämlich ein irdisches Paradies, eine Welt imaginierten Glücks, die Orientierung in Zeiten fundamentaler Umbrüche gibt. Empirisch betrachtet, sind die Aktivisten der Neuen Ländlichkeit (Raumpioniere, städtische Gemeinschaftsgärtner, Selbstversorger) wohl eher eine kleine Gruppe, die aber – me-

dial gehypt – das Grundrauschen zu einer neuen gesellschaftlichen Stimmung liefern können, die im besten Fall den Weg zu mehr Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Solidarität weist. Gleichzeitig gilt es, einen Blick darauf zu haben, dass diese positive Belegung durch die „reale“ Ländlichkeit nicht überholt wird, die im schlechtesten Fall „Bullerbü in braun“,²⁰ Homogenitätsfantasien und einfache Antworten auf komplexe Fragen favorisiert.

CLAUDIA NEU

ist Professorin für die Soziologie Ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel. claudia.neu@uni-goettingen.de

19 Vgl. dies., Demographie und Demokratie, Hamburg 2012, S. 105f.

20 Christian Thiele, Bullerbü in braun, in: Die Zeit, 17.11.2011.

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf www.bpb.de/apuz



GESCHICHTE UND GEGENWART DES DORFES

Gerhard Henkel

Wenn jemand von einem Dorf erzählt, das er gerade besucht hat, wird ihm mit Sicherheit bald die Frage gestellt: Wie groß ist das Dorf denn eigentlich? Die Größe einer Siedlung ist für uns offenbar ein wichtiges Ordnungsraster. Die unterschiedlichen Größen signalisieren auch etwas über die inneren Eigenschaften. Von einem großen Dorf erwarten wir zum Beispiel, dass es dort eine Kirche, eine Schule, einen Gasthof und einen Sportplatz gibt. In einem kleinen Dorf vermuten wir eine kleine Kapelle, einen Kindergarten und auf jeden Fall eine Feuerwehr, aber nicht unbedingt einen Tennisplatz oder eine Apotheke.

Für Deutschland gilt die folgende Klassifizierung der ländlichen Siedlungsgrößen, die im Wesentlichen von der Anzahl der Hausstätten und der Einwohnerzahl abhängt: Einzelsiedlung, kleine Gruppensiedlung, große Gruppensiedlung (Dorf), Kleinstadt. Gemeinhin unterscheidet man vier Größenstufen des deutschen beziehungsweise mitteleuropäischen Dorfes:⁰¹

- das kleine bis mäßig große Dorf mit 20 bis 100 Hausstätten beziehungsweise 100 bis 500 Einwohnern,
- das mittelgroße Dorf mit 100 bis 400 Hausstätten beziehungsweise 500 bis 2000 Einwohnern,
- das große Dorf mit 400 bis 1000 Hausstätten beziehungsweise 2000 bis 5000 Einwohnern und
- das sehr große Dorf mit mehr als 1000 Hausstätten und 5000 Einwohnern.

Für die beiden letztgenannten Größenstufen werden vielfach auch die Bezeichnungen „Großdorf“ und „Stadtdorf“ gebraucht, womit die statistische Nähe zur städtischen Siedlung deutlich wird. Der Übergang vom Großdorf zur ländlichen Kleinstadt, die heute im Allgemeinen mit 5000 bis 25 000, bisweilen sogar bis 50 000 Ein-

wohnern ausgewiesen wird, ist im Einzelfall oft schwer zu begründen.

Wir haben das Wort „Dorf“ bisher vor allem als einen Begriff der Siedlungsgröße kennengelernt. Doch in der Regel hat „das Dorf“ eine umfassendere Bedeutung. Im Duden heißt es schlicht „ländliche Ortschaft“ und „Gesamtheit der Dorfbewohner“.⁰² In dieser Bedeutung ist das Wort seit dem Mittelalter geläufig. „Dorf“ ist also ein Sammelbegriff für den ländlichen Lebensraum, das Gegenstück zur Stadt – ein Sammelbegriff für die rund 35 000 Ortschaften des ländlichen Raumes in Deutschland, die sich heute als Dorf bezeichnen, ob sie nun am Rande einer Großstadt oder im Erzgebirge liegen. Jedes dieser Dörfer hat ein anderes Aussehen und eine andere wirtschaftliche Basis.

Können wir heute das Dorf im Unterschied zur Stadt noch einheitlich und inhaltlich genauer definieren? Das „alte“ Dorf hatte es da leichter. Es wurde durch seine agrarwirtschaftlichen Tätigkeiten bestimmt. Diese klassische Definition, die bis vor wenigen Jahrzehnten galt, ist nicht mehr allzu hilfreich. Heute werden daher häufiger soziale und kulturelle Kriterien herangezogen. Das Dorf wird mit Dorfgemeinschaft, Nachbarschaftshilfe, Traditionsbewusstsein, Kirchentreue, mit engen sozialen Netzwerken und hohem ehrenamtlichen Engagement, seiner Vereinsdichte und Aktivkultur, mit Naturnähe oder insgesamt mit seinen ländlichen Lebensstilen beschrieben. Eher nüchtern und pragmatisch ist jedoch die Definition, die sich am äußeren Dorfbild orientiert: Wir sprechen von einem Dorf, wenn die Gestalt der Siedlung von der Agrarwirtschaft geprägt wird, das heißt durch Bauern-, Landarbeiter- und Handwerkerhäuser, Gehöfte und Gutshöfe, auch wenn die Landwirtschaft selbst heute nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.⁰³ Wir orientieren uns damit also an den überlieferten Bauformen der Vergangenheit, die tief in die Dorfgeschichte zurückreichen.

DAS ALTE DORF

Geht es um das Thema „Dorf“, haben wir alle meist auch Bilder des „alten“ Dorfes im Kopf. Diese sind oft mit der Einschätzung einer „guten alten Zeit“ verknüpft – es sind Vorstellungen einer romantischen Grundstimmung: Die Dörfer liegen idyllisch inmitten der Natur mit Bach, Feldern und Wäldern. Die Bauern arbeiten munter und fast frohgelaunt im Stall oder bei der Ernte. Aufwendige und große Hochzeiten, Beerdigungen, Kirchweih- und Schützenfeste belegen eine enge Dorfgemeinschaft, die Kirche bildet den optischen sowie kulturell-sozialen und sinnstiftenden Mittelpunkt für alle Dorfbewohner. Es gibt aber auch andere, deutlich negativere Bilder und Bewertungen zum alten Dorf. Wir haben die Armut der großen Mehrheit der Dorfbewohner vor Augen, die Missernten und Hungersnöte, die häufigen Brände und Krankheiten, die besonders viele Säuglinge und Kinder sterben ließen. Das Dorfleben erscheint uns dann als ein fast täglicher Kampf ums Überleben, ohne Chancen eines wirtschaftlichen oder sozialen Aufstiegs.

Die Dorfforschung zeichnet ein facettenreiches und regional unterschiedliches Bild des Dorfes vor 200 Jahren. Es war eine Umbruchzeit – die Ideen der Französischen Revolution gingen durch Europa und drangen auch in das politisch kleingekammerte Deutschland hinein. Die Befreiung der Landbevölkerung aus den diversen Zwängen der Feudalzeit durch Agrar- und Bildungsreformen deutete sich in manchen Regionen bereits an. Aus sozialer Sicht war das Dorf um 1800 noch eine recht festgefügte Klassengesellschaft in Form einer Pyramide: An der (kleinen) Spitze standen unangefochten Klerus und Adel, die beide auch als Grundherren – als Verpächter des Landes und häufig auch mit eigenen Gütern – in Erscheinung traten. Darunter kam die Schicht der großen, landbesitzenden Bauern. Danach die der kleineren Bauern und der Handwerker, die meist zur Existenzsicherung auch eine kleine Landwirtschaft betrieben. Man würde hier heute von oberer und unterer Mittelschicht sprechen. Zur zahlenmäßig umfangreichen Unterschicht gehörten damals die landlosen Landarbeiter und Tagelöhner, die in ei-

nem eigenen Haushalt lebten, sowie die unmittelbar auf den größeren Höfen und Gütern arbeitenden und wohnenden Knechte und Mägde. Aufstiege aus der Unterschicht waren kaum möglich. Durch das festgefügte Dienst-Lehen-Verhältnis zwischen Bauern und Grundherren gab es aber auch für die Mittelschicht nur geringe Möglichkeiten des sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs.

Im Mittelpunkt der dörflichen Wirtschaft stand eindeutig die Land- und Forstwirtschaft. Alle mittleren und größeren Höfe betrieben in der Regel den ganzen Umfang an Ackerbau und Viehzucht bis hin zur Kleinviehhaltung. Natürlich gab es regionale Unterschiede. Die heute übliche Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion war um 1800 noch weitgehend unbekannt. Das wichtigste Ziel der Hofhaltung stellte die Selbstversorgung der meist großen Familie und des Gesindes mit Nahrung und Kleidung dar. Durch die starke Abgabenlast an Grundherren und Kirche (letztere bekam den sogenannten Zehnten) sowie durch die ebenfalls zu leistenden Hand- und Spanndienste für den Hof des Grundherren waren die wirtschaftlichen Spielräume der Bauern äußerst gering. Aus vielen Gerichtsprotokollen wissen wir, dass säumige Bauern immer wieder um Aufschub und Erlass ihrer Abgaben baten und als Begründung Hunger und Krankheit in ihren großen Familien angaben.

Auch das Dorfhandwerk wurde um 1800 meist in Kombination mit einer kleinen Landwirtschaft betrieben, um die eigene Nahrungsversorgung zu sichern. Die typisch dörflichen Handwerkszweige wie Schmiede, Stellmacher, Maurer und Zimmerer versorgten vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe und dienten im Wesentlichen der Versorgung des eigenen Ortes. Das Dorf vor 200 Jahren war somit wirtschaftlich weitgehend selbstständig. Das Wirtschaftsleben auf dem Land war in der Regel ganz auf das eigene Dorf bezogen. Praktisch alle arbeitenden Dorfbewohner hatten ihren Arbeitsplatz im eigenen Dorf. Das Verbleiben im Dorf ermöglichte eine hohe lokale Arbeitsmobilität: So konnten viele Dorfbewohner mehrere Tätigkeiten nebeneinander ausüben, zum Beispiel als Handwerker, Kleinbauer und Waldarbeiter (im Winter). Auch die älteren Kinder mussten bereits bei den vielfältigen Arbeiten in Haus, Hof, Garten und Flur mitanpacken und wurden damit früh in das Erwerbsleben einbezogen.

Die dörfliche Infrastruktur befand sich um 1800 aus heutiger Sicht erst in den Anfängen. Die größ-

01 Vgl. u. a. Cay Lienau, *Die Siedlungen des ländlichen Raumes*, Braunschweig 1995², S. 64.

02 Duden „Deutsches Universalwörterbuch“, Wien–Zürich 1983.

03 In Anlehnung an Martin Born, *Geographie der ländlichen Siedlungen*, Bd. 1, Stuttgart 1977.

te Sorgfalt diente einer regelmäßigen Wasserversorgung, an Flüssen oder Bächen liegende Dörfer hatten hier ihre Vorteile. Andernorts waren Brunnenbauten oder kleine Wasserleitungen von den lokalen Quellen zu den sogenannten Kümpe innerhalb des Dorfes errichtet worden. Von dort musste man sich das Wasser mühsam in die Häuser holen. Hygiene und medizinische Versorgung hatten im Vergleich zu heute einen niedrigen Stand. Entsprechend hoch war die Sterblichkeitsquote vor allem bei den Kleinkindern und entsprechend niedrig die generelle Lebenserwartung der Menschen, die weniger als die Hälfte der heutigen betrug. Der Energieversorgung dienten Wasser- und Windmühlen, zum Kochen und Heizen wurden das Holz beziehungsweise die Holzkohle der lokalen Wälder oder der getrocknete Torf aus den Mooregebieten genutzt. Auch hinsichtlich seiner Wasser- und Energieversorgung war das alte Dorf weitestgehend auf seine lokalen Ressourcen angewiesen, die allerdings auch intensiv genutzt wurden.

Die politische Selbstverwaltung ländlicher Gemeinden war um 1800 bereits in beachtlichen Ausmaßen entwickelt, aber von Region zu Region, ja von Dorf zu Dorf sehr unterschiedlich ausgeprägt. Sie bestand im Wesentlichen in der lokalen Wirtschaftsführung sowie in allgemeinen Ordnungs- und Schutzaufgaben. Feuerwehr und Schützenvereine hatten als älteste und wichtigste Dorfvereine bereits Bestand. Die gemeinsamen öffentlichen Aufgaben waren in speziellen innerdörflichen „Ordnungen“ festgehalten. So gab es zum Beispiel für das jährliche Schützenfest Verhaltensempfehlungen, Verbote und Sanktionen. Rechtlich gehörten zur dörflichen Gemeinde allerdings nur die Grundbesitzer, was sich erst zum Ende des 19. Jahrhunderts änderte.

Der Sprung des Dorfes in die moderne Zeit stand um 1800 noch bevor. Die Antriebskräfte der bald beginnenden revolutionären Veränderungen auf dem Land, allen voran die Industrialisierung und die Agrarreformen, deuteten sich erst vereinzelt an.

DAS MODERNE DORF

In den vergangenen 200 Jahren hat das Dorf wirtschaftlich, sozial und vom Dorfbild her eine neue Identität gewonnen (wie natürlich auch die Stadt). Die alte Agrargesellschaft, die um 1800 noch den ganzen Staat prägte, gilt nun auch auf dem Land nicht mehr. Es gibt nur noch wenige Gemeinsam-

keiten zwischen dem alten und dem modernen Dorf. Aber dennoch ist das frühere Dorf nicht völlig verschwunden. Es wirkt weiter: durch seine alten Gebäude, durch den Boden, den Bach, den Wald, das Lokalklima, das man seit Generationen kennt, durch Geschichten, Erinnerungen und Wertvorstellungen, die man weitergibt.

Wie sieht nun ein typisches Dorf von heute aus? Zunächst ist eine grundsätzliche Einschränkung zu machen: Natürlich gibt es nicht *das* typische deutsche Dorf! Die enormen Unterschiede zwischen den rund 35000 deutschen Dörfern verbieten es eigentlich, ein typisches Dorf auszuwählen. Wie groß sollte dieses Dorf sein, soll es 300 oder 3000 Einwohner haben? Soll es in der Nähe einer Großstadt liegen oder „weit ab“ in Mecklenburg oder der Oberpfalz? Aus welcher deutschen Region soll es sein: aus den Küstengebieten und dem Tiefland, dem Mittelgebirge oder dem Alpenvorland? Soll es ein Börden- oder ein Winzerdorf sein? Welche ökonomischen Schwerpunkte soll das Dorf haben? Ist das Dorfbild eher durch historische oder moderne Bauten geprägt – welchen Stellenwert haben kulturelles Erbe und Traditionspflege? Soll ein wachsendes oder schrumpfendes, ein lebendiges oder ein lethargisches Dorf ausgesucht werden?

Wir wählen ein mittelgroßes Dorf mit etwa 1000 Einwohnern und nennen es „Kirchhusen“. Es liegt irgendwo in der Mitte Deutschlands, etwa 35 Kilometer von einer kleineren Großstadt entfernt. Das Dorf hat klar erkennbar noch einen historischen Kern mit Kirche, Schulgebäude und älteren Bauernhäusern. Hier präsentiert sich das Dorf mit seinen „schönen“ Seiten. Aber es gibt auch „normale“ Dorfbilder, wo sich Altes und Neues kunterbunt mischt, und auch ein paar „hässliche“ Ecken. Am Dorfrand befinden sich zwei Neubaugebiete, das eine relativ geschlossen aus den 1950er Jahren, ein zweites mit Häusern der 1960er Jahre bis heute. Nur noch in zwei Bauernhäusern des Dorfkerns wird heute Landwirtschaft (im Nebenerwerb) betrieben, die übrigen werden als Wohnhäuser genutzt. In ein ehemaliges Bauernhaus ist ein Antiquitätengeschäft eingezogen, in ein weiteres ein Handwerksbetrieb, zwei alte Hofstellen stehen weitgehend leer. Die lokale Landwirtschaft wird heute hauptsächlich von mehreren Aussiedlerhöfen aus betrieben, die von 1955 bis 1975 in der Feldflur errichtet worden sind. Neben den Landwirten gibt es in Kirchhusen heute noch einige Handwerksbetriebe: eine Tischlerei, einen Elektro- und Sanitärbetrieb, eine Bäckerei,

einen Kfz-Betrieb mit Tankstelle, dazu kommen eine Versicherungsagentur, ein Steuerberater und ein Architekturbüro. Zur Infrastrukturversorgung gehören ein Kindergarten, ein Feuerwehrhaus, ein Lebensmittelladen (der in Kürze schließen wird), ein Gasthof mit Saal und Kegelbahn, eine Bankfiliale und eine Postagentur. Die lokale Volksschule musste im Rahmen einer großen Schulreform vor etwa 40 Jahren, die Grundschule schließlich vor 20 Jahren aufgegeben werden, was bis heute bedauert wird. Seit einigen Jahren ist die örtliche Kirchengemeinde Teil eines Pastoralverbundes und muss sich inzwischen mit zwei Nachbargemeinden einen Pfarrer teilen. Zur Erfolgsbilanz des Dorfes zählt sein hoher Standard an technischer Infrastruktur: die Wasserver- und -entsorgung, das Strom- und Gasnetz, die Versorgung mit den modernen Kommunikationsmedien Telefon, Fernsehen und Internet.

Generell hat unser Dorf in den zurückliegenden Jahrzehnten einen Großteil seiner Arbeitsplätze und Infrastruktureinrichtungen verloren, vor allem in der Landwirtschaft und im lokalen Handwerk. Außerdem haben in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Dorfläden und Gasthöfe geschlossen. Die Dorfbewohner haben ihren Arbeitsplatz heute überwiegend außerhalb des Dorfes – sie sind zu Pendlern geworden. Viele Dorfbewohner üben heute ehemals „städtische“ Berufe aus: Sie sind Arbeiter und Angestellte in Industrie- und Gewerbebetrieben oder Beamte in Kreis-, Finanz- oder Justizverwaltungen. Ihre täglichen Ziele sind benachbarte Kleinstädte oder auch die 35 Kilometer entfernte Großstadt.

Zu den Errungenschaften des heutigen Dorfes gehören seine Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen. Diese werden überwiegend von Vereinen getragen, so auch in Kirchhusen. Der Sportverein betreibt zwei Rasensportplätze und eine kleine Sporthalle, der Tennisverein zwei Tennisplätze, jeweils mit einem zugehörigen Sportheim. Dazu kommen drei Spielplätze, die von einem Förderverein gepflegt werden. Den kulturtreibenden Dorfvereinen steht eine Begegnungsstätte – im historischen Schulgebäude – zur Verfügung. Ein recht aktiver Heimatverein hat eine kleine Heimatstube mit lokalgeschichtlichen und naturkundlichen Schriften und Exponaten aufgebaut und außerdem einen Lehrpfad am Dorfbach und am stillgelegten Steinbruch angelegt. Zwei Musikvereine sind wie die beiden Sportvereine das ganze Jahr über aktiv und betreiben eine breite Jugendarbeit.

Und wie steht es mit der kommunalen Selbstverwaltung? Jahrhundertlang war Kirchhusen eine eigene, selbstständige Gemeinde. Seit der kommunalen Gebietsreform von 1975 ist es jedoch nur noch „Ortsteil“ einer neu geschaffenen Einheitsgemeinde. Statt eines eigenen Gemeinderats mit (früher) zwölf Mitgliedern wird der Ort heute durch zwei Dorfbürger im Großgemeinderat vertreten. Es gibt keinen eigenen Bürgermeister mehr. Mit der kommunalen Gebietsreform der 1960er/1970er Jahre ist die in Jahrhunderten gewachsene politische Selbstverantwortung des Dorfes in Kirchhusen, wie vielerorts auch, gebrochen worden.

In Kirchhusen wie in der Mehrzahl der deutschen Dörfer besteht die Identität von Dorf und Gemeinde nicht mehr. Entsprechend verkümmert ist das kommunalpolitische Selbstbewusstsein. Trotzdem hat sich der Ort auf Dauer nicht unterkriegen lassen: So besteht seit zwei Jahren ein neuer, integrativer „Förderverein Unser Dorf“, der sich mit Grundsatzfragen der aktuellen und zukünftigen Dorfentwicklung befasst und in gewisser Weise die Arbeit des früheren Gemeinderats und Bürgermeisters fortsetzt. Ein wichtiger Vorzug des Dorfes ist das Engagement in der Dorfgemeinschaft, manchmal auch als „soziales Kapital“ bezeichnet. Diese Werte sind nicht leicht zu fassen. Die Statistiken belegen zum Beispiel eine deutlich höhere Vereinsdichte beziehungsweise Vereinszugehörigkeit auf dem Land als in Mittel- und Großstädten. Auch in Kirchhusen sind praktisch alle Kinder und Jugendlichen sowie die große Mehrheit der Erwachsenen in mindestens einem der Sport- und Musikvereine, der Feuerwehr oder dem Schützenverein aktiv. Neben den Vereinen bestehen im Dorf enge Verwandtschafts-, Nachbarschafts- oder Cliquesverbindungen, die durch ein ständiges Austauschen von Gütern, Geräten und Dienstleistungen geprägt sind. Man trifft sich zu privaten Feiern und hilft sich beim Bauen oder im Garten, bei der Betreuung von Kindern, Kranken und älteren Menschen. Dieses ständige Geben und Nehmen trägt – neben einer sehr hohen Eigenheimquote – zu einem relativ hohen Wohlstand des Dorfes bei. Ein weiterer Vorzug des Dorfes ist seine Naturnähe. Sie bietet in Feld, Wald und Garten eine unmittelbare Chance der Erholung, Entspannung, Freizeitnutzung und körperlichen Betätigung. Vor allem der dörfliche Garten gilt inzwischen als ein Kernbestand ländlicher Lebensqualität.

Durch Schule, Urlaub und Beruf haben viele Bewohner von Kirchhusen schon seit Kindesbei-

nen an Kontakte mit dem Ausland. Manche sind durch ihr Studium oder für ihre Firmen monatelang auf anderen Kontinenten tätig. Das Dorf selbst ist regelrecht bunter geworden durch zahlreiche Zuwanderer aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland. Einige sind schon seit Jahrzehnten in Kirchhusen und bewohnen ehemalige Bauern- und Handwerkerhäuser. Im Vergleich zu 1800 zeigt sich das heutige Dorf welt-offen. Der Dorfbewohner ist zum Globetrotter geworden, er bleibt aber „seinem Kirchhusen“ als Basisstation verbunden.

ZWISCHEN RAUMORDNUNG UND KOMMUNALPOLITIK

Die Entwicklung der Dörfer und des ländlichen Raumes wurde und wird in starkem Maße durch die Politik geprägt. Die Politik für das Land ist für viele ein Labyrinth – sie geschieht auf verschiedenen Ebenen und in sehr unterschiedlichen Fachbehörden. Für alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ist in erster Linie die Kommunalpolitik zuständig, also Bürgermeister, Ortsvorsteher, Gemeinderat und Verwaltung. Aber der ländliche Raum ist nicht autonom. Er erfährt in vielfacher Weise eine politische „Behandlung“ durch die Parlamente und Ministerien des Bundes und der Länder. Diese führen die ländlichen Bürger und Kommunen durch ein enges Geflecht von Gesetzen, Vorschriften, Richtlinien, Steuern und Förderprogrammen am „goldenen Zügel“. Nicht wenige sprechen auch von Bevormundung und Fremdbestimmung. Ein Beispiel: Ob eine dörfliche Schule heute weiter bestehen bleiben kann, entscheidet längst nicht mehr nur der lokale Gemeinderat.

Es ist für das Verständnis des ländlichen Raumes wichtig, auch dessen komplexe Fernsteuerungen durch Bund und Länder kennenzulernen. Diese zeigen sich sowohl in der staatlichen Raumordnung als auch in diversen Fachpolitiken.

Aber was genau macht die staatliche Raumordnung? Vereinfacht ausgedrückt, entwickelt sie überörtliche und fachübergreifende Leitvorstellungen von der Ordnung und Entwicklung des gesamten Staatsgebietes. Diese sollen nicht nur menschen- und umweltgerecht sein, sondern auch der Wirtschaft dienen. Konkret bemüht sich die Raumordnungspolitik um eine Beseitigung der räumlichen Disparitäten, das heißt der Ungleichgewichte im regionalen Gefüge des Staates. Wenn zum Beispiel größere Landstriche noch

nicht durch Autobahn- und ICE-Strecken oder Flughäfen erschlossen sind und wirtschaftlich darunter leiden, arbeitet die Raumordnung auf eine Behebung dieser Defizite hin. Für den Gesamtstaat erfüllt der ländliche Raum nach Weisung der Raumordnung die typischen flächenbezogenen „Leistungen“ wie Agrarproduktion, Ökologie und Umwelt sowie Freizeit und Erholung.

Für den ländlichen Raum haben die Gesetze und Programme der Raumordnung eine große Bedeutung. So heißt es im Bundesraumordnungsprogramm von 1975 wörtlich: „Gleichwertige Lebensbedingungen im Sinne dieses Programms sind gegeben, wenn für alle Bürger in allen Teilräumen des Bundesgebietes ein quantitativ und qualitativ angemessenes Angebot an Wohnungen, Erwerbsmöglichkeiten und öffentlichen Infrastruktureinrichtungen in zumutbarer Entfernung zur Verfügung steht und eine menschenwürdige Umwelt vorhanden ist: in keinem dieser Bereiche soll ein bestimmtes Niveau unterschritten werden. In den ländlichen Gebieten sind wirtschaftlich und infrastrukturell den übrigen Teilräumen entsprechend gleichwertige Lebensbedingungen anzustreben.“⁰⁴ Aus diesen Leitforderungen ergibt sich das Prinzip der „Aktivsanierung“, das die Raumordnung gerade für den ländlichen Raum bislang nie infrage gestellt hat. Aktivsanierung bedeutet, dass die staatliche Förderung in benachteiligten Gebieten so lange stattzufinden hat, bis eine Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen mit den übrigen Teilregionen erreicht ist. Die in Deutschland bislang nur theoretisch diskutierte „Passivsanierung“ würde bedeuten, dass der Staat den wirtschaftlichen, infrastrukturellen und demografischen Niedergang von Teilregionen ohne Gegensteuerung hinnähme.

Die Raumordnung hat im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte mehrere räumliche beziehungsweise formale Instrumente entwickelt, die auf den ersten Blick harmlos erscheinen, aber doch kräftig in die Entwicklung ländlicher (und städtischer) Regionen eingreifen. Wir unterscheiden vier verschiedene Instrumente, die prinzipiell jeweils zu einer formalen Gliederung des Raumes führen: das Zentrale-Orte-Konzept, die Siedlungs- und Entwicklungsachsen, die Vorrang- und Sanierungsgebiete sowie die Raumgliederungen beziehungsweise Gebietstypen. Das Zentrale-Orte-Konzept ist das wichtigste Instrument der Raumordnung

⁰⁴ Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.), Bundesraumordnungsprogramm, Bonn 1975, S. 1, S. 5.

und prägt den ländlichen Raum auch bis heute stark. Zentrale Orte sind Siedlungen mit einem „Bedeutungsüberschuss“ gegenüber dem Umland. Sie versorgen mit ihren öffentlichen und privaten Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen (zum Beispiel Krankenhäuser, Verwaltungen, Schulen oder Tageszeitungen) nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch die von Nachbarorten.

Vor allem mit den kommunalen Gebietsreformen von 1965 bis 1975 und teilweise auch in den neuen Ländern ab 1990 wurde das Zentrale-Orte-Konzept in die Praxis umgesetzt. Durch gesetzlich festgelegte Eingemeindungen in neue Großgemeinden verloren die weitaus meisten deutschen Dörfer ihre lokale Selbstbestimmung, das heißt ihren Bürgermeister und Gemeinderat. Über 300 000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker wurden auf dem Land „beseitigt“ und gingen damit den Dörfern auf Dauer verloren. Dies zeigt den großen Demokratie- und Kompetenzverlust durch die kommunalen Gebietsreformen auf dem Land. Im Schul-, Polizei-, Post- und Bahnbereich folgten Reformen nach den gleichen Prinzipien mit dem Ergebnis, dass in Jahrzehnten aufgebaute und funktionsfähige Einrichtungen in Dörfern und Kleinstädten beseitigt wurden. Das Zentrale-Orte-Muster wurde zu einer Politik der Zuordnungen, der Normsetzungen, der Fernsteuerung, generell einer demokratiefeindlichen Politik von oben nach unten.

Die Bilanz der bisherigen Raumordnungspolitik für den ländlichen Raum ist eher ernüchternd. Der Abbau von Ungleichgewichten zwischen starken und schwachen Teilregionen war wenig erfolgreich. Dies stellen die Raumordnungsberichte des Bundes und der Länder sowie wissenschaftliche Analysen immer wieder fest. Auch die Prognosen gehen nicht davon aus, dass sich zum Beispiel die Strukturschwächen abgelegener ländlicher Regionen kurz- oder mittelfristig verbessern werden. Trotz generell gleichbleibender Leitbilder und Instrumente ist daher in der Raumordnung seit etwa 20 Jahren ein (zumindest verbaler) Paradigmenwechsel, das heißt ein Wechsel von einer Grundauffassung zu einer anderen, festzustellen. Man hat erkannt, dass zentralstaatliche, standardisierte Problemlösungen, die „von oben nach unten“ diktiert werden, den unterschiedlichen Bedürfnissen auf dem Land nicht mehr gerecht werden und außerdem politisches Kapital verschenken. Heute gilt offiziell das Leitbild der endogenen beziehungsweise regional angepassten Entwicklung, das erstmals im Raumordnungsbericht von 1990 auftaucht. Dieses

Konzept will die Kompetenzen und das Engagement der Bürger und Politiker auf dem Land stärker als bisher in die Politik einbringen. Erste Konzepte „von unten“ finden sich zum Beispiel in der kommunalen und regionalen Energieversorgung und beim öffentlichen Nahverkehr. Hoffnung machen auch die neuen „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ von 2006. Hierin wird die „Sicherung und Gestaltung der gewachsenen Kulturlandschaft“ als ein herausragendes Leitbild der Raumordnung genannt. Mit dieser neuen Zielvorgabe weist der Staat dem ländlichen Raum eine Hauptrolle zu. Zur weiteren Realisierung der endogenen Entwicklung und Kulturlandschaftsgestaltung benötigt die regionale und kommunale Politik jedoch größere Spielräume. Das bedeutet vor allem, dass die kommunalen Verwaltungen der Kreise und Gemeinden auf dem Land gestärkt werden müssen.

WARUM DAS DORF NICHT STERBEN DARF

In den Zentren von Politik, Wissenschaft und Medien wird die Bedeutung des Wirtschafts- und Lebensraums Dorf für den Staat und die Gesellschaft häufig unterschätzt und zu wenig respektiert. Das Dorf hat zwar derzeit mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen, aber in den großen Städten ist das Ausmaß an Problemen mindestens ebenso groß wie auf dem Lande. Hier wie dort stehen Politik und Bürgergesellschaft vor großen Herausforderungen.

Warum ist es wichtig, dass die Dörfer bestehen bleiben? Warum verdient auch das Land(leben) den Respekt und die Fürsorge des Staates? Über 40 Millionen Deutsche leben auf dem Land und fühlen sich dort wohl. Und es gibt viele positive Merkmale, Werte oder auch Produkte, die das Land und seine Bewohner für die gesamte Gesellschaft bereitstellen:

1. Wirtschaftlich ist das Land, das etwa 90 Prozent der Staatsfläche ausmacht, keinesfalls das Armenhaus der Nation, gut die Hälfte der Wertschöpfung des Staates erfolgt hier. Viele Dorfgemeinden rangieren ökonomisch über dem jeweiligen Landesdurchschnitt, was vor allem der auf dem Land dominierenden mittelständischen Wirtschaft zu verdanken ist. Zahlreiche Weltmarktführer („Hidden Champions“) sitzen auf dem Land.

2. In der Landbevölkerung herrscht ein relativ hoher Wohlstand. Gründe hierfür sind die hohe Eigenheimquote (über 80 Prozent) oder auch das sogenannte Informelle Wirtschaften, das ständige Geben und Nehmen in der Nachbarschafts- und Verwandtschaftshilfe.
3. Das Land versorgt die gesamte Gesellschaft mit Lebensmitteln und zunehmend mit erneuerbarer Energie, darüber hinaus mit wichtigen Rohstoffen und Naturgütern wie Bodenschätzen, Wasser und Holz.
4. Ein hohes Plus des Dorfes ist die immer noch höhere Geburtenquote gegenüber der Großstadt. Nach einer jüngeren UNICEF-Studie sind Bildung sowie materielles, soziales, körperliches und psychisches Wohlbefinden bei Kindern und Jugendlichen auf dem Lande tendenziell auf einem höheren Niveau als in der Großstadt.
5. Generell ist auch bei den Erwachsenen die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld auf dem Lande höher als in Großstädten.
6. Die Zufriedenheit und Kraft des Dorfes sind ein Resultat der ländlichen Lebensstile. Diese sind natur-, traditions-, gemeinschafts- und handlungsorientiert.
7. Das Sich-Auskennen und Handeln in vielen praktischen und natürlichen Bereichen ist ein weiterer Kernbereich des dörflichen Lebens. Insgesamt ist das vorsorgende Leben und Wirtschaften auf dem Lande stärker verbreitet als in der Großstadt.
8. Dorfbewohner haben eine hohe Kompetenz, lokale Fragen und Probleme ehrenamtlich oder genossenschaftlich anzugehen und Verantwortung für das Gemeinwesen zu tragen. Selbstverantwortung und Anpackkultur sind im Dorf tief verwurzelt.
9. Ein großer Schatz des Landes sind seine abwechslungsreichen und regionalspezifischen Natur- und Kulturlandschaften samt ihrer Dörfer und Kleinstädte mit ihren sehr unterschiedlichen Bautraditionen, die auch von der Großstadtbevölkerung häufig für Erholung und Freizeit besucht und genutzt werden.

Das Land „liefert“ also nicht nur hochwertige Kulturlandschaften, Wirtschaftsgüter und Lebensmittel, es bietet auch der Gesamtgesellschaft und damit den Großstädten eine alternative Lebensform, die durch Natur- und Menschennähe, durch vor- und fürsorgendes Denken und Handeln geprägt ist. Warum sollte der Staat dies „abschaffen“? Stadt und Land sind gleichwertig in ihrer Bedeutung für den Gesamtstaat und die Gesellschaft. Sie sind aufeinander angewiesen.

Es besteht somit eine Interessen- und Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land. Wenn es dem einen Teil schlecht geht, schadet das auch dem anderen, und es geht auch der Gesamtheit von Staat und Gesellschaft schlecht. Dies hat übrigens – fast wörtlich – schon vor 160 Jahren der berühmte Agrarökonom Heinrich von Thünen so formuliert. Das ausgewogene Neben- und Miteinander von Stadt und Land ist bis heute in Deutschland ein hohes Staatsziel.

So ist die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes als politisches Leitbild im Grundgesetz sowie den Raumordnungsgesetzen des Bundes und der Länder verankert. Das heißt: Alle Regionen – ob Stadt oder Land – dürfen den gleichen Respekt und Zuspruch durch den Staat erwarten. Staat und Gesellschaft profitieren vom Austausch, vom Geben und Nehmen zwischen Stadt und Land.

Dorf und Land haben ökonomische, ökologische, kulturelle und soziale Potenziale und bringen diese auch in hohem Maße in die Gesamtgesellschaft ein. Außerdem lieben sehr viele Menschen das naturnahe und überschaubare Landleben – und gestalten dies mit Gemeinwohldenken und Anpackkultur. Nicht nur die Stadt, auch das Dorf ist ein Erfolgsmodell der europäischen und deutschen Geschichte. Dies gilt auch für die Zukunft.

Dieser Beitrag beruht auf: Gerhard Henkel, *Das Dorf. Landleben in Deutschland gestern und heute, Darmstadt 2015* sowie ders., *Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist*, München 2016.

GERHARD HENKEL

ist Humangeograf und Universitätsprofessor an der Universität Duisburg-Essen.
gerhard.henkel@uni-due.de

LÄNDLICHE LEBENSVERHÄLTNISSE IM WANDEL 1952, 1972, 1993 UND 2012

Heinrich Becker · Gesine Tuitjer

Das Forschungsprojekt „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ ist in der deutschen Forschungslandschaft einzigartig. Es untersucht die Veränderungen der ländlichen Lebensverhältnisse seit den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland alle 20 Jahre in immer denselben zehn westdeutschen und seit 1993 auch vier ostdeutschen Dörfern und deren Umland (*Karte*).⁰¹ Alle vier Untersuchungsfolgen wurden vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft finanziert.⁰² Die Entwicklung zur Langzeitstudie ist eine Reaktion auf die stetigen Veränderungen der ländlichen Lebensverhältnisse sowie des öffentlichen und politischen Interesses an diesem Wandel.

VON EINER KLEINBAUERN- UNTERSUCHUNG ...

Die junge Bundesrepublik sah sich Anfang der 1950er Jahre dem drängenden Problem der Sicherung der Ernährung einer durch Flüchtlinge und Vertriebene stark angewachsenen Bevölkerung gegenüber. Für die Ernährungssicherung der Bevölkerung war der Produktionsbeitrag von Kleinbauern, die zu der Zeit 80 Prozent aller Landwirte stellten, daher unverzichtbar. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft schien allerdings durch das Wiedereinsetzen der sich bereits in der Vorkriegszeit abzeichnenden Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, an der auch die Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Dörfern wenig änderte, und von Menschen vom „Lande“ in Richtung Stadt gefährdet. Als Ursache wurden im Vergleich mit anderen Bevölkerungsteilen schlechtere Arbeits-, Einkommens- und Lebensverhältnisse vermutet. Mit Blick auf das konkurrierende politische System im Osten Deutschlands befürchtete man nichts weniger als die Gefährdung des sozialen Friedens auf dem Land.⁰³ Die Überlegung, dass die kleinbäuerlichen Familien ihre eigene Si-

tuation an der ihrer nicht in der Landwirtschaft erwerbstätigen Nachbarn messen würden, führte zu deren Einbeziehung in die Untersuchung. Aus der ursprünglichen Fragestellung zur Situation von Kleinbauern⁰⁴ wurde so eine Fallstudienuntersuchung zur Entwicklung und aktuellen Situation der Lebensverhältnisse in Dörfern.

Die Auswahl der Dörfer folgte damals keiner wie auch immer konstruierten Einheitlichkeit des „Ländlichen“, sondern setzte mit dem Ziel, Lebensverhältnisse mit unterschiedlichen Bedingungen einzufangen, an der empirischen Realität von Vielfalt und Heterogenität in ländlichen Räumen an. Kriterien der durch Inaugenscheinnahme aufwändigen Auswahl der Untersuchungsdörfer waren naturräumliche und strukturelle Unterschiede der Dörfer (Dörfer mit einer überwiegenen kleinbäuerlichen Landwirtschaft, mit einem höheren Anteil größerer landwirtschaftlicher Betriebe oder sogenannte Arbeiter-Bauern-Dörfer, in denen der Anteil nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung erheblich war), unterschiedliche landwirtschaftliche Vererbungssitten,⁰⁵ unterschiedliche Verkehrsbedingungen beziehungsweise Entfernungen zu größeren Städten und damit tendenziell unterschiedliche Erwerbsalternativen, aber auch positive beziehungsweise problematische Entwicklungen der Dörfer in der Vergangenheit.⁰⁶ Nach einem von den beteiligten Wissenschaftlern ausgearbeiteten Plan wurden die Lebensverhältnisse in jedem der Untersuchungsdörfer von je einem Mitarbeiter analysiert. Die sogenannten Ermittler lebten zu diesem Zweck bis zu einem Jahr in den Untersuchungsdörfern. Der Verflechtung dieser Dörfer mit ihrem Umland wurde von Anfang an Rechnung getragen, beispielsweise in Bezug auf Arbeitsplätze. In den zusammenfassenden Ergebnissen der Fallstudien wurde deutlich, dass mit agrarpreispolitischen Mitteln allein die Situation vieler kleinbäuerlicher

Karte: Die 14 Untersuchungsorte



Betriebe nicht dauerhaft zu verbessern sei.⁰⁷ In der unausgesprochenen Konsequenz war dazu in erster Linie die Entwicklung von Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft notwendig.

... ZUR UNTERSUCHUNG LÄNDLICHER LEBENSVERHÄLTNISSE

Eine gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung und, darin eingebettet, der massive Strukturwandel in

01 Die Jahresangaben im Projekttitel stehen für die vier bisherigen Untersuchungsfolgen.

02 Die Ergebnisse wurden im Herbst 2015 im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) präsentiert und stehen unter www.thuenen.de/index.php?id=1798&L=0 und www.thuenen.de/media/ti-themenfelder/Laendliche_Lebensverhaeltnisse/Laendliche_Lebensverhaeltnisse_im_Wandel/BMEL_Dorfstudie.pdf zur Verfügung.

03 Vgl. Heinrich Becker, *Dörfer heute*, Bonn 1997, S. 31 f.

04 Für die Untersuchung 1952 wurde „Kleinbauer“ annähernd definiert als Inhaber eines Betriebes mit einer Bodenfläche von 2 bis 7,5 Hektar. Vgl. Heinrich Niehaus, *Lage und Aussichten der Kleinbauern in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*, in: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, *Lebensverhältnisse in Kleinbäuerlichen Dörfern. Berichte über Landwirtschaft*, Hamburg–Berlin 1954, S. 40–59, hier S. 41.

05 Im Anerbenrecht wurden bzw. werden landwirtschaftliche Familienbetriebe im Erbgang geschlossen an einen Erben zur Fortführung übertragen, in der Realteilung wird der Betrieb und insbesondere das Land unter den Erben gleich aufgeteilt.

06 Vgl. Becker (Anm. 3), S. 14.

07 Vgl. Emil Woermann, *Aussprache*, in: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie (Anm. 4), S. 60–63, hier S. 63.

der Landwirtschaft, dessen herausragendes Kennzeichen die verbreitete Aufgabe kleinbäuerlicher Betriebe war, stellten den Hintergrund für die erneute Untersuchung der 1952 ausgewählten Dörfer dar. Unter Aufnahme des Materials der Untersuchung von 1952 stellte das neue Forschungsvorhaben die Frage, was aus diesen Dörfern in den zurückliegenden 20 Jahren geworden war, wie sich die örtlichen Agrarstrukturen verändert und die Lebensverhältnisse entwickelt hatten.⁰⁸ Als ein ertrageiches Muster für die Folgeuntersuchungen erwies sich die 1972 erstmals praktizierte Verknüpfung aus ortsbezogenen Analysen des Wandels und ortsübergreifenden, an je aktuellen Fragestellungen ausgerichteten Forschungsarbeiten zu Einzelaspekten des ländlichen Wandels.

Die Wiedervereinigung erlaubte es 1993, die Untersuchung auch auf vier ostdeutsche Dörfer auszuweiten. Blind, das heißt ohne vorherige Inaugenscheinnahme, wurden vier unterschiedlich strukturierte Dörfer, festgemacht an der Bevölkerungsgröße und der Entfernung von vermuteten Wachstumsräumen beziehungsweise -achsen, ausgewählt. Eines der Dörfer sollte, so eine Vorabfestlegung, im Kernsiedlungsgebiet der Sorben liegen.⁰⁹ Inhaltlich war die Untersuchung in diesen Dörfern durch Fragen zur Transformation der Verhältnisse und deren Folgen für die Entwicklung der örtlichen Lebensverhältnisse geprägt.

KONTINUITÄT DES FORSCHUNGS- PROGRAMMS UNTER VERÄNDERTEN RAHMENBEDINGUNGEN

Wiederholungsuntersuchungen zum Wandel ländlicher Lebensverhältnisse in Dörfern über einen Zeitraum von 60 Jahren müssen sich – wollen sie wahrgenommen werden und Antworten zu aktuellen Fragen liefern – in ihrer Ausrichtung auch an Entwicklungen in Wissenschaft und Gesellschaft, mehr aber noch an die Veränderungen der Lebensverhältnisse selbst anpassen. So wurde etwa den Veränderungen vor Ort durch die fallweise Erweiterung der Untersuchungsgebiete Rechnung getragen.¹⁰

08 Vgl. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik e.V., *Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern 1952 und 1972*, Bonn 1975, S. 19.

09 Vgl. Becker (Anm. 3), S. 17.

10 Die ursprünglichen Orte bleiben im Datenmaterial identifizierbar. Vgl. BMEL, *Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012*, Berlin 2015, S. 12.

Die strukturellen und konzeptionellen Gemeinsamkeiten machen aus dem lockeren Zusammenhang von vier Einzeluntersuchungen ein gemeinsames Projekt: Das stärkste Bindeglied zwischen den Einzeluntersuchungen ist ihr Anspruch, die Menschen vor Ort als Experten ihrer Lebensverhältnisse in die Studien einzubinden.¹¹ Als Teil dieses Anspruchs werden seit 1993 die Ergebnisse den Einwohnern in jedem der Untersuchungsorte vor Abschluss der Forschungsarbeit präsentiert und diskutiert. Das Alltagsleben der Menschen zieht sich als roter Faden durch alle vier Untersuchungsfolgen und garantiert so die Aktualität der Ergebnisse unter den jeweiligen Verhältnissen und Bedingungen.

Die Untersuchungsfolgen haben den Veränderungen durch die Auswahl von jeweils aktuellen Untersuchungsthemen zu Einzelaspekten des Wandels Rechnung getragen.¹² Hieraus folgt die interdisziplinäre Struktur der Untersuchungen, die sich aus der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Fachrichtungen¹³ ergibt.

UNTERSUCHUNGEN IM BANN DER EINWOHNERENTWICKLUNG

Alle Untersuchungen – dies ist ein weiterer gemeinsamer Faktor – fanden vor dem Hintergrund öffentlich diskutierter, von der Anziehungskraft großer Städte gespeister Sorgen um die demografische Entwicklung in ländlichen Räumen statt. In rückläufigen Einwohnerzahlen schlägt sich –

so die Annahme – die negative Entwicklung regionaler Wirtschaftstätigkeiten und der Lebensbedingungen kumuliert nieder. Abwanderung gilt in diesem Zusammenhang als eine Art Abstimmung der Menschen mit Füßen über die örtlichen Bedingungen.

Geradezu prototypisch für ein solches Szenario einer wirtschaftlich induzierten Bevölkerungsabnahme kann die Entwicklung eines Teils der westdeutschen Untersuchungsdörfer im 19. Jahrhundert gelten. Auf den Zusammenbruch des örtlich bedeutsamen hausgewerblichen Leinenwebens im Zuge der Industrialisierung folgten Abwanderungen und Rückgänge der Einwohner. Leinenweben war beispielsweise die Existenzgrundlage eines Großteils der Bevölkerung in dem Leinenweberdorf Freienseen und in Westrup, das zur Leinen-Exportwirtschaft des Minden-Ravensburger-Raums gehörte. Selbst der vollständige Untergang dieser Erwerbsgrundlage löste jedoch keineswegs eine Spirale im Sinne eines irreversiblen und sich selbst verstärkenden Prozesses aus.

Aufgrund höchst unterschiedlicher örtlicher und regionaler Faktoren entwickelten sich die Einwohnerzahlen in den Untersuchungsorten sehr unterschiedlich. Einigen Untersuchungsorten gelang es relativ zügig, an dem allgemeinen und massiven Bevölkerungswachstum seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu partizipieren. In anderen Orten blieb die Bevölkerung weitgehend unverändert. Es gab aber auch Orte, in denen über lange Zeit die Einwohnerzahlen zurückgingen. Im Laufe der langfristigen Entwicklung kam es dabei zu Vorzeichenwechsel der Einwohnerentwicklung.

Die völlig veränderten Bedingungen der Gegenwart mit ihren regional differenzierten wirtschaftlichen wie auch demografischen Entwicklungen sind einerseits durch einen ausgeprägten Wettbewerb um Einwohner zwischen Wohnorten, Dörfern wie Städten, gekennzeichnet, andererseits aber auch durch die vielfältigen kommunalpolitischen Versuche, steuernd in diese Prozesse einzugreifen. Infolge der Differenzierung versuchen einerseits Untersuchungsdörfer durch Baulandausweisungen, Infrastrukturausbau und Vergünstigungen, Einwohner, insbesondere junge Familien, anzulocken. Andere Untersuchungsdörfer in Regionen mit einem deutlichen Bevölkerungswachstum und einer großen Nachfrage nach Bauland versuchen die Entwicklung

11 Diesem Zweck dienten 2012 beispielsweise 3177 standardisierte Befragungen mit zufällig ausgewählten Einwohnern und knapp 400 offene, „qualitative“ Gespräche. Vgl. ebd., S. 13.

12 Die Auswahl der Fragestellungen und beteiligten Institute erfolgte für die Untersuchungswelle 2012 über eine zweistufige Ausschreibung. Vgl. ebd., S. 10.

13 Die beteiligten Wissenschaftler und Institute der Untersuchungswelle 2012 waren: Luisa Vogt/Michael Kriszan (Institut für Green Technology und Ländliche Entwicklung der Fachhochschule Südwestfalen); Simone Helmle/Carmen Kuczera/Stefan Burkart (Institut für Sozialwissenschaften des Agrarbereichs der Universität Hohenheim); Andreas Keil/Charlotte Röhrer/Ina Jeske/Michael Godau/Jennifer Müller (Fachbereich Bildungs- und Sozialwissenschaften der Bergischen Universität Wuppertal); Stephan Beetz/Anna-Clara Gasch/Alexander Voigt (Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida); Ralf Nolten/Maria Meinert (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomie der Universität Bonn); Michaela Evers-Wölk/Britta Oertel (IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH); Heinrich Becker/Claudia Hefner/Gesine Tuitjer (Thünen-Institut für Ländliche Räume).

so zu steuern, dass auch Einheimische noch die Chance haben, Grundstücke zu erwerben. Auf die örtliche Bevölkerungszahl in verschiedenen Untersuchungsdörfern wirkt zudem die Ausweisung von Wohnungsschwerpunkten innerhalb der Gemeinden. Durch eine solche Ausweisungspolitik der Großstadt Göttingen beispielsweise ist Elliehausen zu einem bevorzugten Wohnort dieser Großstadt geworden.

In orts- oder auch regionalspezifisch andauernden Prozessen der Bevölkerungsentwicklung stellen die vier Untersuchungsfolgen nur Momentaufnahmen dar. Dieser Sachverhalt zeigt sich deutlich an der Einordnung der „Rückstandsdörfer“ Bockholte und Spessart in der Untersuchung von 1952. Die prekäre Situation der Dorfbevölkerung zu diesem Zeitpunkt führten die Wissenschaftler überzeugend auf die geringen Einkommensmöglichkeiten vor Ort beziehungsweise auf eine „Überbevölkerung“ im Hinblick auf die regional-ökonomischen Möglichkeiten zurück. Die Bevölkerung in beiden Dörfern reagierte aber keineswegs mit einer starken Abwanderung, sondern erschloss sich, oft gehalten durch eigenen kleinen Landbesitz, in einem langen und oft sehr mühevollen Prozess weitere Einkommensmöglichkeiten. Heute weist Bockholte einen anhaltenden Einwohnerzuzug als Folge einer ausgesprochen dynamischen Wirtschaftsentwicklung in dem unmittelbar angrenzenden Hauptort der gleichnamigen Gemeinde Werlte und des Emslandes auf. Spessart ist heute in einem durch hohen Wettbewerb um Einwohner gekennzeichneten, demografisch schwierigen Umfeld durch stabile Einwohnerzahlen und eine ausgesprochen positive gewerbliche Standortentwicklung gekennzeichnet.

Exponiertes Beispiel für eine von einem mehrfachen Wechsel der Vorzeichen geprägte Einwohnerentwicklung ist der Untersuchungsort Gerhardshofen. Die Phase eines mehr als 100 Jahre anhaltenden Bevölkerungsrückgangs löste nach langen und oft vergeblichen Bemühungen der Gemeinde erst in den 1980er und 1990er Jahren ein starkes Bevölkerungswachstum ab. Auf Basis guter regionalwirtschaftlicher Entwicklungen und Unternehmensansiedlungen im Ort lag die Ursache vor allem in der Ausweisung von attraktivem Bauland in Verbindung mit erfolgreichen Gewerbeansiedlungen. Gerhardshofen wurde zum Pendlerdorf. Das Bevölkerungswachstum hat wiederum seit

2008 leicht rückläufigen Bevölkerungszahlen Platz gemacht.

Die ostdeutschen Untersuchungsorte wurden von den Folgewirkungen der Wiedervereinigung mit der umfassenden und tief greifenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft vor massive Herausforderungen gestellt. Die Entwicklung ihrer Einwohnerzahlen war weitgehend bestimmt von starken Arbeitsplatzverlusten in der Landwirtschaft und in den regionalen Industrien, verbunden mit neu entstandenen beruflichen Alternativen in Westdeutschland. Zum Teil als Fortsetzung eines bereits weit in die DDR zurückreichenden Einwohnerrückgangs kam es in den 1990er und frühen 2010er Jahren in den ostdeutschen Untersuchungsdörfern zu deutlichen Einwohnerverlusten durch Abwanderung. Im Nachhall dieser Entwicklung haben beispielsweise die beiden Untersuchungsgemeinden Glasow und Krackow im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2013 im Vergleich zu 1990 44 beziehungsweise 28 Prozent ihrer Einwohner verloren. Dies sind die höchsten Verluste innerhalb der ostdeutschen Untersuchungsorte. Zuzüge, in den Fällen von Glasow und Krackow in erster Linie auch aus dem nahen Polen, und eine sich stabilisierende wirtschaftliche Entwicklung sind erste Anzeichen für eine beginnende Konsolidierung der Einwohnerzahlen.

Langfristig betrachtet, sind die wiederkehrenden Befürchtungen um eine Entleerung ländlicher Räume weder für die west- noch die ostdeutschen Untersuchungsdörfer eingetreten. Alle Untersuchungsdörfer verzeichnen, deutlich beeinflusst auch durch kommunalpolitische Entscheidungen, sowohl Zu- als auch Fortzüge. Die jeweilige Größenordnung entscheidet über das Vorzeichen der Einwohnerentwicklung.¹⁴ Eine oft vermutete besondere Abwanderungsbereitschaft eines Großteils der erwachsenen Wohnbevölkerung und mehr noch von Jugendlichen ist in den Untersuchungsorten nicht nachzuweisen. Zwar haben 25 Prozent der in der Studie befragten erwachsenen Einwohner schon einmal über Wegzug nachgedacht, und bei etwa der Hälfte spielten solche Überlegungen auch zum

¹⁴ Der Einfluss der aktuellen Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland auf die Einwohnerentwicklung konnte in der Untersuchung nicht berücksichtigt werden, da diese erst zum Ende der Untersuchung (2012–2014) massiv einsetzte.

Zeitpunkt der Befragung im Frühjahr 2013 eine Rolle. Solche Überlegungen werden aber weit- aus stärker als in allen anderen Untersuchungs- orten von Menschen aus den wachsenden und durch dynamische Wanderungsprozesse gepräg- ten, großen und stadtnahen Untersuchungsor- ten Elliehausen und Kusterdingen angestellt. Hauptursache für solche Überlegungen sind ei- gene berufliche Entwicklungsvorstellungen. In der Momentaufnahme der Untersuchung 2012 zeichnet sich das Untersuchungsfeld sowohl durch Untersuchungsorte mit wachsender oder stabiler Bevölkerung als auch Bevölkerungsab- nahme aus.

HETEROGENITÄT DER LEBENSVERHÄLTNISSE

Die Entwicklung der Untersuchungsdörfer seit 1952 folgte keineswegs einem im Zeitverlauf re- gional identischen Muster. Immer eingebettet in jeweilige regionale Kontexte ging die Entwick- lung der Untersuchungsdörfer auf örtliche Ak- teure zurück, die nicht immer frei von Rück- schlägen die Möglichkeiten der Umgebung und staatliche Fördermaßnahmen in je spezifischer Art und Weise nutzten. Im Zuge dieser Prozesse haben auch die „Rückstandsdörfer“ aus der ers- ten Untersuchung von 1952 diese Situation längst überwunden.

Die Untersuchungsdörfer sind auch heute nach Größe und Struktur sehr unterschiedlich. Sie hatten 2013 zwischen 160 (Glasow) und 3750 (Falkenberg) Einwohner. Sie sind Ortsteile in Gemeinden, selbst Gemeinden oder im Fall des ursprünglich als stadtnah ausgewählten Unter- suchungsdorfs Elliehausen ein Ortsteil der Groß- stadt Göttingen (116 891 Einwohner).

Das wirtschaftliche Rückgrat dieser Orte sind Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe und in Dienstleistungsunternehmen. Dieser Sachver- halt demonstriert den tief greifenden Wandel, den die einst kleinbäuerlichen Dörfer durchlaufen haben. Damit einher geht der deutliche Rück- gang der landwirtschaftlichen Betriebe in einem Großteil der westdeutschen Untersuchungsdör- fer. Der agrarstrukturelle Wandel in dem Unter- suchungsort Westrup (557 Einwohner) steht bei- spielhaft für diese Entwicklung. 1952 hatte der Ort 119 landwirtschaftliche Betriebe. Gegenwär- tig sind noch neun landwirtschaftliche Betriebe dort ansässig, davon sind vier Haupterwerbsbe-

triebe.¹⁵ Als Arbeitsplatz für die Dorfbevölke- rung ist die Landwirtschaft in solchen Unter- suchungsorten nur noch von untergeordneter Bedeutung.

Von dem gängigen Bild des Agrarstruktur- wandels mit einer Reduzierung auf einige wenige landwirtschaftliche Betriebe weicht die Entwick- lung des Weinbaudorfs Bischoffingen deutlich ab. Der Weinbau prägt nicht nur das Image des Or- tes und der Region Kaiserstuhl nachhaltig. Eine große Zahl von Weinbaubetrieben, teilweise mit eigener Kellerei und Vermarktung, und die Win- zergenossenschaft sind für Bischoffingen auch aktuell ein wichtiger Arbeits- und Wirtschafts- bereich, in dem auch viele Saisonarbeitskräf- te beschäftigt werden. In den ostdeutschen Un- tersuchungsorten stellen Großbetriebe, die aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossen- schaften (LPG) hervorgegangen sind, ein nicht unerhebliches wirtschaftliches Potenzial dar.

Ein großer Teil der Einwohner der Untersu- chungsdörfer pendelt zur Arbeit aus. Insgesamt sind die Pendelentfernungen der Berufstätigen gering und keineswegs ausschließlich auf Metro- polen oder Großstädte ausgerichtet. 80 Prozent der Befragten erreichen ihre Arbeitsplätze in ei- ner Fahrzeit von weniger als 30 Minuten.

Gleichzeitig aber sind die Dörfer vielfach selbst in nicht unerheblichem Maß Sitz von Un- ternehmen des produzierenden Gewerbes und im Dienstleistungssektor. Dieser Sachverhalt gilt nicht nur für Untersuchungsorte mit einer be- sonderen Lagegunst, wie beispielsweise Kuster- ding (3523 Einwohner und Lage zwischen der Universitätsstadt Tübingen und der industriell geprägten Großstadt Reutlingen), das auf eine weit zurückgehende Industrietradition blicken kann. Unternehmen finden sich in allen Un- tersuchungsorten, auch wenn sie nicht immer über solche Lagevorteile verfügen. In der niederbay- rischen Gemeinde Falkenberg (3750 Einwoh- ner, die in 106 kleinen Orten und Weilern leben) liegt der aus einem Handwerksbetrieb hervorge- gangene Sitz einer heute weltweit operierenden Holding.

Im Zuge solcher Gewerbeentwicklungen sind die Untersuchungsorte auch Ziel von Ein-

¹⁵ In Haupterwerbsbetrieben wird das Einkommen zum überwiegenden Teil aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit erwirtschaftet. Die übrigen landwirtschaftlichen Betriebe werden zusätzlich zu einem Haupterwerb in anderen Berufen bewirtschaftet.

pendlern. In der Eifel-Gemeinde Spessart (749 Einwohner) sind beispielsweise 112 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte tätig, davon pendeln 89 ein, und 283 Beschäftigte pendeln aus Spessart aus. Auch ostdeutsche Untersuchungsdörfer verzeichnen ähnliche Entwicklungen, wie das Beispiel der Gemeinde Finneland (1126 Einwohner) im Süden Sachsen-Anhalts zeigt. In der Gemeinde tätig sind 169 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, von denen 110 in die Gemeinde einpendeln, während 458 Einwohner zu sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen auspendeln. Zu dem insgesamt positiven Bild hat die seit Jahren anhaltende wirtschaftliche Hochkonjunktur in allen ländlichen Räumen beigetragen.

Die Untersuchungsorte verfügen über sehr unterschiedliche Infrastrukturangebote. Die mitunter großen Unterschiede relativieren sich aber unter Einbezug der zum Teil direkt anschließenden Nachbarorte deutlich. In 9 der 14 Untersuchungsorte sind allgemeinärztliche Praxen ansässig. Im Untersuchungsdorf Bischoffingen hat sich im 60-jährigen Untersuchungszeitraum eine private Klinik entwickelt, die heute mit 75 Betten zu einem internationalen Krankenhauskonzern gehört. Der politisch geförderte Breitbandausbau steht in den letzten Untersuchungsorten vor dem Abschluss.

Die Existenz unterschiedlicher Lebensverhältnisse in den Untersuchungsdörfern war bereits 1952 konstitutiv für die erste Untersuchungsfolge. Im Zuge der Entwicklung hat die im deutlichen Gegensatz zu einfachen und einheitlichen Bildern des „Ländlichen“ stehende Heterogenität der Lebensverhältnisse deutlich zugenommen: In der Gegenwart lassen unterschiedliche berufliche Tätigkeiten in verschiedenen Arbeitsorten und zu unterschiedlichen Arbeitszeiten, unterschiedliche familiäre Verpflichtungen und Freizeitinteressen hoch individuelle Alltagspraktiken der Bewohner entstehen. Die Automobilität ist dabei für die meisten Einwohner eine unabdingbare, zentrale Voraussetzung, um diese unterschiedlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Dementsprechend wird auch die dörfliche Infrastruktur höchst unterschiedlich genutzt und stellt lediglich ein Angebot dar.

Im Ergebnis weist das Forschungsprojekt „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ heterogene Entwicklungsprozesse zwischen den und in den Unter-

suchungsorten nach, die sich vereinfachenden Schematisierungen entziehen.¹⁶ So unterschiedlich Untersuchungsorte, Lebensabschnitte ihrer Einwohner, ihre beruflichen Tätigkeiten, ihre individuelle Gestaltung des Alltags auch sind, die weit überwiegende Mehrheit der Einwohner in jedem der Untersuchungsorte, nicht nur bei den Erwachsenen, sondern auch bei den Kinder und Jugendlichen, lebt gerne in ihren Wohnorten.

HEINRICH BECKER

ist promovierter Agrarwissenschaftler und Mitarbeiter i. R. am Thünen-Institut für Ländliche Räume.
heinrich.becker@thuenen.de

GESINE TUITJER

ist Sozialwissenschaftlerin und Mitarbeiterin am Thünen-Institut für Ländliche Räume.
gesine.tuitjer@thuenen.de

¹⁶ Politiken zur Förderung ländlicher Räume haben auf die Vielschichtigkeit der entsprechenden Prozesse seit Langem mit differenzierten Angeboten reagiert. Siehe dazu auch den Beitrag von Ulrike Grabski-Kieron in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

POLITIK IM UND FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Ulrike Grabski-Kieron

Die Entwicklung ländlicher Räume ist aktuell durch tief greifende Veränderungsprozesse gekennzeichnet: Je nach landschaftlichen Ausgangsbedingungen, je nach Lage im Netz der großen Entwicklungsachsen und großen Städte stehen ländliche Räume heute in einem Spannungsfeld zwischen zunehmenden Stadt-Umland-Verflechtungen einerseits und wachsender peripherer Abgeschiedenheit mit rückläufigen sozioökonomischen Aktivitäten andererseits. Mit sich verändernden gesellschaftlichen Werthaltungen und Raumwahrnehmungen wandeln sich Standortpräferenzen der Wirtschaft genauso wie jene für individuelle Lebens- und Arbeitsumfelder. Ländliche Regionen nehmen unterschiedliche Entwicklungswege, die durch den demografischen Wandel weiter akzentuiert werden. Dörfer und ländliche Klein- und Mittelstädte sind gleichsam Prismen dieser Veränderungsprozesse. Gleichzeitig entstehen aus dem anhaltenden Struktur- und Funktionswandel der Landwirtschaft weitere Determinanten räumlicher Entwicklung, Anforderungen des Ressourcenschutzes und die zunehmende Notwendigkeit, Antworten auf den Klimawandel zu finden und die Biodiversität zu erhalten, beeinflussen Landnutzung, Siedlungswesen, Infrastruktur- und Standortentwicklung. Von all diesen Einflüssen bleiben die ländlichen Kulturlandschaften mit ihren natürlichen Potenzialen und ländlichen Soziokulturen nicht unberührt.

Der ländliche Raum ist also keine einheitliche Raumkategorie. Um den regional differenzierten Ausgangslagen und Entwicklungspfaden gerecht zu werden, ist eine Typisierung ländlicher Räume nötig. Erst sie ebnet den Weg dafür, Leitbilder räumlicher Entwicklung regionsbezogen zu konkretisieren und angepasste Problemlösungen zu finden. Auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene folgt Politik für den ländlichen Raum daher heute solchen Raumklassifikationen, die strukturelle und funktionale Abgrenzungskriterien miteinander verbinden. Sie stützen sich etwa

auf Daten zur sozioökonomischen Struktur oder Einwohnerdichte einerseits und Verflechtungs- und Erreichbarkeitskriterien andererseits.⁰¹ Statistische Daten, beispielsweise zur Ausweisung von Siedlungsstrukturtypen, werden so etwa mit statistischen Zeitbedarfen, die nötig sind, um Versorgungsdienstleistungen in einem zentralen Ort zu erreichen (Erreichbarkeitskriterium), mithilfe von Geoinformationssystemen verschnitten. Dies ermöglicht beispielsweise eine Gliederung des ländlichen Raums im Stadt-Land-Kontinuum: Peripherere ländliche Regionen können dann von solchen unter Suburbanisierungseinflüssen oder von solchen mit selbsttragenden Entwicklungsdynamiken unterschieden werden. Doch sind Kriteriensets, die zugrunde gelegte Methodologie und selbst die Ansprache der ländlichen Raumtypen durchaus differenziert.

Typologien werden kontinuierlich modifiziert – zum Beispiel aus verändertem wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse heraus oder aufgrund eines veränderten Bedarfs in der Politikgestaltung, wie dieser sich etwa vor einigen Jahren in der Bundesrepublik mit dem demografischen Wandel und seinen regional unterschiedlichen Folgewirkungen abzeichnete.

Eine einzige Standardtypologie gibt es also weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene. Unter den Gesichtspunkten von Maßstab und Gebietsgrößen ist allen Typologien jedoch gemeinsam, dass sie eine Einteilung des ländlichen Raumes auf einer gewählten regionalen Ebene vornehmen. Im EU-Kontext werden dazu die in der EU verwendeten statistischen Raumeinheiten der „NUTS-Regionen 2 und 3“ verwendet.⁰² Für Deutschland bilden die Landkreise und kreisfreien Städte (NUTS 3) und in der Regel die im Verwaltungsaufbau der Bundesländer verankerten regionalen Mittelebenen wie die Regierungsbezirke die kartografische Basis. In der nationalen Raumbeobachtung rückt die Landkreisebene in den Vordergrund.

SEKTORÜBERGREIFENDES POLITIKFELD

Politik für die ländlichen Räume baut auf diesem Grundverständnis differenzierter regionaler Ausgangslagen und Entwicklungspfade auf. Sie ist weniger Sektorpolitik als vielmehr ein politisches Handlungsfeld, in dem verschiedene raumwirksame Politiken zusammenwirken. Im Vordergrund stehen die Raumordnungs- und regionale Strukturpolitik sowie die Agrarstrukturpolitik. Doch ist in und für die ländlichen Räume auch die Naturschutz- und Umweltpolitik raumwirksam. Im Zeichen des demografischen Wandels, der Integration und der Daseinsvorsorge ist im Handlungsfeld der ländlichen Raumentwicklung des Weiteren der Stellenwert der Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik gestiegen.

Der politische Auftrag umfasst nichts Geringeres, als die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums in seiner regionalen Vielfalt zu sichern. Dazu zählt, ein zweckmäßiges Niveau der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, angepasste zentralörtliche Funktionen aufrechtzuerhalten, Zugänge zu Mobilität, Information und Wissen zu ermöglichen und gegebenenfalls durch Digitalisierung zu verbessern sowie eine nachhaltige Landnutzung zu gewährleisten, die auch das natürliche und kulturelle Erbe der ländlichen Kulturlandschaften berücksichtigt.⁰³

Die inhaltliche wie regionale Komplexität der Problemlagen verlangt Ziele und Instrumente im Sinne einer abgestimmten ganzheitlichen, das heißt querschnittsorientierten oder integrierten Politik für den ländlichen Raum, damit Synergien in der ländlichen Raumentwicklung erreicht werden können. Diese Notwendigkeit zu sektor-

übergreifender Zusammenarbeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der eingeschlagene Weg „steinig“ ist: Ungeachtet aller Erfolge und Fortschritte, durch die sich in den vergangenen Jahren das Politikfeld insbesondere auf EU- und Bundesebene akzentuiert hat, besteht die permanente Aufgabe, Ziel- und Maßnahmenkohärenzen über die verschiedenen Ressorts hinweg herzustellen und Schnittstellen zwischen den einzelnen politischen Handlungsfeldern zu schärfen.

Damit folgt diese Politik gültigen Handlungsorientierungen, wie etwa jenen der nachhaltigen Entwicklung, der Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe an Wohlstandsentwicklung oder einer an den Potenzialen von Teilräumen orientierten Wirtschaftsleistung. Sie ist damit auch dem zentralen raumordnungspolitischen Leitsatz der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ gemäß Paragraf 1 Absatz 2 Raumordnungsgesetz (ROG) verpflichtet. Dieser ist Ausdruck sozialen Ausgleichs und einer anzustrebenden Verteilungsgerechtigkeit.⁰⁴ Er basiert unmittelbar auf dem Sozialstaatsprinzip gemäß Artikel 20 Grundgesetz (GG) und dem Benachteiligungsverbot gemäß Artikel 3 GG.

Im Zeichen veränderter Rahmenbedingungen staatlichen Handelns, einem gewandelten Demokratieverständnis und einer veränderten Planungskultur sowie nicht zuletzt angesichts wachsender regionaler Disparitäten in Deutschland und der EU ist der Gleichwertigkeitsgrundsatz in den vergangenen Jahren mehrfach kontrovers diskutiert worden.⁰⁵ Er wird heute im Sinne eines „staatlichen Ermöglichens“ interpretiert, das heißt, staatliches Handeln ist darauf ausgerichtet, je nach regionaler Situation und unter Berücksichtigung gewandelter gesellschaftlicher Ansprüche, verändertem Mobilitätsverhalten oder Lebensstilen, Voraussetzungen für Daseinsvorsorge und Teilhabe an Gesellschaft und Wohlstand zu gewährleisten.

Politik im und für den ländlichen Raum ist vor diesem Hintergrund dem Auftrag verpflichtet, die raumordnerischen Leitvorstellungen und

01 Vgl. u. a. Monica Brezzi/Lewis Dijkstra/Vincente Ruiz, OECD Extended Regional Typology: The Economic Performance of Remote Rural Regions, in: OECD Regional Development Working Papers 6/2011, S. 1–21; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), Raumabgrenzungen und Raumtypen des BBSR, in: Analysen Bau.Stadt.Raum 6/2012, S. 1–111.

02 Nomenclature des unités territoriales statistiques: offizielles statistisches Gebietsraster der EU. Jedes Mitgliedsländ ordnet seinem Verwaltungsaufbau entsprechend Teilräume diesem räumlich-statistischen System auf drei Ebenen zu. NUTS bietet damit ein System der Vergleichbarkeit von statistischen Daten im EU-Kontext.

03 Vgl. Jürgen Buchwald/Thomas Reimann/Lutz Scherling, Politik für ländliche Räume. Entwicklungstrends und Herausforderungen, in: Klaus Kummer/Josef Frankenberger (Hrsg.), Themenschwerpunkt 2013: Landesentwicklung für Ländliche Räume – Analysen und Antworten zu Demographiewandel, Planungszielen und Strukturveränderung, Berlin–Offenbach 2013, S. 3–33.

04 Vgl. Alexander Milstein, Grundlagen des europäischen Raumentwicklungsrechts, Münster 2016, S. 73f.

05 Vgl. Berlin-Institut/IASS (Hrsg.), Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin 2013; Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken. Perspektiven und Handlungsfelder, Positionspapier aus der ARL 108/2016, http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_108.pdf.

Abbildung 1: Das Mehrebenensystem in der Entwicklung ländlicher Räume

Formal-rechtliche Instrumente			Instrumente u.a. mit Betonung informeller Handlungsansätze		
Raumordnung/ Strukturpolitik	Agrarstruktur- politik	Sonstige Fachpolitiken	Raumordnung/ Strukturpolitik	Agrarstruktur- politik	Sonstige Fachpolitiken
Europa 2020- Strategie Strukturfonds	ELER-VO (2014–2020)	Richtlinien Verordnungen	Territoriale Agenda	LEADER im Rahmen ELER-VO (2014–2020)	z.B. EU-Wasser- rahmenrichtlinie: Flussgebiets- management
ROG Städtebau- förderung	GAK (2016–2019)	z.B. Biodiversität- strategie BNatSchG	Leitbilder der Raumordnung/ Modellvorhaben	Bundesinitiative „Ländliche Ent- wicklung“ mit Bundesprogramm „Ländliche Ent- wicklung“	z.B. Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW), Förder- ansatz Regional- und Cluster- management
Landes- entwicklungs- planung	Länder- programme Förderrichtlinien	Landesrecht/ Natur- und Umweltschutz/ Länderprogramme	Programme, Wettbewerbe, Modellvorhaben auf Bundes- und Länderebene		
Regionale Raumordnungs- pläne	z.B. ländliche Bodenordnung	z.B. Landschafts- rahmenplanung	Städtenetze, regionale Entwicklungs- konzepte (REK)	Integrierte ländliche Entwicklungs- konzepte	z.B. Regional- management
Bauleitplanung, sonstige städte- bauliche Planung	z.B. land- wirtschaftliche Fachbeiträge	z.B. Landschafts- pläne	z.B. Masterpläne/ Quartiers- management	Dorferneuerung und -entwicklung	z.B. Projekte zur Förderung der E-Mobilität oder zum lokalen Klimaschutz
			Europa		
			Bund		
			Länder		
			Regionen		
			Kommunen		

Quelle: Eigene Darstellung

Grundsätze gemäß Paragraphen 1 und 2 ROG im Sinne einer abgestimmten Raumentwicklung sowie die aktuellen Leitbilder der Raumordnung⁰⁶ – Wettbewerbsfähigkeit stärken, Daseinsvorsorge sichern, Raumnutzungen steuern und nachhaltig entwickeln und Klimawandel und Energiewende gestalten – auszuarbeiten und umzusetzen. Sie ist in das Mehrebenensystem von EU, Bund und Bundesländern eingebunden (Abbildung 1). Als raumwirksame Politik unterliegt sie dabei den Regelungsprinzipien von Subsidiarität und Gegenstrom. Diese elementaren Grundprinzipien staatlichen und insbesondere planerischen Handelns im föderativen System bilden die Basis für ein zielführendes „Zusammenführen“ von Leitbildern, Zielen und Maßnahmen über die verschiedenen Ebenen hinweg.

Die Ausarbeitung und Umsetzung politischer Ziele vollzieht sich dabei in einer Planungskultur, die im Zeichen eines veränderten Verantwortungs- und Steuerungsverständnisses steht

und in deren Mittelpunkt der „Governance“-Begriff zu finden ist.⁰⁷ Ungeachtet unterschiedlicher fachdisziplinärer Zugänge zum Begriff ist diese Planungskultur heute Ausdruck eines gewandelten Verständnisses staatlicher Aufgaben im Umfeld von Demokratisierung und Bürgermitwirkung, öffentlich-privaten Kooperationen und Partnerschaften, von akteursgetragenen Entscheidungsprozessen in regionalen oder lokalen Raumkontexten. Sie ist einerseits durch Elemente strategischer Planung charakterisiert,⁰⁸ etwa wenn es darum geht, in einer Region zusammen mit den regionalen Akteuren gemeinsame Visionen für die räumliche Entwicklung zu erarbeiten oder Handlungsprioritäten festzulegen. Sie ist andererseits durch eine umsetzungsbezogene Planung gekennzeichnet, denn dem projektbezogenen Arbeiten, in dem gesteckte Ziele realisiert werden, wird ein großer Stellenwert beigemessen.

⁰⁷ Vgl. Arthur Benz et al. (Hrsg.), Handbuch Governance, Wiesbaden 2007.

⁰⁸ Vgl. Thorsten Wiechmann/Gerald Hutter, Strategische Planung – Zum Stand der Diskussion, in: dies., Strategische Planung, Kassel 2010, S. 7–16.

⁰⁶ Vgl. Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO), Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland, MKRO-Beschluss vom 9.3.2016.

Abbildung 2: Konzeptionelle Grundzüge der „integrierten ländlichen Entwicklung“



Quelle: Eigene Darstellung

Politik für den ländlichen Raum ist im hohen Maße darauf ausgerichtet, sowohl das prozessuale und kooperative Entwicklungs- und Planungsgeschehen als auch das projektorientierte Arbeiten zu unterstützen und mit geeignetem Instrumenteneinsatz zu steuern. Instrumente des Planungs- und Ordnungsrechts, des Anreiz- und Förderrechts sowie kooperative Instrumente informeller Planung und Entwicklung stehen dafür zur Verfügung. Ländliche Raumentwicklung, die sich konzeptionell als „integrierte ländliche Entwicklung“ versteht, baut so auf vielfältigen Formen der Koordination und Zusammenarbeit zwischen formal-rechtlichen und informellen Planungs- und Steuerungsinstrumenten auf (Abbildung 2).

IM BLICKPUNKT: AGRARSTRUKTURPOLITIK

Im europäischen Politikfeld zur Entwicklung ländlicher Räume nimmt die Agrarpolitik eine besondere Stellung ein, weil sie mit ihren Teilpolitiken der Markt- und Preispolitik, der Struktur- und Agrarumweltpolitik, direkt oder indirekt auf Entscheidungen zur Landnutzung einwirkt. Im Mittelpunkt steht die Agrarstrukturpolitik. Die

gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) hat sich seit den 1960er Jahren mehrfach gewandelt. Der entscheidende Impuls zur Etablierung einer Politikachse für die ländliche Raumentwicklung ging 1996 von der Konferenz von Cork (Irland) aus. Das dort verabschiedete Zehn-Punkte-Programm für die Entwicklung ländlicher Räume in Europa lenkte die Aufmerksamkeit darauf, die regionalen Disparitäten und besonderen Problemlagen in der ländlichen Entwicklung wirksam aufzufangen. Es formulierte dazu ein Spektrum neuer agrarstrukturpolitischer Orientierungen, zu denen unter anderem auch innovative Ansätze einer integrierten ländlichen Entwicklung gehörten. Im Zuge der Agenda 2000 der EU wurde die Programmatik ländlicher Raumentwicklung erstmals als sogenannte Zweite Säule der EU-Agrarpolitik neben die klassische Markt- und Preispolitik (Erste Säule) gestellt. Wenn auch zwischenzeitlich weitere Reformen der EU-Agrarpolitik dazu geführt haben, die Zweite Säule über die Jahrzehnte hinweg finanziell besser auszustatten, steht ihr Finanzvolumen nach wie vor hinter dem der Ersten Säule zurück. Dieser Umstand wie auch die für die in jeder Förderperiode vorgenommenen inhaltlichen Anpassungen an veränderte Ausgangslagen in der ländlichen Entwicklung geben immer wieder Anlass zu kritischen Diskursen.⁹

Auch die EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER (Liaison entre actions de développement de l'économie rurale), die heute einen festen Platz in der Förderlandschaft der ländlichen Raumentwicklung einnimmt, nahm in den 1990er Jahren ihren Anfang. Erstmals stellte sie die lokale und kleinregionale Handlungsebene der peripheren ländlichen Räume Europas in den Fokus, um damit neue Lösungen für die Probleme dieser Regionen zu finden. Sie adressierte die ländlichen Akteure vor Ort und zielte darauf ab, ländliche Entwicklung aus dem Erkennen und Ausschöpfen der jeweiligen regionalen Potenziale voranzutreiben. Hatte LEADER zunächst den Charakter eines „Labors“ für innovative

09 Vgl. Rico Kaufer et al., Steuerungspotentiale der Agrar- und Raumordnungspolitik für ökologisch und ökonomisch nachhaltige ländliche Regionen, in: Raumforschung und Raumordnung 71/2013, S. 381–396; Peter Weingarten/Barbara Fährmann/Regina Grajewski, Politik zur Entwicklung ländlicher Räume als 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, in: Helmut Karl (Hrsg.), Koordination raumwirksamer Politik. Mehr Effizienz und Wirksamkeit von Politik durch abgestimmte Arbeitsteilung, Hannover 2014, S. 23–49; Dieter Kirschke/Ulrich Koester/Astrid Häger, Ist die EU-Agrarpolitik ihr Geld wert?, in: Wirtschaftsdienst 4/2014, S. 288–293.

ländliche Regionalentwicklung, ist die LEADER-Programmatik heute als allgemeiner Schwerpunkt in der Förderung der EU-Agrarpolitik angekommen. Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer der LEADER-Aktionsgruppen und deren Partner zählen über die Projektarbeit hinaus seit jeher zu den Zielen des Programms. Heute wird die ländliche Raumentwicklung in Regionen und vor Ort vielfältig durch LEADER-Netzwerke getragen, die zudem auf den verschiedenen Handlungsebenen institutionelle Unterstützung erfahren, etwa durch die Deutsche Vernetzungsstelle LEADER.¹⁰

2016 hat die Nachfolgekonferenz von Cork („Cork 2.0“) die Programmatik der EU-Politik für die ländlichen Räume grundsätzlich bestätigt und gemäß der aktuellen Anforderungen in einem neuen Zehn-Punkte-Programm justiert.¹¹ Betont werden zukunftsweisende inhaltliche Ausrichtungen wie der konsequente Ausbau ländlicher Wertschöpfungsketten oder die Teilhabe an Wissen und Innovation, und dem Governance-Ansatz wird weiterhin eine besondere Bedeutung beigemessen.

UMSETZUNG DER POLITIK IM MEHREBENENSYSTEM

Die Wirkungsmechanismen der EU-Agrarstrukturpolitik entfalten sich über die verschiedenen politischen Ebenen hinweg in differenzierten Ziel- und Anreizsystemen, die in komplexen Abstimmungsprozessen auf die nationale und – in Deutschland – auf die föderative Ebene der Bundesländer „heruntergebrochen“ werden. Die EU-Agrarpolitik folgt den Leitzielen der von der Europäischen Kommission verabschiedeten „Europa 2020-Strategie“.¹² Daraus leiten sich die aktuell gesetzten Prioritäten in der Entwicklung ländlicher Räume ab, die mit folgenden Schlagworten umrissen werden:

- Wissenstransfer, Bildung und Beratung,
- Wettbewerbsfähigkeit,

- Lebensmittelketten und Risikomanagement,
- Förderung von Ökosystemen,
- Förderung der Ressourceneffizienz,
- Arbeit und Entwicklung im ländlichen Raum sowie
- Priorität für methodische Ansätze.

Diese finden in den geltenden Förderkorridoren der unterschiedlichen Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, die im „Gemeinsamen strategischen Rahmen“ (GSR) zusammengebunden werden, ihren Niederschlag. Der Agrarstrukturpolitik selbst steht dabei der „Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume“ (ELER-Fonds) zur Verfügung. Mit seinen vier Förderkorridoren – Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, Agrarumweltmaßnahmen und Tierschutz, integrierte ländliche Entwicklung und Förderung lokaler und regionaler Entwicklungsstrategien sowie Impulse für lokale und regionale Aktionsgruppen (LEADER) – unterstützt er die Umsetzung der genannten Zielprioritäten auf europäischer Ebene. Er ist zentrales Instrument der EU zur ländlichen Raumentwicklung im Rahmen der Agrarstrukturpolitik. Dabei bleiben Spielräume für nationale Ausgestaltung erhalten, was dem Ansatz entspricht, der Vielfalt ländlicher Regionen und den Spezifika regionaler Problemlagen entgegenzukommen.

In verwaltungstechnisch-organisatorischer und rechtlicher Hinsicht vollzieht sich diese Ausgestaltung im Mehrebenensystem EU-Bund-Bundesländer mithilfe verschiedener Steuerungsinstrumente: Die „Durchgängigkeit“ der gesamten EU-Förderprogrammatik und der zur Verfügung stehende Finanzierungsrahmen wird mit Blick auf die nationale Ebene in der laufenden Förderperiode 2014 bis 2020 durch die „Partnerschaftsvereinbarung“ zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland festgelegt. In diesem Dokument wird beschrieben, wie die Finanzmittel in der geltenden Förderperiode eingesetzt werden sollen, um die Ziele der „Europa 2020-Strategie“ im jeweiligen nationalen Rahmen zu erreichen.

Auf Bundesebene stellt die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) von Bund und Ländern den maßgeblichen Rahmen dar, in dem nationale und europäische Programmansätze „zusammengebunden“ werden: Die Ziele des ELER-Fonds

¹⁰ Vgl. Deutsche Vernetzungsstelle LEADER, Netzwerk Ländliche Räume, www.netzwerk-laendlicher-raum.de.

¹¹ Vgl. The Cork Declaration 2.0, 6.9.2016, http://ec.europa.eu/agriculture/events/2016/rural-development/cork-declaration-2-0_en.pdf.

¹² Vgl. Europäische Kommission, Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, 3.3.2010, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>.

werden in Anpassung an die nationalen und ländereigenen Bedürfnisse zur Entwicklung ländlicher Räume ausgestaltet und modifiziert und die EU-Finanzmittel von Bund und Ländern mittels Ko-Finanzierung aufgestockt. Die Verteilung der Finanzmittel und die für einen bestimmten Zeitraum geltenden Fördergrundsätze werden im gemeinsam von Bund und Ländern ausgehandelten GAK-Rahmenplan festgeschrieben, der in seiner aktuellen Fassung bis 2019 gilt.¹³ Doch auch Gestaltungsspielräume für die einzelnen Bundesländer werden berücksichtigt. Sie füllen diese, eingepasst in die Förderung der Gemeinschaftsaufgabe, in eigenen operationellen Programmen zur ländlichen Entwicklung aus. Hier finden sich im Vergleich der Bundesländer durchaus unterschiedliche Gewichtungen der Förderstränge wieder. Der aktuelle GAK-Rahmenplan gliedert zahlreiche Förderbereiche aus und berücksichtigt dabei auch Maßnahmen zur integrierten ländlichen Entwicklung, um ländliche Strukturen zu verbessern. So gelten beispielsweise die Erstellung integrierter Entwicklungskonzepte, der Aufbau eines Regionalmanagements oder die Dorferneuerung als förderfähige Tatbestände.¹⁴

Über die genannten Regelungen und Instrumente hinaus unterstützen Bund und Bundesländer die Entwicklung ländlicher Räume zurzeit mit zahlreichen weiteren Initiativen, Programmen und Modellvorhaben. Prominentes Beispiel dafür ist die „Bundesinitiative ländliche Entwicklung“ der Bundesregierung, in deren Rahmen das Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ aufgelegt ist. In der Programmperiode bis 2020 werden die zur Verfügung gestellten Finanzmittel unter anderem dafür verwendet, Modell-, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Wettbewerbe oder Projekte des Wissens- und Informationstransfers umzusetzen. Dazu zählen beispielsweise das bereits gestartete Modellvorhaben „Land(auf)Schwung“ oder der Wettbewerb „Kerniges Dorf – Umbau gestalten“.¹⁵

13 Vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 2016–2019, Juli 2016, www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Foerderung/Rahmenplan2016-2019.pdf?__blob=publicationFile.

14 Vgl. ebd.

15 Siehe Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ unter www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/bule_node.html.

Auch andere ressortspezifische Initiativen und Förderprogramme richten ihr Augenmerk aktuell verstärkt auf Problemkreise der ländlichen Entwicklung. So wendet sich die Städtebauförderung besonders auch an die ländlichen Klein- und Mittelstädte, um drängende Probleme, die sich dort in der Innenentwicklung oder in der Erhaltung der Daseinsvorsorge vielerorts stellen, zu lösen.¹⁶

SCHLUSSBEMERKUNG

Die Entwicklung ländlicher Räume in Europa und in Deutschland ist Gegenstand eines breiten Politikfelds. Über die Einbettung in den politischen Kontext der EU hinaus wird die Thematik auf der nationalen Ebene unterschiedlich ausgefüllt. In Deutschland findet die Entwicklung ländlicher Räume in vielfältigen programmatischen Handlungsansätzen ihren Niederschlag. Dies kommt der Forderung nach einer querschnittsorientierten, auf Synergien angelegten ländlichen Entwicklung entgegen. Wie die angeführten Beispiele deutlich machen, sind über die traditionellen Förderthemen wirtschaftlicher oder städtebaulicher Entwicklung in den vergangenen Jahren weitere Initiativen und Vorhaben auf den Weg gebracht worden. Sie zielen darauf ab, öffentliche und private Akteure in der ländlichen Regional-, Kommunal- und Dorfentwicklung zu befähigen, eigenverantwortliche Problemlösungen zu finden, diese in Konzepten zu strukturieren und schließlich auch zu realisieren. Dies folgt dem Paradigma governance-geprägter Planungskultur im ländlichen Raum, die sich auch in den Orientierungen der zur Verfügung stehenden Instrumente und Förderlinien in der EU, im Bund und in den Bundesländern zeigt.

ULRIKE GRABSKI-KIERON

ist Professorin für Orts-, Regional- und Landesentwicklung/Raumplanung mit dem Forschungsschwerpunkt „Angewandte ländliche Raumforschung“ am Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.
kieron@uni-muenster.de

16 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Städtebauförderung: Ziele, Finanzierung und Mittelverteilung, o.D., www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Grundlagen/Mittelverteilung/Mittelverteilung_node.html.

FLÜCHTLINGE AUFS LAND?

Migration und Integration im ländlichen Raum

Jutta Aumüller · Frank Gesemann

Das neue Integrationsgesetz, das die Bundesregierung im Mai 2016 beschlossen hat, soll den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt erleichtern, die Angebote für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive verbessern sowie die Chancen auf die Erteilung einer dauerhaften Niederlassungserlaubnis erhöhen. Für die kommunalen Spitzenverbände ist vor allem die Einführung einer befristeten Wohnsitzzuweisung für anerkannte Flüchtlinge bedeutsam, da sie sich dadurch erhoffen, Integration besser steuern, durch Zuwanderung stark betroffene Kommunen vor Überforderung schützen und die Entwicklung von sozialen Brennpunkten vermeiden zu können. In diesem Beitrag werden Chancen und Grenzen einer Integrationssteuerung durch die Wohnsitzauflage vor dem Hintergrund des Forschungsstandes zu Zuwanderung und Integration im ländlichen Raum, der Erfahrungen mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in kleineren Städten und Gemeinden sowie der Debatte über demografischen Wandel und regionale Planung diskutiert.

INTEGRATION IM LÄNDLICHEN RAUM

Seit der Anwerbung von Arbeitskräften in den 1950er und 1960er Jahren konzentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den städtischen Ballungsräumen der westdeutschen Bundesländer mit einem hohen Anteil an Industrie, verarbeitendem Gewerbe und spezialisierten Dienstleistungen. Die Daten des Mikrozensus 2013 zeigen, dass 61 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in städtischen Regionen, 27 Prozent in Regionen mit Verstädterungstendenzen und 12 Prozent in ländlichen Regionen leben. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (55,8 Prozent) lebt allerdings in Städten und Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern. Mit Bevölkerungsanteilen von 22,1 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund in Mittelstäd-

ten (20 000 bis 100 000 Einwohner), 15,6 Prozent in Kleinstädten (5 000 bis 20 000 Einwohner) und 8,7 Prozent in Gemeinden (unter 5 000 Einwohner) sind Migration und Integration in den vergangenen Jahren zu einem prägenden Phänomen und einer zentralen Herausforderung für die lokale Politik auch kleinerer Kommunen geworden.⁰¹

Auf den ersten Blick scheinen die Schwierigkeiten einer Integration in ländlichen Räumen zu überwiegen. Auf der Grundlage der bisherigen Forschungen zu Integration im ländlichen Raum lassen sich die Barrieren folgendermaßen bilanzieren.⁰²

In ländlichen Regionen ist es grundsätzlich schwieriger, ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und differenziertes Integrationsangebot zu gewährleisten – bedingt durch eine niedrigere Siedlungsdichte, größere räumliche Entfernungen und eine geringere Zahl von Zugewanderten.

Die Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund ist in ländlichen Regionen geringer ausgeprägt. Daher fehlen Migrantenorganisationen als wichtige Ansprechpartner und Multiplikatoren für eine kommunale Integrationspolitik, die notwendig sind, um Bedarfe festzustellen und Maßnahmen in die Communities hineinzutragen.

Kleine Städte und Gemeinden haben aufgrund der geringeren Ausstattung mit Personal und finanziellen Ressourcen besondere Schwierigkeiten, eine aktive und strategisch ausgerichtete Integrationspolitik sowie dauerhafte Strukturen in der kommunalen Integrationsarbeit auszubilden. Beispielsweise ist es für sie weitaus schwieriger, die Stelle einer/s Integrationsbeauftragten einzurichten und mit den entsprechenden Mitteln auszustatten.

Die vielfältigen Potenziale, die Zugewanderte mitbringen – wie Mehrsprachigkeit, berufliche Erfahrungen und Qualifikationen, Engagementbereitschaft und interkulturelle Kompetenzen –, werden bislang nicht systematisch für die Entwicklung von Kommunen in ländlichen Regionen erschlossen.

Es gibt aber nicht nur Barrieren für die Integration in ländlichen Regionen, sondern auch einige begünstigende Faktoren, wie empirische Studien belegen:

Menschen mit Migrationshintergrund empfinden ihr Leben in ländlichen Regionen in der Regel nicht als schwieriger als Zuwanderer in großstädtischen Regionen. Die Entscheidung für ein Leben in ländlichen Regionen hängt vor allem damit zusammen, dass ein eher ländlich geprägter Lebensstil bevorzugt wird und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind. In der Praxis gibt es durchaus erfolgreiche Beispiele für die Niederlassung von Einwanderungsgruppen in ländlichen Gebieten. Beispielsweise finden sich in ländlichen Gebieten Süddeutschlands und Niedersachsens relativ viele Spätaussiedler, die dort seit den 1990er Jahren zugewandert sind. In Niedersachsen haben sich große Gruppen kurdischsprachiger Jesiden aus der Türkei angesiedelt, die seit den 1970er Jahren teilweise als Asylbewerber in der Bundesrepublik Zuflucht gefunden haben.⁰³ Die dauerhafte Niederlassung einzelner Zuwanderungsgruppen in ländlichen Regionen beruht dabei auf mehreren begünstigenden Faktoren: Die Neueinwanderer können auf bereits vorhandene familiäre und ortsbezogene Netzwerke zurückgreifen, und sie sind beruflich weniger auf die Großindustrie hin orientiert. Zumindest für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion konnten die aufnehmenden Kommunen vielfach staatliche Förderungen in Anspruch nehmen. Auch sind die genannten Gruppen stark auf den Erwerb von Wohneigentum ausgerichtet. In vielen Gemeinden und Kleinstädten stand günstig Bauland zur Verfügung, um in enger Nachbarschaft zueinander Eigenheime bauen zu können.

Die Überschaubarkeit des lokalen Raumes, die Nähe und Intensität des Zusammenlebens können sich auch günstig auf die Integration auswirken, indem Alteingesessene und Zugewanderte im Alltag viel häufiger aufeinandertreffen sowie miteinander kooperieren, als dies in Großstädten der Fall ist. In

den örtlichen Kindergärten und Schulen kommt es zu einer guten Durchmischung von Kindern aus den verschiedenen Herkunftsgruppen.

In kleinstädtischen Zusammenhängen kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren und Einrichtungen – also ehrenamtlich Engagierten, Vereinen, Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften – eine Schlüsselrolle bei der Integration von Zugewanderten zu. Auch hier schafft die räumliche Nähe weitaus mehr Kooperationsmöglichkeiten.

Kommunale Integrationspolitik in Gemeinden und Kleinstädten ist sehr unterschiedlich ausgestaltet. Dies hängt von verschiedenen strukturellen Faktoren ab, insbesondere von der Gemeindegröße sowie den demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber auch die lokale Migrations- und Integrationsgeschichte – ob es bereits eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Zuwanderung gegeben hat – und der Umstand, ob es vor Ort verantwortliche Politikerinnen und Politiker gibt, die das Thema zu ihrem Anliegen machen und in Verwaltung und Gemeinwesen vorantreiben, sind wichtige Einflussgrößen für die Gestaltung von Integration im ländlichen Raum.

FLÜCHTLINGSAUFNAHME IN LÄNDLICHEN REGIONEN

In Deutschland werden Asylsuchende nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Dieser wird für jedes Jahr von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz auf der Grundlage der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahlen der Länder berechnet.⁰⁴ 2016 müssen Nordrhein-Westfalen (21,2 Prozent), Bayern (15,5 Prozent) und Baden-Württemberg (12,9 Prozent) die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Insgesamt entfallen 75,7 Prozent der Flüchtlinge auf die westdeutschen und 15,7 Prozent auf die ostdeutschen Flächenländer sowie 8,5 Prozent auf die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Der „Königsteiner Schlüssel“ gilt allerdings nur für die Verteilung auf die Länder. Die Verteilung auf die Kommunen ist den Ländern überlassen und wird von diesen unterschiedlich gehandhabt.⁰⁵

01 Vgl. Frank Gesemann, *Gemeinsam ein neues Leitbild „Vielfalt“ entwickeln – Zuwanderung als Chance*, in: *Ländlicher Raum* 4/2014, S. 26–29.

02 Die folgenden Aussagen beruhen im Wesentlichen auf den Ergebnissen eines Forschungs-Praxis-Projekts zu Integrationspotenzialen ländlicher Regionen im Strukturwandel: Jutta Aumüller/Frank Gesemann, *Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel*, Darmstadt 2014. Siehe auch Gesemann (Anm. 1).

03 Vgl. Aumüller/Gesemann (Anm. 2), S. 125f.

04 Vgl. Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, *Königsteiner Schlüssel von 2010 bis 2016*, www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/koenigsteiner-schluesel-2010bis2016.pdf.

05 Vgl. Frank Gesemann, *Kommunale Flüchtlingspolitik*, in: Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hrsg.), *Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen*, Stuttgart 2016².

Über die tatsächliche Verteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen auf Länder und Kommunen im Spätsommer 2016 gibt es keine verlässlichen Daten. Allerdings mehren sich die Stimmen, die sich für die Entwicklung eines neuen, zielgerichteten und transparenten Verteilungsmechanismus aussprechen, der „vor allem die Wohnraum- und Versorgungskapazitäten sowie die Perspektiven für die Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem in den Blick nehmen“ sollte.⁰⁶ Hier stellt sich auch die Frage, inwieweit ländliche Regionen über unausgeschöpfte Kapazitäten verfügen, die stärker genutzt werden können, um insbesondere Großstädte zu entlasten.

Im Zuge der Asylzuwanderung 2015 zeigen sich unterschiedliche Erfahrungen, wie Geflüchtete in der örtlichen Bevölkerung akzeptiert werden. Diese reichen von einer grundsätzlichen Offenheit und Hilfsbereitschaft in der örtlichen Bevölkerung bis hin zu Ablehnung und massiven Widerständen. In der Praxis erweist es sich als vorteilhaft, die Zuweisung von Asylbewerbern frühzeitig und geplant an die örtliche Einwohnerschaft zu kommunizieren. Als akzeptanzbegünstigende Faktoren haben sich zudem die Unterbringung in dezentralen oder zumindest in kleineren Wohneinheiten sowie eine gute Kommunikation zwischen zuweisender Landesbehörde, der Kommune und der örtlichen Bevölkerung erwiesen.⁰⁷ Die Ergebnisse einer aktuellen Befragung von Verantwortlichen für die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik zeigen, dass die Aufnahme und Integration von Geflüchteten in vielen ländlichen Regionen – im Unterschied zu Großstädten und bevölkerungsreichen Landkreisen – als relativ unproblematisch erachtet wird. Knapp 40 Prozent der Befragten in Kleinstädten und Gemeinden bewerten die Einhegung fremdenfeindlicher Proteste als eine (eher) unwichtige Aufgabe.⁰⁸

06 Wido Geis/Anja Kathrin Orth, Flüchtlinge regional besser verteilen. Ausgangspunkte und Ansatzpunkte für einen neuen Verteilungsmechanismus. Gutachten für die Robert-Bosch-Stiftung, 2016, S. 45, www.iwkoeln.de/_storage/asset/268526/storage/master/file/8755390/download/Gutachten_Regionale_Verteilung_von_Fl%C3%BChtlingen_IW_K%C3%B6ln.pdf.

07 Vgl. Jutta Aumüller/Priska Daphi/Celine Biesenkamp, Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen, Stuttgart 2015.

08 Vgl. Frank Gesemann/Roland Roth, Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik in Städten, Landkreisen und Gemeinden, Berlin 2016, S. 14.

Für die Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen im ländlichen Raum gibt es einige Besonderheiten im Vergleich zu anderen Migrantengruppen, die sich eher nachteilig auswirken. Dazu gehört der fehlende Anschluss an Mitglieder aus der Herkunftsgemeinschaft. Soziale Isolation macht es schwerer, die psychischen Folgen von Flucht und Verfolgung zu bearbeiten. Hierfür kann der Kontakt mit Menschen gleicher Herkunft sehr wichtig sein.

Soziale Beratungsangebote für Flüchtlinge beschränken sich im Allgemeinen auf einige zentrale Orte im Landkreis. Zudem fehlen nach Auskunft von Befragten in der Flüchtlingshilfe in den Kleinstädten zumeist Therapieangebote für traumatisierte Flüchtlinge. Therapiemaßnahmen scheitern entweder an Sprachhemmnissen, oder die Psychologen haben lange Wartezeiten oder sind nicht auf Traumatherapie spezialisiert.⁰⁹ Im Allgemeinen muss in solchen Fällen auf Therapiemöglichkeiten in entfernten Städten zurückgegriffen werden, wobei sich hier die eingeschränkte Mobilität von Flüchtlingen besonders negativ bemerkbar macht. Zwar wurde die Residenzpflicht von Asylbewerbern seit 2014 schrittweise gelockert, sodass sich der Bewegungsradius von Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen – mit Ausnahme Bayerns und Sachsens¹⁰ – inzwischen auf das jeweilige Bundesland ausgeweitet hat. Fehlende Nahverkehrsangebote aber machen eine Mobilität ohne eigenes Auto schwierig. Es ist daher keine Seltenheit, dass Flüchtlinge jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um in großstädtische Zentren umzuziehen, wo sie bessere Anschlussmöglichkeiten an ihre Community haben.

Ähnlich wie bei anderen Migranten kann ein kleinstädtischer Rahmen aber auch gewisse Integrationsvorteile für Flüchtlinge bieten, zumindest wenn sie anerkannt sind und über ein Mindestmaß an finanziellen Ressourcen verfügen. Dann bieten sich gute soziale Integrationsmöglichkeiten durch die Teilnahme am Vereinsleben und an den kulturellen Angeboten in der Kommune. Ländliche Regionen können zudem durchaus gute Bildungschancen für Flüchtlingskinder bieten, vor allem dann, wenn es engagierte Lehrkräfte

09 Vgl. Aumüller/Gesemann (Anm. 2), S. 140.

10 In den Bundesländern Bayern und Sachsen beschränkt sich die Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern auf den jeweiligen Regierungsbezirk.

te gibt, die sich dieser Schülerinnen und Schüler besonders annehmen. In diesem Fall kann die Förderchance aufgrund der kleineren Community vor Ort und dem Umstand, dass die Betreuung durch die Lehrkräfte häufig intensiver ist, erhöht sein.

Eindeutig besser sind die Unterbringungsmöglichkeiten in ländlichen Regionen, da der Wohnungsmarkt weitaus entspannter ist und gerade in den dezentralen Orten häufig Wohnungsleerstand herrscht. Allerdings präferieren auch in Landkreisen Flüchtlinge eindeutig die Unterbringung in zentralen Orten.

FLÜCHTLINGE, DEMOGRAFISCHER WANDEL UND REGIONALPLANUNG

Insbesondere die Arbeitgeberverbände dringen seit Jahren auf eine verstärkte Förderung der Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland, um vorhandene oder künftig erwartete branchenspezifische Lücken in der Erwerbsstruktur zu schließen. Bereits 2014 plädierte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einem Positionspapier dafür, auch die Arbeitsmarktpotenziale von Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen zukunftsorientiert zu nutzen.¹¹ Auch auf kommunaler Ebene gibt es Überlegungen und erste Ansätze, die Aufnahme von Flüchtlingen mit einer längerfristigen demografischen Strategie zu verbinden. Eine Schutzquote von über 60 Prozent in der ersten Jahreshälfte 2016 spricht dafür, auch Asylbewerber beizeiten in strategische Integrationsmaßnahmen einzubeziehen.

Weitaus stärker als die großstädtischen Räume sind die ländlichen Regionen von einer Abwanderung junger Menschen und damit von einer Überalterung und dem Verlust von Arbeitskräften betroffen. Allerdings ist zu beachten, dass ländliche Regionen in Deutschland keine homogene Einheit bilden. Vielmehr sind die strukturellen Unterschiede von Region zu Region erheblich. In einem Positionspapier plädiert die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) dennoch dafür, neue regionalpolitische Ansatzpunkte zu

suchen, um Migrations- und Regionalpolitik strategisch zusammenzuführen.¹² Ein wesentlicher Vorteil liege darin, dass in ländlichen Regionen kein neuer Wohnraum geschaffen werden müsse, sondern bestehende Immobilien umgenutzt und baulich aufgewertet werden könnten.

Um dem Vorhaben „Flüchtlinge aufs Land“ eine operationale Grundlage zu verschaffen, wäre es zunächst erforderlich, vor Ort Bildungs- und Qualifizierungseinrichtungen vorzuhalten, um Geflüchteten eine Beschäftigungsperspektive zu bieten. Diese sollten auf die zentralen Orte fokussiert werden. Besonders zu berücksichtigen sind die Bedarfe der lokalen Handwerks- und Kleinbetriebe, die eine wichtige Rolle als Arbeitgeber spielen. Die ARL schlägt hierfür ein eng verzahntes Vorgehen insbesondere mit den Kammern vor.¹³ Bereits 2015 zeigten sich die Handwerkskammern sowie die Industrie- und Handelskammern sehr rührig darin, lokale beziehungsweise regionale Maßnahmen zu starten, durch die Geflüchtete in eine Ausbildung oder Beschäftigung gelangen.¹⁴

Die Kommunen können die Integration von Flüchtlingen vor allem durch Vernetzung und Kooperation der lokalen Akteure, durch Unterstützung seitens der Wirtschaft und zivilgesellschaftlicher Akteure sowie durch die Einbeziehung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen in die lokale Gemeinschaft aktiv gestalten. Zu den Maßnahmen einer sozialen Eingliederung zählt es, den Spracherwerb und die frühkindliche und schulische Bildung zu unterstützen, berufliche Qualifikationen zu nutzen und das ehrenamtliche Engagement von Flüchtlingen zu fördern. Da es vielfach ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind, die die Integration in einem entscheidenden Ausmaß begleiten, sollten Qualifizierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für diese Akteure zur Verfügung gestellt werden. Vor allem ist eine professionelle Beratungsarbeit mit Blick auf das Asylverfahren und für traumatisierte Flüchtlinge wichtig.

Ohne die massive Unterstützung durch Bund und Länder wird dieses Vorgehen nicht gelingen. Vorstellbar wären beispielsweise verstärkte inter-

11 Vgl. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Arbeitsmarktpotenziale von Asylbewerbern und Geduldeten zukunftsorientiert nutzen. Aktualisiertes Positionspapier zum Arbeitsmarktzugang von Asylbewerbern und Geduldeten, Berlin 2015.

12 Vgl. ARL, Migration und Raumentwicklung, Positionspapier aus der ARL 105/2016, S. 6, http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_105.pdf.

13 Ebd., S. 7.

14 Vgl. Jutta Aumüller, Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: Bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen, Gütersloh 2016, S. 30 ff.

kommunale Kooperationen bei der Flüchtlingsunterbringung: Kleine und mittlere Städte stellen zusätzlichen Wohnraum für Asylsuchende bereit und entlasten damit die Großstädte. Im Gegenzug erhalten sie eine externe Unterstützung bei der Entwicklung lokaler demografischer Konzepte unter Einbeziehung von Flüchtlingen. Die Integration von Flüchtlingen sollte auch in überregionalen Programmen zur Gestaltung des demografischen Wandels berücksichtigt werden. Benötigt werden Austausch- und Aktionsplattformen für Konzepte zur langfristigen Integration von Flüchtlingen. Beispielsweise bietet sich das LEADER-Programm an,¹⁵ um flüchtlingsaffine lokale Gemeinschaften zu entwickeln und zu unterstützen.

In ihrem Positionspapier befürwortet die ARL den Vorschlag, einen Fonds zu gründen, in den Bund und Länder einzahlen und aus dem Kommunen und Landkreise je nach ihrer Belastungssituation Zuschüsse für die Integration von Geflüchteten beantragen können. Gefordert wird zudem ein querschnittsorientiertes Regionalmanagement auf der kommunalen und regionalen Ebene, durch das die vielfältigen sektoralen Maßnahmen der Integrationspolitik von verschiedenen öffentlichen, privaten und halbstaatlichen Trägern aufeinander abgestimmt werden können.¹⁶

Erst zaghaft entwickeln sich Ansätze, Migrations- und Regionalpolitik stärker (oder überhaupt erst) zu verzahnen. Das Widerstreben dagegen war bislang hoch und hatte im Wesentlichen zwei Ursachen: Erstens war bis vor Kurzem eine Integration von Asylsuchenden politisch nicht vorgesehen, geschweige denn Überlegungen im Rahmen von demografischen und regionalpolitischen Strategien. Zweitens gilt es bisweilen immer noch als illegitim, Schutzsuchende, die aus humanitären Gründen um Asyl nachsuchen, zum Objekt solcher strategischen Überlegungen zu machen.

Mit Blick auf die Fachkräftediskussion und lokale Demografiestrategien eröffnen sich Gelegenheiten für Modellprojekte, in die auch Flüchtlinge einbezogen werden können. Die hessische Landesregierung hat im Sommer 2016 das Mo-

dellprojekt „Ankommen – Wohlfühlen – Heimisch werden“ gestartet, mit dem die Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum erleichtert werden soll. An dem Projekt nehmen sieben hessische Kommunen teil, die vom Land eine finanzielle Unterstützung erhalten, um die langfristige Niederlassung von Flüchtlingen zu fördern. Bei den geplanten Fördermaßnahmen handelt es sich beispielsweise darum, ein gemeinsames Gründerzentrum für Flüchtlinge und örtliche Unternehmer zu schaffen, Integrationslotsen zu qualifizieren und Erzieherinnen und Erzieher in den kommunalen Kindertagesstätten für den Umgang mit Flüchtlingsfamilien weiterzubilden. Weitere Mikroprojekte sollen erprobt werden.

Selbstverständlich dürfen solche Strategien den grundsätzlich humanitären Charakter des Asylrechts, das Flüchtlingen unabhängig von ihrem Arbeitsmarktwert Schutz gewährt, nicht berühren. Demografische und regionalplanerische Erwägungen aber können dabei helfen, Flüchtlinge schneller zu aktiven Mitgestaltern der Gesellschaft zu machen. Die überwiegende Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, teilt die Vorstellung, nach dem Verlust von Heimat und Besitz das eigene Leben neu aufzubauen. Jede Kommune, die in dieser Hinsicht eine Perspektive bieten kann, ist bei der Ansiedlung von Flüchtlingen klar im Vorteil.

INTEGRATIONSSTEUERUNG DURCH WOHNSTITZAUFLAGE?

Die Bundesregierung führte mit dem Integrationsgesetz vom Mai 2016 eine befristete Wohnsitzauflage für Flüchtlinge ein. Diese verpflichtet Geflüchtete auch nach Abschluss des Asylverfahrens, für eine Dauer von maximal drei Jahren im Bundesland ihrer Erstzuweisung wohnen zu bleiben. Ausgenommen von der Zuweisung sind Flüchtlinge, die eine Berufs- beziehungsweise Hochschulbildung oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem wöchentlichen Umfang von mindestens 15 Stunden aufnehmen. Die Bundesregierung begründete die Einführung damit, dass dadurch die städtischen Regionen entlastet und durch eine gleichmäßigere räumliche Verteilung die Integrationschancen anerkannter Flüchtlinge erhöht werden sollen. Von den kommunalen Spitzenverbänden sowie von wohnungspolitischen Verbänden wurde die Einführung einer Wohnsitzauflage für Geflüchtete befürwor-

¹⁵ LEADER (Liaison entre actions de développement de l'économie rurale) ist ein Programm der Europäischen Union, das modellhafte Innovationen im ländlichen Raum fördert.

¹⁶ ARL (Anm. 12), S. 9.

tet.¹⁷ Dahinter steht die Erwartung, dass durch die Auflage Integration besser gesteuert und eine Überforderung besonders betroffener Kommunen vermieden werden kann. Strukturschwache Räume sollen gestärkt, Wohnraum und Infrastruktur stärker genutzt werden, um das grundgesetzliche Gebot bundesweit gleichwertiger Lebensverhältnisse besser umsetzen zu können.¹⁸

Es gibt aber auch viele kritische Einwände gegen die Auflage. So beschränkt sie das Grundrecht auf die freie Wohnortwahl, und Raumplanungswissenschaftler weisen darauf hin, dass die Wohnortzuweisung ein völlig inadäquates Instrument sei, um die Probleme einer ungleichen Raumentwicklung zu lösen: „Solange in den Klein- und Mittelstädten nicht gleichzeitig der Wohnungsmarkt, Bildung, Gesundheitsversorgung, kulturelle Integration und der Arbeitsmarkt gestärkt werden, müssen sich diese Wohnorte zwangsläufig als Sackgasse für die Integration der Flüchtlinge erweisen.“¹⁹ Das Ordnungsrecht sei nicht dafür geschaffen, „komplexe Strategien einer sozialen und ökonomischen Raumentwicklung“ zu ersetzen. Hinter der Auflage stehe ein „autoritäres Politik- und Planungsverständnis“; sie widerspreche „einer modernen Raumentwicklung, die sich durch Kooperation und Teilhabe der Betroffenen auszeichnet“.²⁰

Internationale Erfahrungen mit der Wohnsitzauflage, beispielsweise in Dänemark und Schweden, legen zudem nahe, dass sich eine staatliche Verteilungspolitik tendenziell negativ auf die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt auswirkt. Für Schweden wurde nachgewiesen, dass Flüchtlinge, die einen Wohnsitz zugewiesen bekamen, im Vergleich zu Flüchtlingen mit frei gewähltem Aufenthaltsort nach mehreren Jahren Aufenthalt ein signifikant niedrigeres Einkommen aufwiesen und häufiger arbeitslos sowie häufiger abhängig von Sozialleistungen waren.²¹ Schließlich trifft die Auflage bei

den Geflüchteten selbst auf Misstrauen: Diese setzen – so berichten Flüchtlingsunterstützer aus der Praxis – in Sachen Integration vor allem auf Selbstorganisation und auf den Kontakt zur eigenen Community. Neben den üblichen Infrastrukturproblemen ländlicher Räume – mangelnde Integrationsangebote, fehlende öffentliche Verkehrsanbindungen – vermissen beispielsweise muslimische Geflüchtete auch die fehlenden Möglichkeiten zur Religionsausübung.

Das Gesetz überlässt es den Bundesländern, ob und wie sie die Wohnsitzauflage umsetzen. Bis zum September 2016 hat nur Bayern einen Beschluss zur Umsetzung getroffen. Mehrere Bundesländer – Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen – haben bereits erklärt, die Auflage nicht einführen zu wollen, in anderen Bundesländern wird die Einführung noch überprüft.

FAZIT

Um die möglichen Chancen einer langfristigen Ansiedlung von Geflüchteten in ländlichen Räumen realisieren zu können, sind vielfältige Handlungsansätze auf kommunaler, Landes- und Bundesebene notwendig. Gesetzliche Zwangsinstrumente wie die Wohnortzuweisung wirken kontraproduktiv, wenn sie nicht von aktivierenden Maßnahmen flankiert werden. Schließlich aber werden alle Bemühungen zum Scheitern verurteilt sein, wenn es nicht gelingt, vor Ort eine Anerkennungs- und Willkommenskultur zu schaffen, die eine Wertschätzung für Zuwanderung ausdrückt, die Integration erleichtert und jeglicher Form von Ausgrenzung und Diskriminierung zugewanderter Menschen entgegentritt.

17 Siehe beispielsweise das Positionspapier des Deutschen Landkreistages „Integration von Flüchtlingen in den Landkreisen: Herausforderung und Chance“ vom 12./13.1.2016; Jürgen Aring/Bernd Hallenberg, Eine flexible Wohnsitzauflage für Geflüchtete. Plädoyer für ein unterstützendes Instrument, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, VHW Werkstatt 4/2016.

18 Vgl. Peter Dehne/Jörg Knieling, Residenzpflicht für Flüchtlinge als Instrument der Raumordnung?, in: Nachrichten der ARL 1/2016, S. 5–8, hier S. 6.

19 Ebd., S. 7.

20 Ebd.

21 Vgl. OECD, Making Integration Work. Refugees and Others in Need of Protection, Paris 2016, S. 24.

JUTTA AUMÜLLER

ist Politologin und Mitbegründerin des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI).

jutta.aumuller@desi-sozialforschung-berlin.de

FRANK GESEMANN

ist Politologe und Mitbegründer sowie Geschäftsführer des DESI.

frank.gesemann@desi-sozialforschung-berlin.de

URBANE DÖRFER

Städtische Lebensformen im dörflichen Kontext

Waldemar Vogelgesang · Johannes Kopp · Rüdiger Jacob · Alois Hahn

Dörfer stehen wieder im Fokus der medialen Aufmerksamkeit, und besonders fällt dabei auf, wie das Landleben idealisiert wird.⁰¹ Man trifft auf Bilder der Dorfromantik, man inszeniert das dörfliche (Zusammen-)Leben im Einklang mit einer intakten Natur und freundlichen und hilfsbereiten Nachbarn, man liest vom gesunden und ruhigen Leben und dazu passenden Lebensmitteln. Häufig macht dieser Agrarromantizismus Anleihen bei einer pauschalisierenden Stadtkritik, wonach die städtische Lebenswirklichkeit ungesund, Anomie fördernd oder sogar dissozial sei, die Verhältnisse auf dem Land dagegen als gesund, harmonisch, geordnet und in sich ruhend und stabil angesehen werden. Dorf und Landleben sind dabei die veränderungsresistenten Fixpunkte in einer sich ansonsten permanent und rapide wandelnden und wohl auch bedrohlichen (städtischen) Welt.

Unübersehbar ist jedoch, dass sich auch dörfliche Lebenswelten und Sozialformen in einem Wandlungsprozess befinden.⁰² Der erste Veränderungsschub setzt spätestens mit dem Übergang in die Moderne ein. Das Dorf als Urform einer lokalen und autarken Gemeinschaft, die sich über Jahrhunderte durch eine homogene und stabile Sozialstruktur auszeichnete, gerät durch die miteinander verschränkten Prozesse der Industrialisierung und Urbanisierung in einen regelrechten Sog der Veränderung. Das dörfliche Ordnungsgefüge bricht auf, zudem bringt die Dynamik der Veränderungen für die Dorfgemeinschaften eine Vielzahl von Belastungen beispielsweise durch Abwanderung, Leerstände und Brachflächen mit sich. Aber trotz starker Umbrüche in den sozialen Strukturen und eines historisch einmaligen Entagrarisierungsprozesses blieben die charakteristischen Sozialformen des Dorfes bestehen.

Mit dem Übergang zur spätmodernen Gesellschaft, die im soziologischen Diskurs auch als „Liquid Modernity“ oder „Multioptionsgesellschaft“ gefasst wird,⁰³ steigern sich die Freiheitsgrade beim Eingehen sozialer Beziehungen und Bindungen

noch einmal. So ist auch das Dorf heute durch ein deutliches Mehr an Pluralität, Optionen und Freiheit gekennzeichnet, die in Verbindung mit der Ausbreitung elektronischer Kommunikationsmedien, der täglichen Mobilität und den Zu- und Wegzugsbewegungen das ländliche Dasein gleichsam urbaner machen, die ursprünglich städtische Lebensbedingungen und Lebensformen in heutigen Dörfern beheimaten. „Nun darf man sich die Urbanisierung des Dorfes nicht so vorstellen, dass sich das Dorf zur Stadt entwickelt oder Stadt wird. Vielmehr haben wir es mit einer dialektischen Verknüpfung urbaner Elemente und dörflicher Strukturen zu tun, die das Dorf weiterhin Dorf sein lassen, während sich aber im Dorf zugleich die Formen und Bedingungen sozialer Integration und die Art der Teilnahme an öffentlichen Diskursen und Kommunikationsprozessen verändern.“⁰⁴

So plausibel solche Überlegungen sind, so lückenhaft ist ihre empirische Evidenz. Aus diesem Grund gehen wir im Folgenden der Frage nach der Existenz stadtgesellschaftlicher Einflüsse auf das dörfliche Leben und entsprechender Strukturen auf dem Lande nach. Wo – und wie – entdecken wir das Städtische im Dorf? Welche Handlungsfelder und Lebensbereiche sind betroffen? Gibt es Auswirkungen auf die dörfliche Sozialstruktur und Vergemeinschaftung? Daten und Erkenntnisse einer aktuellen Dorfstudie bilden dazu die empirische Grundlage.⁰⁵

ZIELSETZUNG UND METHODISCHES VORGEHEN

Das Untersuchungsdorf – im Folgenden A-Dorf genannt – ist erstmals urkundlich im Jahr 953 erwähnt und liegt im Großraum Trier in Rheinland-Pfalz, nicht unweit der luxemburgischen Grenze. Es hat zum Erhebungszeitpunkt etwas mehr als 1000 Einwohner, verfügt über eine Kindertagesstätte und drei Gasthäuser, ein halbes Dutzend Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe,

aber über keinen eigenen Lebensmittelladen. Es gibt ein reges Vereinsleben, wobei alte und neue Formen von geselligen Gruppierungen nebeneinander existieren. Die Gemeinde besteht aus drei räumlich getrennten Ortsteilen, wobei sich vor allem im Kerndorf durch die Ausweisung von Neubaugebieten in den 1970er und 1980er Jahren die Einwohnerzahl verdoppelt hat.

Kernstück der Studie war eine schriftliche Befragung aller Einwohner des Dorfes im Frühjahr 2014. Die Altersgrenze wurde auf 14 Jahre festgelegt, da gerade die Wünsche, Bewertungen und Erwartungen der jüngeren Generation für das Leben im Dorf und dörfliche Entwicklungsperspektiven von zentraler Bedeutung sind. Aufgrund des breiten thematischen Spektrums wurde die schriftliche Befragung in vier Wellen in einem jeweils einmonatigen Abstand vorgenommen. Dabei wurden Fragen zu Kontakt- und Gemeinschaftsformen, Wohnen, Multilokalität und Mobilität, Freizeit und Erholung und abschließend zu den Themen Sinngebung und Religiosität gestellt. Insgesamt haben sich von den 931 Zielpersonen 421 an mindestens einer Befragungswelle beteiligt, dies entspricht einer Ausschöpfungsquote von 45 Prozent.

ZWISCHEN INNEN- UND AUSSENIERORIENTIERUNG

Welchen Herausforderungen durch die vielfältigen Verflechtungen mit dem Umland sieht sich A-Dorf nun ausgesetzt? Als stadtnahe Gemeinde ist die Mobilität, in der Regel per Auto, zu einem Kennzeichen des Dorflebens geworden. Aber neben den temporären Mobilitätsformen, die sich

vom regelmäßigen Einkaufen beim Discounter über den gelegentlichen Besuch von Freizeit- und Kulturveranstaltungen bis zum täglichen Arbeitspendeln erstrecken, ist die Wohnmobilität zu nennen, durch die sich in den vergangenen 30 Jahren nicht nur die Zahl der Dorfbewohner mehr als verdoppelt, sondern der dörfliche Sozial- und Lebensraum insgesamt grundlegend verändert hat.

Ortsbindung

In A-Dorf sind die Erwartungen an das dörfliche Leben je nach Zuzugsgrund verschieden. So haben beispielsweise diejenigen, die nur aufgrund einer besseren Anbindung zur Arbeitsstelle in eine ländliche Gemeinde ziehen, andere Erwartungen an das Leben im Dorf als diejenigen, die schon ihr ganzes Leben hier verbracht haben. Zur Bestimmung des Ortsbezugs und des Zugehörigkeitsgefühls wurden drei Typen empirisch extrahiert: heimatliche Bindung, pragmatische Bindung und Personen ohne Ortsbindung.

Etwas mehr als ein Drittel der A-Dörfler fühlt sich dem Wohnort in erster Linie heimatlich verbunden (*Tabelle*). Die Anthropologin Ina-Maria Greverus beschreibt Heimat als einen Ort, zu dem sich Menschen zugehörig fühlen, der Schutz bietet, Identifikationsmöglichkeiten gewährt und Aktivitäten eröffnet.⁰⁶ Bei einem pragmatischen Ortsbezug ist dagegen stärker von einer kalkulierten und sachlichen Motivlage auszugehen. Der Erwerb von Eigentum, die verkehrsgünstige Lage, Naturnähe und gesundes Klima sind typische Nutzenabwägungen, die als Standortvorteil gesehen werden. Diese zweckrationale Motivlage vermag aber kaum ein starkes emotionales Band zum Wohnort zu knüpfen. Während bei der heimatlichen und pragmatischen Form der Dorffidentifikation eine, wenn auch unterschiedlich motivierte, Bindung an den Wohnort existiert, gibt es eine kleine Gruppe von Bewohnern, deren Aufenthaltsdauer im Dorf als zeitlich begrenzt angesehen werden kann, deren Zugehörigkeit bestenfalls peripherer Art ist und die hier als bindingslos beschrieben werden.

Untersucht wurde auch, ob es Unterschiede in der Ortsbindung bei verschiedenen Personengruppen gibt. So variiert die empfundene Dorffzugehörigkeit zum Beispiel in den einzelnen Alterskohorten erheblich. Es sind vor allem die Älteren, die dem Dorf in besonderer Weise heimatlich verbunden

01 Vgl. zum gegenwärtigen und historischen Landlust-Diskurs Christoph Baumann, *Die Lust am Ländlichen – Zur Persistenz und Variation idyllischer Ländlichkeit*, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 2/2016, S. 249–259.

02 Vgl. Werner Troßbach/Clemens Zimmermann, *Die Geschichte des Dorfes*, Stuttgart 2006; Marc Redepenning, *Neue Bedeutungen des Ländlichen im Zuge der Counterurbanisierung*, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 2/2009, S. 46–56; Stephan Beetz, *Neue räumliche Ordnungen und ihre gesellschaftlichen Diskurse*, in: *Berliner Debatte Initial* 2/2010, S. 123–135.

03 Vgl. Zygmunt Bauman, *Liquid Modernity*, Cambridge 2000; Peter Gross, *Die Multioptionengesellschaft*, Frankfurt/M. 1994.

04 Detlef Baum, *Dorf und Stadt als idealtypische Konturen und Lebensräume in Ost und West*, in: Werner Nell/Marc Weiland (Hrsg.), *Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt*, Bielefeld 2014, S. 111–135, hier S. 129.

05 Vgl. Waldemar Vogelgesang/Johannes Kopp/Rüdiger Jacob/Alois Hahn, *Stadt – Land – Fluss. Sozialer Wandel im regionalen Kontext*, Wiesbaden 2017 (i. E.).

06 Vgl. Ina-Maria Greverus, *Auf der Suche nach Heimat*, München 1979.

Tabelle: Ortsbindungstypen und sozialstrukturelle Merkmale (Zeilenprozente)

	ORTSBINDUNG		
	heimatlich	pragmatisch	keine
Gesamt	36,5	48,4	15,1
Alter			
bis 29 Jahre	23,1	35,9	41,0
30–59 Jahre	27,6	57,1	15,3
ab 60 Jahren	48,6	45,1	6,3
Bildung			
niedrig	53,3	35,0	11,7
mittel	38,1	47,4	14,5
hoch	21,5	65,3	13,2
Ortsansässigkeit			
gebürtig	54,6	29,4	16,0
zugezogen	28,1	57,3	14,6
Verein			
ja	47,3	37,9	14,8
nein	15,9	69,3	14,8
Ehrenamt			
ja	42,2	43,7	14,1
nein	34,3	51,4	14,3

Die Zusammenhänge sind, mit Ausnahme des Ehrenamts, statistisch hoch signifikant.

sind. Dagegen haben die Vertreter der „Sandwich-Generation“, also die 30- bis 60-Jährigen, mehrheitlich eine pragmatische Bindung an den Ort. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat nicht nur eine Verschiebung zu sachlich-zweckrationalen Motiven stattgefunden, sondern die Mehrzahl bekundet überhaupt keine Identifikation mit dem Wohnort. Dies dürfte wesentlich damit zusammenhängen, dass sich ihre Lebensplanung noch in einer offenen Phase befindet, die einen Wohnortwechsel als sehr wahrscheinlich erscheinen lässt.

Auch dem Faktor Ortsansässigkeit kommt ein hoher Erklärungswert zu. Während die alteingesessenen A-Dörfler, also diejenigen, die im Ort geboren sind, diesen mehrheitlich als Heimat ansehen, herrscht unter den Zugezogenen eine pragmatische Haltung zu ihrem neuen Wohnort vor. Mit fortschreitender Wohndauer verändert sich aber das

Verhältnis. Allerdings steigt die „Heimatquote“ unter den Neubürgern erst nach einem über zehnjährigen Aufenthalt im Ort langsam an, erreicht aber nicht ganz die Höhe der Einheimischen. Ein weiterer Aspekt, der einen starken Einfluss auf die Bewertung der Zugehörigkeit und Identifikation mit dem Wohnort hat, ist die aktive Teilnahme am dörflichen Leben. Wer Mitglied in einem örtlichen Verein ist oder sich im Dorf ehrenamtlich engagiert, ist ihm auch eher heimatlich verbunden.

Neubürger als Fremdbürger

Der hohe Anteil von Zugezogenen hat Folgen für das soziale Miteinander. Der Fremde ist nach Georg Simmel nicht der „Wandernde, der heute kommt und morgen geht, sondern (...) der, der heute kommt und morgen bleibt“.⁰⁷ Der Fremde ist zwar ein Teil der neuen Gemeinschaft, jedoch ist seine Position dadurch bestimmt, dass er nicht von vornherein zu ihr gehört. Folglich ist er zwar räumlich nah, aber aufgrund seiner Eigenschaften sozial fern. Dadurch wird er auch leicht zum Zuschreibungsobjekt, dem die Integration verweigert wird.⁰⁸

Die zentrale Frage lautet also: Findet eher eine Abschottung respektive Exklusion der Zugezogenen statt, oder gibt es trotz der durch Zuzüge entstehenden Mentalitäts- und Sozialstrukturveränderungen in der Bewohnerschaft eine stabile und lebendige Dorfgemeinschaft? Dazu stellten wir den Dorfbewohnern unter anderem die Frage: „Wie beurteilen Sie – alles in allem – die Integration der Zugezogenen in A-Dorf?“ Das Ergebnis ist eindeutig und unterscheidet sich nicht in den beiden Gruppierungen der Alt- und Neubürger: Nur jeder Zweite gibt ein positives Votum zur dörflichen Integration der Zuzügler ab. Die in A-Dorf vorhandenen Integrationsbarrieren zwischen den Alteingesessenen und den Zugezogenen sind offensichtlich – ein Faktum, das auch in den ergänzenden narrativen Interviews immer wieder angesprochen wurde. „Es gibt Leute“, so die Feststellung einer gebürtigen Dorfbewohnerin, „für die ist A-Dorf nur ein Schlafdorf.“

Auch aus der Perspektive einer Neubürgerin stellt sich die Integration in das Dorf und die Teilnahme am Gemeinschaftsleben als ein schwieriger

⁰⁷ Georg Simmel, Exkurs über den Fremden, in: ders., Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1968 (1908), S. 509–512, hier S. 509.

⁰⁸ Vgl. Norbert Elias/John L. Scotson, Etablierte und Außenseiter, Frankfurt/M. 1990.

Prozess dar, in dem auch von Seiten der Zugezogenen eine gewisse „Bringschuld“ als notwendig angesehen wird: „Wenn ich als Fremder irgendwo hinkomme, gehe ich erst mal auf die Leute zu. Und wenn man natürlich dieses Interesse nicht zeigt, wird man von vielen Leuten auch einfach links liegen gelassen. Dann darf man sich auch nicht wundern, wenn man einander fremd bleibt.“

Unsere Ergebnisse zeigen, dass ein erfolgreicher Integrationsprozess in die bestehende Dorfgemeinschaft und auch die Aufrechterhaltung des Zusammenlebens von beiden Parteien, den Neubürgern und den Alteingesessenen, ein gewisses Maß an Interesse, Engagement und Initiative verlangt.

Entgrenzung des dörflichen Lebensraums

Neben der hohen Quote an Neuansiedlungen wird die strukturelle Öffnung des Untersuchungsdorfes noch an einem weiteren Aspekt sichtbar: Angesprochen sind die vielfältigen Verflechtungen der unterschiedlichen Daseinsbereiche mit dem regionalen und städtischen Umfeld. Die für die Organisation des Alltagslebens im klassischen Dorf charakteristische Innenzentrierung hat sich in A-Dorf in ein flexibles Interdependenzverhältnis verwandelt. Deutlich wird dies beim Einkaufen, der medizinischen Versorgung, dem Besuch von Schulen und Ausbildungsstätten sowie der beruflichen Tätigkeit, also zunächst einmal in jenen Lebensbereichen, für die im Ort kein Angebot mehr vorhanden ist. Lediglich neun Prozent gehen ihrer Berufstätigkeit im Wohnort nach. Von der früher das Erwerbsleben im Ort dominierenden Landwirtschaft ist ein einziger Bauernhof übriggeblieben.

Während die beschriebene Außenorientierung durch infrastrukturelle Defizite als erzwungen erscheint, ist sie im Freizeit- und Kulturbereich freiwillig und durch individuelle Motivlagen begründet. Nur die Hälfte aller Vereinsmitglieder ist ausschließlich an einen Verein in A-Dorf gebunden. „Vereinspendler“ stellen 34 Prozent, und jedes siebte Vereinsmitglied ist ausschließlich in einem auswärtigen Verein aktiv. Ähnlich ist die räumliche Verflechtung beim bürgerschaftlichen Engagement. Besonders deutlich zeigt sich die wohnortübergreifende Sozialraumorientierung bei der Freizeitgestaltung im Kultur- und Bildungssegment, aber auch bei der Teilnahme an Festen, dem Besuch ihrer Lieblingslokale oder der Ausübung sportlicher Aktivitäten. Auch wenn schwer zu entscheiden ist, ob die Freizeitangebote innerhalb und außerhalb

des Ortes in einem Ergänzungs- oder eher in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, die Bewohner erleben die räumliche Auffächerung der Freizeit als Steigerung ihrer Lebensqualität und als Einbettung in einen extensivierten Lebensraum.

SEGMENTIERUNG DÖRFLICHER VERGEMEINSCHAFTUNG

Das Dorf in seiner traditionellen Form kann als Prototyp gemeinschaftlichen Lebens und kollektiver Identität angesehen werden. Räumliche und persönliche Nähe, Öffentlichkeit und Sozialkontrolle, Abgeschlossenheit und Abgrenzung, gemeinsame Ideale und Werte, ein festes Ordnungssystem aus bäuerlicher Sitte und Tradition sowie potenziell allen zugängliche Interaktionsräume, Rituale und Symbole sind die konstitutiven Elemente.⁰⁹ Fraglos löst sich das Dorf im Modernisierungsprozess aber aus seiner gemeinschaftlichen Fixierung, zumal wenn man die angesprochene Außenorientierung durch die zunehmende Entgrenzung des ländlichen Lebensraums mit bedenkt. Denn auch die Beziehungs- und Vergemeinschaftungsformen sind durch dorfexterne Einwirkungen gekennzeichnet.

Nachbarschaftsbeziehungen

Nachbarschaft kann als ein soziales Subsystem bezeichnet werden, das zwischen der Gemeinde und der Familie steht. Im Zuge des Strukturwandels dörflich-agrarischer Wirtschaftsweisen und dem Aufbau eines Systems der sozialen Sicherung verändert sich auch die Form gegenseitiger Unterstützung: Die Abhängigkeit voneinander hat abgenommen, und Beziehungen haben eine offenere Struktur.¹⁰

Wie stehen die Menschen in unserem Untersuchungsdorf zu den Nachbarn? Knapp zwei Drittel bezeichnen die Beziehung zum größten Teil ihrer Nachbarn als freundschaftlich. Ein knappes Drittel hat nur zu bestimmten Nachbarn ein engeres Verhältnis, und nur sieben Prozent der Dorfbewohner haben zu niemandem in der unmittelbaren Nachbarschaft eine engere Beziehung. Aber diese positive Sicht auf das Nachbarschaftsverhältnis teilen nicht alle in gleicher Weise. Während sich zwischen Frauen und Männern hier kaum Unterschiede zeigen, stellt sich bezüglich des Alters die Situ-

⁰⁹ Vgl. Georg-Christoph von Unruh, *Das Dorf einst und jetzt*, Göttingen 1963².

¹⁰ Vgl. Marion Kothe, *Innerdörfliche Integration. Zur Bedeutung von Ehe und Vereinsleben auf dem Lande*, Göttingen 1995, S. 93f.

ation anders dar. Vor allem ältere Personen haben signifikant häufiger zu ihren Nachbarn ein gutes bis freundschaftliches Verhältnis als die jüngeren Generationen. Da enge Nachbarschaftsbeziehungen häufig erst nach Jahren entstehen, kommt der Wohndauer hier eine wichtige Rolle zu.

Während nahezu drei Viertel der in A-Dorf geborenen Personen eine freundschaftliche Beziehung zur Mehrzahl ihrer Nachbarn pflegen, sind es bei den Zugezogenen nur etwas mehr als die Hälfte. Dies ist aber kein Spezifikum der Untersuchungsgemeinde.¹¹ In diesem Sachverhalt kommt vielmehr eine Grundeinsicht der soziologischen Mobilitätsforschung zum Ausdruck: Hohe Wegzugs- und Zuzugsraten führen zur Lockerung oder gar Auflösung der sozialen Bezüge.¹² Insgesamt kann hinsichtlich des Nachbarschaftsverhältnisses aber festgestellt werden, dass die Intensität und Art der Beziehungen im Allgemeinen auf ein gutes und freundschaftliches Auskommen miteinander schließen lässt. Die Hilfe in Notsituationen, das Ausführen kleiner Gefälligkeiten oder das Gewähren von Rat und Unterstützung bei Alltagsproblemen sind Selbstverständlichkeiten im Dorf.

Vereinsamung und Individuierung

Obwohl das Nachbarschaftsverhältnis im Allgemeinen als gut eingeschätzt wird, ist fast die Hälfte der A-Dörfler der Meinung, dass es auch Personen im Ort gibt, die über keinerlei nachbarschaftliche Kontakte verfügen. Es sind keineswegs nur vom Isolationsschicksal bedrohte Ältere, an die die Befragten in diesem Zusammenhang denken. Vielmehr ist in ihrer Wahrnehmung auch bei einer anderen Gruppe von Dorfbewohnern der Kontakt zu den Nachbarn nicht vorhanden. Neben einem Trend zur ungewollten Alterseinsamkeit gibt es also einen weiteren zur gewollten Wohneinsamkeit. Es handelt sich dabei vornehmlich um junge und berufstätige Paare, die meist erst seit kurzer Zeit in A-Dorf wohnen und bewusst auf soziale Distanz zu den Wohnnachbarn gehen.

Diese Form des städtisch-anonymen Wohnens wirkt auf die Einheimischen recht befremdlich. Gefragt nach möglichen Änderungen an dieser Situation antworten sie unisono: „die Anonymität aufheben“. In diesem Wunsch kommt eine deut-

liche Distanz zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung zum Ausdruck. Für die Altbürger ist die soziale Anbindung – auch an die Hausnachbarn – eine Selbstverständlichkeit. Nicht wenige Neubürger präferieren dagegen eine distanzierte Wohnweise, die sich durch Rückzug, Reserviertheit und Anonymität auszeichnet.

Der gesamtgesellschaftliche Individualisierungsprozess hinterlässt auch im Wohnverhalten seine Spuren. Es nimmt auch auf dem Land – und zwar in erster Linie für Neubürger, die sich dort ansiedeln – städtische Züge an. In der Soziologie des Wohnens wird diese Entwicklung als „Individuierung im Privaten“¹³ beschrieben. Danach etablieren sich neben den tradierten Hausnachbarschaften neue, räumlich entgrenzte Nachbarschaftsbeziehungen, für die weniger die physische, sondern eher die soziale und kulturelle Nähe konstitutiv sind – eine Veränderung im Nachbarschaftsverständnis, die auch in A-Dorf beobachtet werden kann.

Parzellierte Vergemeinschaftung

Idealtypisch kann für das traditionale Dorf festgehalten werden, dass dörfliche Gemeinschaft und gemeinschaftliches Handeln mehr oder weniger deckungsgleich sind. Aus der Mikroperspektive ist das Dorf ein kollektiver Sozialverband, das den Einzelnen umfassend integriert – und zwar von der Taufe bis zur Bestattung. Kirchliche Einrichtungen, aber auch andere Institutionen wie die Familie, Nachbarschaft und Vereine sind die tragenden Säulen der dörflichen Lebenswelt. Im modernen, hoch mobilen und zunehmend räumlich entgrenzten Dorf existieren diese sozial-integrativen institutionellen Säulen zwar immer noch, aber sie haben an Prägestärke verloren. Ablesbar ist diese Umstellung des Integrationsmodus auch am Bedeutungsschwund der großen Dorffeste und der verstärkten Hinwendung zu Kleinevents – in A-Dorf etwa die Workshops der Gospelsänger oder Turniere des Dartclubs –, die nur ganz spezielle Interessengruppen im Dorf ansprechen und auch nur von ihnen besucht werden.

Das einzige Band, das zur alten dörflichen Festkultur noch besteht, sind Veranstaltungen mit einem kirchlichen Hintergrund wie der Weihnachtsmarkt, die Dreikönigswanderung oder der St. Martins-Umzug. Auch wenn bei ihrer Ausgestaltung Folklore- und Eventelemente mittlerwei-

¹¹ Vgl. Hugo Maier, *Zusammenleben im Dorf*, Münster 1991, S. 84f.

¹² Vgl. Ferdinand Böttken, *Ortsgebundenheit und Ortsverbundenheit*, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 3/1987, S. 147–155.

¹³ Hartmut Häußermann/Walter Siebel, *Soziologie des Wohnens*, Weinheim–München 2000², S. 322.

le zu festen Bestandteilen geworden sind, sind sie immer noch – oder vielleicht gerade deswegen – in der Lage, ein breites Dorfpublikum anzusprechen. Vielleicht liegt in der Verknüpfung von alten und neuen Geselligkeits- und Feststrukturen das Erfolgsgeheimnis für den Fortbestand der Gemeinschaftsfeste in modernisierten Dörfern. Allerdings darf diese Verschmelzung von früheren und heutigen festkulturellen Elementen nicht den Blick dafür verstellen, dass es daneben im Dorf eine größere Zahl von sehr speziellen Veranstaltungen gibt, die nicht mehr auf die dörfliche Gemeinschaft insgesamt zielen, sondern nur noch auf bestimmte Personengruppen. Diese Fragmentierung der Dorfgemeinschaft in Form einer ausgeprägten Publikumssegmentierung findet sich in gleicher Weise bei den dörflichen Vereinigungen. Auch hier existieren neben dem traditionellen Sport- und Musikverein, die sich wenigstens prinzipiell mit ihrem Angebot an alle Dorfbewohner richten, neue Gruppierungen und Zusammenschlüsse wie etwa die Trommler oder der Karate-Dojo-Club, die auf sehr speziellen Interessen basieren.

Gemeinschaft geht mithin nicht verloren, sie ist aber einem Formwandel unterworfen, der den Verschiebungen und Veränderungen im sozialen Raum Rechnung trägt. Das Konzept der „posttraditionalen Gemeinschaft“¹⁴ versucht diesen neuen Typus von Vergemeinschaftung zu fassen. Bezeichnet werden damit Vergemeinschaftungsmuster, deren wesentliches Kennzeichen darin besteht, dass sich ihre vergemeinschaftende Kraft nicht länger auf ähnliche soziale Lagen gründet, sondern auf ähnliche Werthaltungen und ästhetische Ausdrucksformen. Diese Gemeinschaftsformen sind volatil und kommen ohne dauerhafte Bindungen aus. Auch im ländlichen Raum etablieren sich diese Gesellungsformen, die ohne formale Mitgliedschaftsregeln ausschließlich an den Interessen der Beteiligten orientiert sind, problemlos wieder verlassen werden können und daher fragiler sind als herkömmliche Vereine.

FAZIT

Fraglos löst sich das Dorf mit der „reflexiven Modernisierung“¹⁵ aus seiner gesamtgesellschaftlichen Verortung, zumal wenn man die angespro-

chene Außenorientierung durch die zunehmende Entgrenzung des ländlichen Lebensraums mit bedenkt. Allerdings verstellt die polare Gegenüberstellung von Arbeitsort (Stadt) und Lebensort (Dorf) respektive von Modernisierung (Urbanität) und Traditionalität (dörfliches Leben, Dorfstrukturen) den Blick für Veränderungen und Anpassungen im dörflichen Zusammenleben. Zu Recht verweist der Soziologe Stephan Beetz in diesem Zusammenhang auf ein Forschungsdesiderat: „Es fehlt bisher an systematischen Erkenntnissen einer kommunikativen und diskursiven (Re-)Konstruktion von Raum. Wir wissen ausgesprochen wenig über kommunikative Prozesse in der kleinen Öffentlichkeit raumbezogener Akteursgruppen und Netzwerke.“¹⁶

In unserer zweijährigen Forschungstätigkeit wurde deutlich, dass nicht nur die zentralen Daseinsbereiche, sondern auch die Beziehungs- und Vergemeinschaftungsformen durch dorfexterne Einwirkungen einem tief greifenden Wandel unterworfen sind. Die wohnortübergreifende Daseinsgestaltung in A-Dorf steht damit exemplarisch für eine mobile, multilokale und sozial segmentierte dörfliche Lebensform, die in der Untersuchungsgemeinde wie unter einem Brennglas sichtbar wird. Örtliche Gegebenheiten und Nahraumbezüge, einschließlich starker städtischer Einflüsse, erzeugen einen neuartigen Dorftypus, dessen Strukturmerkmale nahelegen, von einem „urbanisierten Dorf“ zu sprechen.

WALDEMAR VOGELGESANG

ist Professor für Soziologie an der Universität Trier.
vogelges@uni-trier.de

RÜDIGER JACOB

ist Professor für Soziologie und empirische Sozialforschung an der Universität Trier.
jacob@uni-trier.de

JOHANNES KOPP

ist Professor für Soziologie und empirische Sozialforschung an der Universität Trier.
kopp@uni-trier.de

ALOIS HAHN

ist emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Trier.
hahn@uni-trier.de

¹⁴ Vgl. Ronald Hitzler, Posttraditionale Vergemeinschaftung, in: Berliner Debatte Initial 9/1998, S. 81–89.

¹⁵ Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash, Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M. 1996.

¹⁶ Stephan Beetz, Der Landfluchtdiskurs, in: Informationen zur Raumentwicklung 2/2016, S. 109–120, hier S. 118.

RURBANE LANDSCHAFTEN

Landschaftsentwürfe als Projektionen produktiver Stadt-Land-Verschrankungen

Sigrun Langner

Prozesse der Urbanisierung schreiten voran. Bereits jetzt leben über 50 Prozent der Weltbevölkerung in urbanen Gebieten, bis 2050 wird das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung voraussichtlich zwei Drittel zu einem Drittel betragen.⁰¹ Die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft werden in urbanen Zusammenhängen verhandelt: die Anpassung an den Klimawandel, die Bewältigung des demografischen Wandels, Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Verteilung von Lebenschancen ebenso wie die Förderung kultureller und ökonomischer Innovationen. Der Fokus der aktuellen sozial- und raumwissenschaftlichen Diskussionen um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft liegt eindeutig auf den Städten und Metropolräumen.

Unsere Perspektive auf die Geschehnisse um uns ist eine urbane. Sind Perspektiven des Ruralen irrelevant geworden, oder können sie zukunftsfähige, nachhaltige und lebenswerte Räume in einer urbanen und globalisierten Welt sichtbar und gestaltbar machen? Um bisher ungesehene, aber produktive Beziehungen zwischen dem Urbanen und dem Ruralen aufzudecken und auch zu entwerfen, ist es zunächst nötig, die uns umgebenden Landschaften als veränderliche (Re-)Kombinationen von urbanen und ruralen Praktiken, Strukturen, Werten und Sinnkontexten zu lesen.

Veränderliche (Re-)Kombinationen zwischen Stadt und Land in „rurbanen Landschaften“ und deren (Re-)Präsentationen in Raumentwürfen und -bildern sind Gegenstand dieses Beitrags. Der Begriff „rurbane Landschaften“ beschreibt Raum jenseits der Kategorien von Stadt und Land und fragt nach den Verschrankungen von urbanen und ruralen Praktiken, Imaginationen, Projektionen und Raumstrukturen. Wie urban ist das Land? Wie ländlich die Stadt? Wo gehen Stadt und Land neuartige und produktive Verbindungen ein?

URBANE PROJEKTIONEN AUF DAS LAND

Digitalisierung, Energiewende, globalisierte Produktions- und urbane Lebensweisen, aber auch die Suche nach dem „guten Leben“, stehen für die treibenden Kräfte einer Transformation des Landes. Diese „Global Countryside“⁰² und die damit einhergehenden räumlichen Veränderungen ländlicher Regionen lassen sich dabei nur in Relation zum Urbanen denken.

Bereits in den 1970er Jahren beschrieb der Philosoph Henri Lefebvre den voranschreitenden und weltumspannenden Urbanisierungsprozess mit der Metapher des „urbanen Gewebes“, das sich mal mehr, mal weniger dicht über das Land spinnt. Dieses urbane Gewebe umfasst „die Gesamtheit der Erscheinungen, welche die Dominanz der Stadt über das Land manifestieren. So verstanden sind ein zweiter Wohnsitz, eine Autobahn, ein Supermarkt auf dem Land Teil des Stadtgewebes“.⁰³

Der sukzessive sich ausdehnende urbane Raum ist das Ergebnis vielschichtiger gesellschaftlicher Prozesse. Ökonomische, technische und politische Schranken, die bis zur Moderne die Stadtbevölkerung innerhalb von Stadtmauern zusammenhielten, sind entfallen.⁰⁴ Technologische Fortschritte, unter anderem im Transportwesen und der Informationsverbreitung, sowie allgegenwärtige Formen und Erscheinungen medialer Repräsentationen haben den Stadt-Land-Gegensatz erodieren lassen. Eine urbane Lebensweise ist heute, zumindest in den industriegesellschaftlich geprägten Regionen, überall möglich und auch nahezu überall zu finden, unabhängig von bestimmten Raumtypologien. „Stadt ist also nicht unbedingt dort, wo eine dichte Bebauung vorherrscht, sondern dort, wo sich die Bewohner eine städtische Mentalität angeeignet haben.“⁰⁵

Der Begriff der Stadt erfährt aus dieser Perspektive in den raumwissenschaftlichen Diskussionen eine Entgrenzung. Städte werden nunmehr weniger als physische und siedlungsstrukturelle Einheiten verstanden, sondern zunehmend als fließende Räume. In einem solchen „Raum der Ströme“⁰⁶ zirkulieren Finanz- und Kapitalströme sowie Informationen, Wissensprodukte und Bilderwelten nahezu ortlos und tragen zur Ausdehnung des urbanen Gewebes bei. Die Dominanz der Stadt über das Land wird in der aktuellen Auseinandersetzung mit globalen Urbanisierungsprozessen konstatiert. Hat also die Stadt den Sieg über das Land davongetragen?⁰⁷

Urbanisierungsprozesse beschränken sich dabei nicht nur auf die wachsenden Agglomerationsräume. Geht man von der These einer vollständigen Urbanisierung aus, dann existieren nur noch unterschiedliche Formen des Urbanen. So wird beispielsweise in der 2005 vorgelegten Studie „Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait“ die gesamte Schweiz als ein städtischer Zusammenhang mit unterschiedlichen Ausprägungen von Urbanität beschrieben.⁰⁸

In den Raumwissenschaften gibt es eine Vielzahl an Studien und Arbeiten, die die räumlichen und soziokulturellen Veränderungen im vormals ländlichen Raum durch Urbanisierungsprozesse beschreiben. Selbst wenn hierbei die Herausbildung eigenständiger Raumkonfigurationen zwischen Stadt und Land beschrieben wird, geschieht dies vordergründig aus einer urbanen Perspektive heraus. Sind Perspektiven des Ländlichen irrele-

vant geworden? Wie und in welchen Kontexten beziehen wir uns noch auf das Rurale?

NARRATIVE DES RURALEN IN EINER URBANEN WELT

Auch in unserer urbanisierten Welt tauchen immer wieder vielfältige und widersprüchliche Aspekte des Ländlichen auf, sei es in den Medien, in der Idyllisierung des Landlebens in den einschlägigen Landmagazinen, aber auch in literarischen und filmischen Narrativen des Ländlichen als Anti-Idylle oder in raumplanerischen und politischen Diskussionen um die Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen sowie in agrarpolitischen Auseinandersetzungen, letztlich auch in unzähligen individuellen Einzelentscheidungen zur Verwirklichung bestimmter Wohn- und Lebensvorstellungen – um nur einige wenige zu nennen. In verschiedenen gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhängen scheinen immer wieder solche Repräsentationen des Ländlichen auf, die sich mit jeweils verschiedenen Zwecken auf das „Andere“ zur Stadt beziehen. Die erzeugten Bilder des Ländlichen sind mit vielschichtigen Bedeutungszuschreibungen besetzt und bilden nach wie vor wirkmächtige Imaginationsräume. Gegenwärtig lässt sich in den Medien, in Literatur und Kunst sogar eine regelrechte Konjunktur des Ländlichen verzeichnen.⁰⁹

Dabei stehen sich eine romantisierende Verklärung des Ländlichen auf der einen Seite und dramatisierende Untergangsszenarien des Dorfes beziehungsweise dystopische Beschreibungen des Ländlichen auf der anderen Seite gegenüber. Diese beiden Seiten des Ländlichen haben eine lange Tradition in der Wirklichkeitsdeutung und waren bereits Bestandteil des urbanen Selbstbildes eines erstarkenden städtischen Bürgertums im 18. Jahrhundert. Einerseits wurde das idealisierte Sehnsuchtsbild eines arkadischen Landlebens der höfischen Gesellschaft adaptiert, andererseits suchte man sich gegen die vermeintlich rohe bäuerliche Lebensart abzugrenzen. Das Land wurde assoziiert mit Unkultiviertheit und Rückständigkeit.¹⁰

01 Vgl. United Nations Department of Economic and Social Affairs, *World Urbanization Prospects: The 2014 Revision, Highlights*, 2014, <http://esa.un.org/unpd/wup/Highlights/WUP2014-Highlights.pdf>.

02 Michael Woods, *Engaging the Global Countryside: Globalization, Hybridity and the Reconstitution of Rural Place*, in: *Progress in Human Geography* 4/2007, S. 485–507.

03 Henri Lefebvre, *Die Revolution der Städte*, Dresden 2003 (1970), S. 14.

04 Vgl. Walter Siebel, *Wandel Europäischer Urbanität*, in: Renate Bornberg/Klaus Habermann-Nieße/Barbara Zibell (Hrsg.), *Gestaltungsraum Europäische StadtRegion*, Berlin 2009, S. 87–95, hier S. 89.

05 André Corboz, *Die Kunst, Stadt und Land zum Sprechen zu bringen*, Basel 2001, S. 146.

06 Manuel Castells, *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, Bd. 1: *Das Informationszeitalter*, Opladen 2001.

07 Vgl. Corboz (Anm. 5), S. 146.

08 Vgl. Roger Diener et al., *Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait*, 3 Bde., Basel 2005.

09 Vgl. Werner Nell/Marc Weiland (Hrsg.), *Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt*, Bielefeld 2014. Siehe dazu auch den Beitrag von Claudia Neu in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

10 Vgl. Dieter Hassenpflug, *Urbanität*, in: ders., *Reflexive Urbanistik. Reden und Aufsätze zur europäischen Stadt*, Weimar 2006, S. 57–68, hier S. 60.

Solche Zuschreibungen zwischen ländlicher Idylle und Anti-Idylle drücken sich gegenwärtig bei der Suche nach traditionellen Kulturlandschaftsbildern während des Sonntagsausfluges aus, bei der Verwirklichung von naturnahen Wohn- und Lebensvorstellungen oder eben auch in krisenhaft wahrgenommenen Situationen einer schrumpfenden Daseinsvorsorge auf dem Land und in medialen Repräsentationen des Ländlichen als defizitäre und abgehängte Räume aus.

Eingebunden in verschiedene Sinnzusammenhänge wird das „Ländliche“ so zu einer Folie und einem Kommunikationsfeld für Selbstbeschreibung und Selbstverortung gegenwärtiger Gesellschaften. Repräsentationen des Ländlichen bieten letztlich Auskunft über individuelle und kollektive Bedürfnisse, Ansprüche und auch Ängste einer urbanisierten Gesellschaft. Es ist daher zu fragen, welche Funktionen Narrative des Ländlichen in unterschiedlichen Kontexten und Situationen haben. Für was steht das Ländliche als Imaginations-, Projektions- und Handlungsraum innerhalb einer urbanen Welt?¹¹

RURALE PROJEKTIONEN AUF DIE STADT

Das Ländliche ist nicht als ein räumlich zu vertretendes Territorium außerhalb der Stadtmauern, der Stadttagglomerationen und Metropolen zu verstehen. Vielmehr ist das RURALE als Handlungs- und Imaginationsraum Bestandteil einer urbanen Realität, etwa, wenn als ländlich geltende Praktiken und Lebensweisen in der Stadt gelebt werden oder Bilder, die mit dem Ländlichen verbunden werden, in den Städten auftauchen.

In alltäglichen lebenspraktischen Handlungsmustern zeigen sich Formen einer wiederkehrenden Dörflichkeit in der Stadt.¹² So werden durch Baugruppenprojekte und Nachbarschaftsgärten kleine vernetzte Struktureinheiten gepflegt und die soziale Nähe des Dorfes in die Stadt transportiert. Mit Projekten zur urbanen Landwirtschaft und zum *urban gardening* werden Fragen der Selbstversorgung diskutiert und erprobt. Handelt es

sich bei der „Rückkehr der Gärten in die Stadt“¹³ um Korrektivvorstellungen einer urbanen Gesellschaft, verbunden mit einem veränderten Verständnis gegenüber dem Wert gemeinschaftlicher und solidarischer Arbeits- und Lebensweisen?

Räumliche Sehnsuchtsbilder vom offenen Land mit weitem Horizont finden sich inmitten der Metropolen und werden aktiv durch die „Urbaniten“ verteidigt. Auf dem Tempelhofer Feld in Berlin wurde beispielsweise durch einen Volksentscheid und eine aktive Bürgerinitiative das offene, weite Wiesenmeer des ehemaligen Flughafengeländes per Gesetz gegen die geplante Randbebauung gesichert. Künstlerische, gärtnerische und soziale Projekte experimentieren mit dem neu gewonnenen Freiraum. Die Feldlerche liefert dazu über dem Tempelhofer Feld den Sound des Landes.

Schließlich tauchen hier inmitten der Stadt Strukturen der artenreichen traditionell bewirtschafteten Kulturlandschaft auf. Vor dem Hintergrund von Naturschutz und extensivem Pflegemanagement werden auf städtischen Grünflächen wie dem Tempelhofer Feld traditionelle landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen wie Beweidung und Mahd (Mähen) eingesetzt. Das führt unter anderem auch dazu, dass die Stadt mittlerweile für bestimmte Pflanzen- und Tiergruppen eine höhere Biodiversität aufzeigt als das scheinbar naturnähere Land.¹⁴

Die räumliche Trennung in Stadt/Land, verbunden mit Zuschreibungen wie innen/außen, naturfern/naturnah, anonym/nachbarschaftlich, scheint immer weniger einer gelebten und erlebten Alltagsrealität zu entsprechen. Mit dem Begriff „rurbane Landschaft“ soll daher ein dynamisches Raumgeschehen zwischen urbanen und ruralen Raumstrukturen, Handlungspraktiken und Imaginationsräumen beschrieben werden.¹⁵ Dem liegt ein relationales Verständnis von Raum zugrunde, das Orte nicht in fixe und unveränderliche Kategorien wie ländlich und städtisch einzuordnen sucht, sondern die vielfältigen ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen

11 Dieser Frage wird derzeit in dem durch die Volkswagenstiftung geförderten interdisziplinären Forschungsprojekt „Experimentierfeld Dorf“ behandelt. Siehe www.dorfatlas.uni-halle.de.

12 Vgl. Werner Nell, Die Stadt als Dorf. Über die Generalisierung von Nahräumen und ihre Grenzen, in: Nell/Weiland (Anm. 9), S. 175–194.

13 Christa Müller (Hrsg.), Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München 2011.

14 Vgl. Josef Reichholf, Stadtnatur. Eine neue Heimat für Tiere und Pflanzen, München 2007.

15 Zum Begriff des „Raumgeschehens“ aus einer landschaftlichen Perspektive vgl. Hille von Seggern/Julia Werner/Lucia Grosse-Bächle (Hrsg.), Creating Knowledge. Innovationsstrategien im Entwerfen urbaner Landschaften, Berlin 2008.

Beziehungsgefüge in den Blick nimmt.¹⁶ In diesem dynamischen Beziehungsgeschehen verflüssigen sich die Grenzen zwischen Stadt und Land zugunsten neuer netzwerkartiger und hybrider gesellschaftlicher Raumverhältnisse.

PROJEKTIONEN HYBRIDER STADT-LAND-STRUKTUREN

Mit städtischen und ländlichen Räumen werden unterschiedliche sozialräumliche, funktionale und ästhetische Attribute verbunden. Diese stehen sich als Bild und Gegenbild komplementär gegenüber.¹⁷ Doch nicht nur innerhalb lebenspraktischer Handlungsmuster verweben sich urbane und rurale Praktiken, Bilder und Orientierungsmuster, auch in landschaftsplanerischen und städtebaulichen, teilweise utopischen Raumentwürfen wurden und werden Modelle einer gelingenden Verbindung der positiv konnotierten Seiten von Stadt und Land entworfen und erdacht. Über solche Stadt-Land-Projektionen wird gleichzeitig ausgehandelt, wie eine Gesellschaft ist, sein kann, aber auch nicht sein soll. Das Ländliche dient hierbei häufig als Korrektivvorstellung einer als problembehaftet und krisenhaft wahrgenommenen urbanen Realität.

Idealvorstellungen einer gelingenden Verbindung von Stadt und Land entstanden beispielsweise als Reaktion auf die Probleme der industrialisierten und wachsenden Stadt: Ebenezer Howards Gartenstadtmodell (1898) will die jeweiligen Vorzüge der Stadt und des Landes miteinander verbinden und zugleich ein Idealbild des menschlichen Zusammenlebens sein; in Leberecht Migges „Grünem Manifest“ (1919) wird ein Recht auf Selbstversorgung auch im urbanen Raum eingefordert, die ländliche Praktik der Subsistenzwirtschaft sollte dabei die lohnabhängigen städtischen Industriearbeiter emanzipieren. „Wer rettet die Stadt? Das Land rettet die Stadt. Die alte Stadt kann ihr Dasein nur retten, indem sie sich mit Land durchsetzt: Schafft Stadtland!“¹⁸ In Frank Lloyd Wrights Broadacre City (1932/35) wird eine gesellschaftliche Utopie einer dezentral besiedelten Agrarlandschaft beschrieben, die

gleichzeitig eine deutliche Sozialkritik an der Ungleichheit in der industriellen Stadt ist.¹⁹

Projektionen hybrider Stadt-Land-Strukturen entstanden auch im Umgang mit der postindustriellen und schrumpfenden Stadt. Was bedeutet es für die dichte europäische Stadt, wenn sie großflächig durch landschaftlich und landwirtschaftlich geprägte Räume durchzogen wird? Verliert sie an Urbanität durch die Abnahme baulicher Dichte oder gewinnt sie eine neue Form an Urbanität durch den Zuwachs neuer Freiräume?

Oswald Mathias Ungers entwickelte im „Manifest Berlin: ein grünes Archipel“ (1977) für die damals schrumpfende Stadt Berlin die Vision eines grünen Stadtarchipels. Dieses Idealstadtkonzept geht davon aus, dass überflüssige beziehungsweise schlecht funktionierende Stadtteile abgerissen werden und so Stadtinseln mit spezifischer Identität innerhalb eines „Naturrasters“ entstehen. Die grünen Zwischenräume werden zu neuartigen Freiräumen. In ihnen verbinden sich Verkehrsinfrastrukturen, suburbane Strukturen, Landwirtschaft, Wälder und ökologische Reservate zu einem fließenden Raum, der Raumstrukturen und vagabundierende Lebensstile aufnehmen kann, die in der bestehenden Stadtgestalt keinen Platz finden. Die Ausdünnung der baulichen Struktur und das Entstehen von Zwischenzonen erzeugt Kontraste und Spannungen. Die landschaftlichen Zwischenzonen mit ihren Möglichkeiten, neuartigen Raumtypologien und Nutzungen sind für die Fiktion eines grünen Archipels wesentlich, um Urbanität zu erzeugen und „ein Metropolengefühl eher [zu] intensivieren als [zu] vermindern“.²⁰ Als Denkmodell erfuhr Ungers' Stadtarchipel gerade in der Schrumpfungsbildung der 2000er Jahre neue Aufmerksamkeit.

Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Stadtumbau 2010 wurde mit dem Projekt „Landschaftszug Dessau“²¹ beispielsweise die Frage diskutiert, welche Potenziale offene, weite Wiesenflächen bei der stadträumlichen

¹⁶ Vgl. Martina Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt/M. 2001.

¹⁷ Vgl. Hassenpflug (Anm. 10), S. 75.

¹⁸ Leberecht Migge, *Das grüne Manifest*, in: Christoph Mohr/Michael Müller, *Funktionalität und Moderne. Das neue Frankfurt und seine Bauten 1925–1933*, Köln 1984, S. 33.

¹⁹ Vgl. Charles Waldheim, *Notes Toward a History of Agrarian Urbanism*, in: *Graz Architektur Magazin* 7/2011, S. 122–133, hier S. 124.

²⁰ Florian Hertweck/Sébastien Marot (Hrsg.), *Die Stadt in der Stadt – Berlin: ein grünes Archipel*, Zürich 2013, S. 18.

²¹ Ein prozessorientiertes Entwicklungskonzept für den „Landschaftszug Dessau“ wurde zwischen 2007 und 2010 von Station C23 – Büro für Landschaftsarchitektur, Architektur und Städtebau in Zusammenarbeit mit der Stadt Dessau im Rahmen der IBA Stadtumbau 2010 erarbeitet.

Neustrukturierung schrumpfender Städte bieten können. Welche neuartigen Landschaften entstehen, wenn der bauliche Zusammenhang der Stadt sich aufzulösen beginnt? Das Stadtentwicklungskonzept „Urbane Kerne und Landschaftliche Zonen“ formuliert ein Leitbild, nachdem notwendige Abrisse in „landschaftlichen Zonen“, in denen bereits etliche Grundstücke brachliegen, konzentriert werden und so einer kleinteiligen Perforation der Stadt entgegengewirkt werden soll. Gleichzeitig werden die „urbanen Kerne“ in ihrer Struktur gestärkt und entwickelt. Die landschaftlichen Zonen sollen aber keine aufgegebenen Resträume darstellen, sondern werden räumlich und konzeptionell mit dem umgebenden und positiv konnotierten Dessau-Wörlitzer Gartenreich verbunden. Mit dem Leitthema „das Gartenreich in die Stadt holen“ wird sowohl an das räumliche Bild einer offenen und extensiv bewirtschafteten Wiesenlandschaft angeknüpft als auch an das Prinzip, Flächenbewirtschaftung, ästhetische Gestaltung und Innovation miteinander zu verbinden. Räumliche Elemente des Gartenreiches wie durch Baumgruppen markierte Eingänge und Querungen, durch Blickbeziehungen eingebundene Landmarken oder das Spannungsverhältnis zwischen offener Weite und markanten Baumgruppen und Gehölzrändern werden aufgegriffen, neu interpretiert und ein räumlich-gestalterisches Vokabular für den Landschaftszug entwickelt. Dieses arbeitet bewusst auch mit ländlichen Assoziationen.

Die entstehenden großflächigen offenen Räume werden als kultivierte Weite interpretiert. Durch landwirtschaftliche Bewirtschaftungstechnik und standortangepasste Wiesenmischungen werden zum einen die Pflegekosten dieser neuen urbanen Freiräume gesenkt. Zum anderen entstehen so Typen struktur- und artenreicher Wiesenlandschaften, die in den ausgeräumten Agrarlandschaften nur noch als Relikte kleinbäuerlicher traditioneller Bewirtschaftung auftauchen. Das weite offene und bunte Wiesenbild, das der Städter auf seinem Landausflug sucht, taucht plötzlich inmitten der Stadt auf. Doch hier ist es noch oft mit einer konflikthafter Wahrnehmung verbunden, da extensive Wiesenflächen in der Stadt schnell mit vernachlässigten und ungepflegten Räumen assoziiert werden. Umso wichtiger sind Zeichen und Praktiken, die kulturelle Deutungen der neuen Freiräume ermöglichen: Landmarken wie ein ehemaliger Räucherturm, der

heute als Aussichtsturm genutzt wird, oder ein Schornstein, der Brutplätze für unterschiedliche Vogelarten bietet, sind Orientierungspunkte in der neuen offenen Stadtlandschaft und erzählen gleichzeitig etwas über die Nutzungsgeschichte der heutigen Wiesenflächen. Verbleibende Solitärbauten werden als Landsitze neu interpretiert, und sogenannte Landmeister sollen sich um kleinteilige Pflege und nachbarschaftliche Kommunikation kümmern, engagierte Bürger können als Paten Claims in den landschaftlichen Zonen besetzen und bewirtschaften.²² Ein räumlich-gestalterischer Rahmen und die „In-Kulturnahme“ der landschaftlichen Zonen durch verschiedene Akteure sind wichtige Zeichen in diesem langfristigen Umbauprozess, um zu verdeutlichen, dass es sich hier nicht um ein Stück aufgegebene Stadt handelt, sondern ein neuer Freiraumtypus einer rurbanen Landschaft mit eigenen Raumqualitäten entstehen wird.

Während in schrumpfenden Städten Strukturen der ländlichen Agrarlandschaft Einzug in die Innenstädte halten, steht in wachsenden Agglomerationsräumen die Frage im Vordergrund, wie sich die wachsende Stadt mit der umgebenden Agrarlandschaft verbinden kann. Das Projekt „Bern rUrban“²³ spielt mit den unterschiedlichen räumlichen Qualitäten urbaner und ländlicher Räume. Das Projekt setzt an einem Spezifikum der Region Bern an: die Durchsetzung mit bäuerlichen Hofstellen bis fast in die Kernstadt hinein. Um diese charakteristische räumliche Strukturierung durch die Hofstellen und deren umgebenden landwirtschaftlichen Flächen auch in Zukunft, trotz Wandels in der Landwirtschaft und trotz wachsenden Bedarfs an Bebauungsfläche, zu erhalten, wurden räumliche Strategien für die Durchdringung von Siedlungsstrukturen und Landwirtschaft entwickelt.

Ein räumliches Grundgerüst wurde entworfen, in dem die landwirtschaftlichen Flächen in eine weitere Siedlungsentwicklung der Agglomeration Bern integriert werden können. Die bestehenden sternförmigen Infrastrukturachsen

²² Vgl. Sigrun Langner, Navigating Urban Landscapes – Adaptive and Specific Design Approach for the „Landschaftszug“ in Dessau, in: JoLa. Journal of Landscape Architecture 2/2014, S. 16–27.

²³ „Bern rUrban“ entstand innerhalb des offenen Testplanungsverfahrens „Ein Bild für die Region Bern“ des Vereins Region Bern, der aus der Stadt Bern und ihren 26 Umlandgemeinden besteht.

des Agglomerationsraumes werden in Entwicklungskorridoren aufgegriffen. Sogenannte Landschaftsintarsien sollen in diesen Entwicklungskorridoren jedoch von einer zukünftigen Bebauung freigehalten werden, um die räumliche Qualität aus dichter baulicher Struktur und offener landwirtschaftlicher Fläche zu erhalten und zu entwickeln. Gleichzeitig wurden Überlegungen angestellt, wie diese räumliche Qualität auch bei einem Wegfall der konventionellen landwirtschaftlichen Bewirtschaftung erhalten werden kann, als Agropark, Allmende oder Prärie, und wie leerstehende Hofstellen als Landlofts nachgenutzt und in Wert gesetzt werden können.²⁴

Das Projekt diskutiert mithilfe von Bildentwürfen die Zukunftsfähigkeit landwirtschaftlicher Flächen im Umfeld wachsender Agglomerationsräume. Wie wird sich die traditionelle rurale Kulturlandschaft im Berner Umland verändern? Und welche Möglichkeitsräume können zukünftige rurale Landschaften entfalten? Diese Diskussion ist nicht frei von Konflikten, da hier am Tabu der Veränderung und Transformation des traditionellen bäuerlichen Kulturlandschaftsbildes gerüttelt wird.

NAVIGIEREN ZWISCHEN DEM URBANEN UND DEM RURALEN

Durch das Gegenüberstellen, Verbinden und (Re-)Konfigurieren ländlicher und urbaner Strukturen in räumlichen Entwurfsbildern werden neue Lesarten auf mögliche produktive Zwischenformen von Stadt und Land eröffnet, darstellbar und verhandelbar. Über diese Raumbilder können zum einen mögliche Handlungsoptionen ausgelotet werden. Zum anderen unterstützen sie die individuelle und kollektive Positionierung und Sinnorientierung innerhalb komplexer Raumzusammenhänge zwischen Stadt und Land sowie deren zukünftigen Entwicklungsoptionen und stoßen Diskussionen darüber an.

Die Perspektive des Ländlichen bietet hierbei einen Schlüssel zum Verständnis der in solchen Projekten entworfenen und genutzten Raumvorstellungen. Es lässt sich fragen: Welche räumli-

chen Qualitäten, Strukturen und Eigenarten repräsentiert das „Ländliche“ in diesen Projekten? Wer bezieht sich wie und warum auf das „Ländliche“? Welche Vorstellungen des „guten Lebens“ werden über solche Bilder transportiert? In welchen Landschaften wollen wir leben oder eben auch nicht leben?

Die Perspektive des Ländlichen kann auch zu einem differenzierten Verstehen des Städtischen beitragen.²⁵ Stadt und Land und die damit verbundenen Bedeutungszuschreibungen und Sinnkonstruktionen sind darin Orientierungspunkte innerhalb eines dynamischen Raumgeschehens, in dem rurale und urbane Praktiken und Strukturen mannigfaltig verflochten sind. Es gilt dabei nicht nur zu fragen, wie durch globale Urbanisierungsprozesse das Land transformiert wird, sondern auch zu erkunden, wie das Land die Stadt verändert und welche zukunftsfähigen Beziehungen zwischen Stadt und Land vorstellbar und wünschenswert sind.

Dieser Text ist eine vollständig überarbeitete und erweiterte Version eines englischsprachigen Tagungsbeitrages. Vgl. Sigrun Langner, (R)urban Landscapes. Navigating between the Urban and the Rural Perspective, in: Vanessa Miriam Carlow/ Institute for Sustainable Urbanism ISU (Hrsg.), *Ruralism. The Future of Villages and Small Towns in an Urbanizing World*, Berlin 2016 (i. E.).

SIGRUN LANGNER

ist Juniorprofessorin für Landschaftsarchitektur/-planung an der Bauhaus-Universität Weimar. sigrun.langner@uni-weimar.de

²⁴ Vgl. Michael Koch/Martin Schröder, *ZwischenStadtEntwerfen. Plädoyer für konzeptionelle Strategien im regionalen Maßstab oder: Für ein raumplanerisches Entwerfen*, in: *Deutsches Architektenblatt* 9/2006, S. 18–21.

²⁵ Vgl. Marc Redepenning, *Reading the Urban Through the Rural: Comments on the Significance of Space-Related Distinctions and Semantics*, in: Dieter Hassenpflug/Nico Giersig/Bernhard Stratmann (Hrsg.), *Reading the City: Developing Urban Hermeneutics*, Weimar 2011, S. 85–101.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. November 2016

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
48/2016, 28. November 2016

FRANKREICH

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main
parlament@fs-medien.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Beiträge dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz